

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Berichts-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. März 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Es ist die Pflicht eines jeden Parteigenossen, für die Weiterentwicklung des Zentralorgans der Partei nach Kräften thätig zu sein. Daß unser Blatt in bezug auf politische Dinge vortrefflich informiert ist und über die wirtschaftliche Lage und die Kämpfe der Arbeiter eingehender, rascher und genauer berichtet, als irgend ein anderes Organ in deutscher Sprache, ist allseitig anerkannt.

Auf unsere Reichstagsberichte machen wir noch besonders aufmerksam. Sie werden sorgfältig revidiert und bei wichtigeren Reden, namentlich den von der übrigen Presse meist verstümmelten Reden unserer Genossen wird der stenographische Bericht mitbenutzt. Der Reichstag wird sich aber sofort nach den Osterferien mit Materien von größter Tragweite (Gesetz über unlauteren Wettbewerb, Börsengesetz, Justiznovelle, Gewerbe-Ordnung dritter Lesung) beschäftigen und dann auf längere Zeit der Herstellung des Bürgerlichen Gesetzbuchs sich zu widmen haben. Es steht uns also eine sehr bedeutsame und inhaltsreiche, die Interessen aller Volksschichten unmittelbar berührende Reichstags-Session bevor, die sich bis in den Hochsommer hinausziehen wird. Auch sonst bietet die innere wie die äußere Politik eine ungewöhnliche Zahl brennender Fragen dar, die im „Vorwärts“ die ihnen gebührende Beachtung und kritische Würdigung finden.

Ueber dem politischen und wirtschaftlichen Teil werden aber die lokalen Vorkommnisse Berlins keineswegs vernachlässigt. Die Besprechungen unserer kommunalen Angelegenheiten sowie die ausführlichen Berichte über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung bringen den Leser in die Lage, die Erscheinungen auf diesem wichtigen Gebiet des öffentlichen Lebens genau zu verfolgen. Der lokale Teil des „Vorwärts“ verzeichnet alle Begebenheiten des Tages und giebt ein getreues Bild des Vereins- und Versammlungslebens, welches in Berlin besonders starke Wellen schlägt.

Ebenso widmen wir dem Feuilleton die größte Aufmerksamkeit. Wir beginnen in diesen Tagen einen vortrefflichen Original-Roman aus der Feder von Hans R. Kraus: „Gene“, in welchem die Verhältnisse der Landbevölkerung zum ersten Male von einem Sozialisten künstlerisch geschildert werden. Vorher bringen wir noch

ein paar kurze Skizzen, darunter eine von Guy de Maupassant, die noch nicht ins Deutsche übersetzt war.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 M. für die Monate April, Mai, Juni

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1896 unter Nummer 7277.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Der Kommerzienrath auf dem Kriegspfade.

Er hat lange in seinen Zelten gesehnen, schmolzend und großend. Jetzt hat er die Friedensspeise in die Gede gestellt, den Kriegsschmund angethan, sammelt um sich die Getreuen zum Schutzverband, um das Kriegsheil zu schwingen im Verteidigungskampfe gegen agrarische Uebergriffe.

Es hat lange gedauert, ehe der deutsche Bourgeois, dessen feinste Blüthe zum Kommerzienrath auszuwachsen pflegt, zu der Erkenntnis sich durchgerungen hat, daß es eine falsche Spekulation sei, würde er der Weisheit der Bureaucratie die Sorge für seine Interessen bauern überlassen.

Und daß es so lange gedauert hat, das liegt in der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands begründet. Denn auch der Kommerzienrath ist aus irdischem Thon geknetet, ist ein Produkt der Umstände und Verhältnisse. Außer seinem engen Milieu der Börse wirkt auch das weitere, in dem er heranwächst, das gesammte wirtschaftliche und politische Leben, gestaltend und bestimmend auf ihn ein.

Das hat aber darauf hingewirkt, ihn in politischer Unmündigkeit zu erhalten, so sehr auch privater Geschäftsthum und private Geschäftsfähigkeit sich in ihm vervollkommen haben.

Zu der Zeit, als in Preußen Bourgeoisie und Bureaucratie miteinander in Verfassungsfreistigkeiten gerathen waren, stritt man sich nicht um wirtschaftspolitische Fragen. Im Gegentheil, was die Bourgeoisie auch an der preussischen Bureaucratie auszufragen haben mochte, sie hatte einen festen Glauben an deren manchesterliche Weisheit, an deren Einsicht, daß die Zeit einer großbürgerlichen Entwicklung gekommen sei für Deutschland. Die Schöpfung des Zollvereins durch die Bureaucratie war der Bourgeoisie eine Bürgschaft für andere wirtschaftspolitische Neuerungen,

die Handel und Wandel zur Blüthe bringen mußten. War doch auch bereits in der Reaktionszeit der fünfziger Jahre die Stagnation des öffentlichen Lebens von einer kräftigen Entwicklung von Industrie und Handel in Deutschland begleitet gewesen.

Zunächst wurde die Bourgeoisie noch in diesem Glauben bestärkt, als nach der bismärckischen Revolution von oben die preussisch-deutsche Regierung eine Wirtschaftspolitik einschlug, durch die sie, zum theil im Kampfe mit ihrer früheren Hauptstütze, dem Junkertum, die Entfaltung und Bethätigung des mobilen Kapitals begünstigte.

Die keimende Furcht vor der Sozialdemokratie ließ der Bourgeoisie es um so rathamer erscheinen, sich für Groschen und Thaler zum treuen Vasallen der Bureaucratie zu verpflichten.

Erst der 78er Weihnachtsbrief des Fürsten Bismarck mit seinen ungläublich unreifen aber als Glaubensbekenntniß eines so mächtigen Mannes gefahrdrohenden Doktrinen rüttelte die Vertreter des mobilen Kapitals aus ihrem Traum von der unbedingt manchesterlichen Zuverlässigkeit der preussischen Bureaucratie unsanft auf. Sie wuhnten nicht wie ihnen geschah: links die Sozialdemokratie, rechts ein Bund aller reaktionären Elemente im Wirtschaftsleben zur Rückwärtsrevidirung der Wirtschaftspolitik, und die Bureaucratie, auf deren eherner Zuverlässigkeit sie gebaut, knickte zusammen wie ein schwaches Rohr unter dem Druck von oben; früher manchesterlich, wurde sie fortan schuppelnerisch, doch immer noch strohend von dem nämlichen Unselbsterkenntnisbewußtsein.

Da geschah es, daß die Bourgeoisie, die bisher in der nationalliberalen Partei ihre politische Vertretung gefunden hatte, sich spaltete. Viele Industrielle, die unter dem wirtschaftlichen Krach zu leiden gehabt hatten, machten die bismärckische Schwelung mit, andere und das Gros der Kaufmannschaft versuchten sich in der Opposition. Das gelang ihnen aber nur herzlich schlecht. Es rächte sich an ihnen, daß die Bourgeoisie in Deutschland sich nicht selbst eine politische Stellung gleichzeitig mit ihrem wirtschaftlichen Aufschwung erkämpfte, sondern nach dem ersten verunglückten Anlauf sich unter die Fuchtel der Bureaucratie geduckt hatte, weil die Bureaucratie ihr Zuckerbrot nach Belieben verabreichte. Nichts hatte der Bourgeoisie das Rückgrat gekräftigt; sie konnte sich nicht lange aufrecht erhalten ohne Stütze. Um die Vertretung der politischen Volksrechte war es ihr nie ernstlich zu thun. Diese Aufgabe war längst wirksamer, als die Bourgeoisie es hätte thun können, von der Partei des Proletariats übernommen worden. Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete wurde ihr der Muth gelähmt durch die Erinnerung an langjährige Gehorsam und dann — erklärte der Reichskanzler nicht die Millionärzuchterei für

88

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Seine Frau Blanka ließ ihn gewähren, fühlte sie sich auch wenig begeistert und entzückt, so doch erhaben über eine Nachbarschaft, die weder Ahnen noch Adel besaß. Die Reichtümer waren für sie Luft, aber sie mußten mit in den Kauf genommen werden, weil Blanka durch die ihnen befreundeten Herren Verschiedenes in Erfahrung brachte, was zur Erreichung des Zieles notwendig war, auf das ihr Mann in ihrem Interesse jetzt lossteuerte. Von Herrn Delroi hatte sie erfahren: wie und wo Theodor v. Rüdorff lebte, von dem sie wußte, daß er seine Feder sofort in den Dienst einer Angelegenheit stellen würde, bei der Clotilde Brambach, jetzt verw. Dr. Langenberg, theilhaftig sei. Von dem Italiener erfuhr Frau v. Bergluhn nun, wo Clotilde sich aufhielt und daß jene Dame, welche die Familie des Italieners so hochherzig unterstützte, mit dieser aus Italien nach Baden-Baden gekommen sei, weil sie Frau Dr. Clotilde Langenberg suche und sich für sie interessire. Um Clotilde drehte sich jetzt, wie es schien, alles, sie stand im Mittelpunkt des Gedankenganges der ahnenstolzen früheren Hofdame Blanka, die sich sonst oft lustig gemacht über die ungeschickte kindliche Clotilde. War dieser Umschwung der Sympathien bei Blanka schon kaum erklärlich, so umwehte ein weiteres Ereigniß Clotilden noch mit einem geheimnißvollen Schleier. Der Grund, weshalb v. Bergluhn und seine Frau nach Baden-Baden gekommen, war ein Schreiben gewesen, welches die Hofdame Gräfin Klari, die Schwester der Schwiegermutter v. Bergluhn's, der letzte weibliche Sproß des gräflich Klari'schen Namens, die Reichsherrin Blanka's, die Blanka an den Hof gebracht — geschrieben, worin stand, die Hofdame Gräfin Klari werde nächsten nach Baden kommen und würde es gern sehen, dort mit Herrn und Frau v. Bergluhn, sowie mit Clotilde Langenberg zusammentreffen zu können.

Blanka erging sich in allerhand Vermuthungen. Was wollte die Gräfin mit dieser Zusammenstellung? Die Gräfin, der Blanka so vielen Dank schuldete und die

von ihr so schmählich verlassen, mit Undank belohnt worden war, fragte nach ihr und Clotilden? Wollte die Hofdame Vorwürfe bringen über die Flucht Blanka's aus dem Hofdienste? Stand Clotilde mit der Gräfin in Korrespondenz?

Blanka brannte darauf, Clotilden zu sehen und zu sprechen. Eben wollte sie den Italiener nochmals befragen, wie er Clotilden gefunden, da rief ihr Mann demselben zu:

„Wie ich soeben höre, haben die jungen Damen bei lebenden Bildern mitgewirkt, welche Sie gestellt haben.“

„Zum Entzücken aller Zuschauer,“ fiel der Italiener ein, „die Damen zeigten bei klassischer Ruhe echt plastische Formen von wahrer Schönheit.“

„Könnte man denn diese Bilder nicht einmal sehen?“ frug Herr v. Bergluhn weiter.

„Die sind nur bei fröhlichen Festen angebracht“, bemerkte Frau Delroi lächelnd, „da wir aber in nächster Zeit eine Hochzeit in Aussicht haben, nicht wahr, Herr v. Bechler, so . . .“

„Jawohl“, fiel dieser ein, „ich freue mich sehr, daß die Anordnungen dazu bald vollendet sind und da eine hohe Gönnerin unserer Familie, die Hofdame Gräfin Klari, zugesagt hat, an der Hochzeitsfeier theilzunehmen, so dürften wir wohl hoffen, daß auch Herr und Frau v. Bergluhn uns die Ehre schenken werden, dem Feste und den Aufführungen dabei anzuwohnen.“

„Sehr gern!“ rief Bergluhn, und reichte Loli die Hand. „Sie kennen die Hofdame Gräfin Klari?“ rief erstaunt Blanka ihrem Gegenüber zu.

„Persönlich nicht“, erwiderte dieser, „sie ist eine Jugendgenossin meiner Mutter und mein Vater kannte sie durch den Präsidenten Graf Klari.“

„Ich habe diesen Namen heute früh im Kurblatt in der Fremdenliste gelesen,“ erzählte wie beiläufig Frau Delroi.

„So wäre sie hier?“ rief Bergluhn und blickte Blanka scharf an.

„Das bezweifle ich,“ entgegnete ihr Herr v. Bechler, „sie lebt ja in der Residenz S., was sollte sie jetzt hier im Badeorte —“

Bisher hatte Blanka die Damen der Tischgenossenschaft kaum beachtet, sie keines Wortes gewürdigt, jetzt erwachte plötzlich einiges Interesse für die Witter der Modemädchen, welche ihr als leichtlebige Gemüthsleute erschienen, die nur den Augenblick genießen und sich dabei doch wohl fühlen. Sie erkannte, ihr Mann war so eingenommen von den für ihn so reizend aufgeputzten Damen, daß ihn nichts von dem Besuche der Hochzeit zurückhalten würde; Frau Delroi hatte ihn gewonnen durch die Erzählung der lebenden Bilder. Diese Frau verstand es zu fingen, sie war klug, durch sie konnte man etwas erreichen. Blanka beschloß sich dieser Frau zu nähern, denn sie hatte ja die Nachricht, daß die Gräfin kommen wollte, schon schriftlich.

Frau Delroi aber hatte schon die Situation durchschaut, den Bergluhn'schen Eheleuten das Interesse für die Gräfin abgelautet. Dem Kellner, der den Nachtisch brachte, hatte sie zugeschlüpfert, er möge ihr das Kurblatt bringen und als die Tafel aufgehoben war, die Gesellschaft sich verabschiedete, wo Herr v. Bergluhn den beglückten Damen versicherte, daß er zu ihren Hochzeiten als Gast erscheinen würde, trat Frau Delroi mit dem Kurblatt vor Frau v. Bergluhn hin und zeigte ihr gedruckt die Ankunft, den Namen, sowie die Wohnung der Gräfin.

Blanka war damit gewonnen. Mit verbindlichem Danke nahm sie ihr das Blatt aus der Hand und erbat sich, dasselbe auch ihrem Manne zeigen zu dürfen, in Wahrheit wollte sie aber die genaue Adresse auch von Clotilden aus dem Fremdenverzeichnis erpähen.

Delroi und die beiden jungen Männer eilten jetzt ins Rauchzimmer und vom Kaffeetische die Mutter mit ihren Töchtern in's Toilettenzimmer, denn Herr und Frau v. Bergluhn studirten beide eifrig das Fremdenblatt und suchten auch Frau Palavi's und Clotilden's Adresse.

Wir lassen sie lesen und lehren zu Clotilden selbst zurück in dem Augenblicke, wo sie von dem Italiener Pepo Chiovani einen Brief erhalten hatte.

(Fortsetzung folgt.)

die vornehmste Aufgabe in der Wirtschaftspolitik? Wie kann man einem so edeln Mann ernstlich großen, selbst wenn er sich hin und wieder in der Wahl der Mittel zu jenem schönen Zwecke irt?

So hat denn der Kommerzienrath mit wehmüthiger Nachgiebigkeit gegen eine hohe Obrigkeit sich hindurchgehofft durch die Wirtschaftsreaktion dieser achtzehn Jahre. Bald zauberte ihm der Kronprinzenliberalismus, bald der neue Kurs kapitalistische Luftschlöffer vor. Freude gossen die Handelsverträge in sein Herz. Und nebenbei ließen sich immerhin auch so noch Geschäfte machen, die den Geldsack füllten.

Niemals wohl wäre er, so lange es noch so leidlich geht mit den Geschäften wie bisher, aus seinem politischen Quietismus ausgehört worden, wenn nicht sein alter Konkurrent in der Ausbeutung des Klassenstaats, der grundbestehende Junker, unzufrieden damit, nur halbpakt zu machen, den ganzen Profit für sich begehrt. So lange der Junkerchor nur in der Presse und im Zirkus lärmt, war es noch nicht bedenklich. Aber die junkerliche Begehrlichkeit ließ sich nicht stillen durch kleine Mittel, sie will große, sie will alles.

Zwar die Leute, die jetzt am Regierungsruder stehen, leisten, wenigstens zum Theil, Widerstand gegen die Ansprüche; aber so gewichtig ist der Kommerzienrath doch schon durch die Erfahrung, daß er sich nicht mehr unbedingt auf die Bureaucratie verläßt. Und dann — wer bürgt dafür, daß seine Söhne morgen nicht schon vom Lucanus geholt sind? Böse Zeichen der Zeit treten hervor. Sogar diese Regierung, in der es Mitglieder giebt, die das agrarische Treiben gemeingefährlich nennen, hat ein Börsen-Bevormundungsgezet in die Welt gesetzt. Man tastet die Börsen an, das ist die Stelle, wo der Kommerzienrath sterblich ist. Er bäumt sich auf in wildem Grimm, als „Ein ehrbarer Kaufmann“ in Hamburg, als „Schutzverband gegen agrarische Uebergriffe“ in Berlin.

Doch selbst jetzt, da ihm der Schreck über den agrarischen Ansturm durch Markt und Pfennig gegangen ist, kann sich der Kommerzienrath im Kriegsschmutz nicht völlig der allen Unterwürfigkeit gegen die weiße Obrigkeit entschlagen. Er will sechten gegen die Junker, ja, aber er thut's, um der Regierung zu zeigen, daß sie an ihm eine kampfs- und besonders zahlungsfähige Stütze findet, wenn sie selbst den Kampf gegen die rebellische Junkerschaft ernstlich aufzunehmen gedenkt. Was dann geschehen soll, wenn diese oder eine künftige Regierung mit den Junkern gemeinschaftliche Sache machen würde, darüber schweigt er sich vorsichtig aus.

Dazu kommt noch ein Bedenken, das ihm den Wagemuth lähmt. Er weiß, daß er nicht einmal der Gefolgschaft des Kleinbürgerthums mehr sicher ist und daß ihm das Proletariat auf die Hacken treten wird, wenn der Sieg seine Sache krönen sollte. Ihm winkt keine Aussicht, eines möglichen Sieges froh zu werden. Sollte er auch mit Hilfe der Bureaucratie des Junkerthums Herr werden — und das wäre an sich wohl möglich, da die Bourgeoisie noch eine wirtschaftlich aufsteigende, das Junkerthum eine im Niedergang begriffene Klasse ist — so müßte er doch froh sein, sofort mit den Resten des Junkerthums Frieden schließen zu können, fast unter jeden Bedingungen, da ihnen beiden dann erst der ernsthafte Lebenskampf droht mit dem Proletariat. Alles das muß den lähmen Ausschlag der Kommerzienrathseele lähmen. Und deshalb, wenn wir ihn nach seiner Vergangenheit beurtheilen und nach den Zeitumständen, haben wir keine großen Selbenthaten zu erwarten von dem Kommerzienrath auf dem Kriegspfade.

Politische Ueberflut.

Berlin, 24. März.

Im Reichstage dehnte sich heute die dritte Etats-Besung mehr als sonst üblich auf Einzelheiten aus. Beim Marine-Etat brachte Genosse Mehger die Trinkwasser-Verhältnisse in Wilhelmshafen, die Maßregelungen von sozialdemokratischen Arbeitern auf der Werft daselbst und den Boykott dortiger Geschäftsleute durch die Marine-Offiziere zur Sprache. Diesen Boykott erklärte der Staatssekretär Hollmann nicht zu billigen. Beim Kapitel „Reichseisenbahnen“ brachte Dueb zahlreiche elsass-lothringische Beschwerden zum Ausdruck, die eine längere Diskussion hervorriefen. Als Redner die von der Mehrheit geleitete Strangulations-Taktik mit einer etwas verächtlichen Wendung bezeichnete, ertheilte ihm der Präsident einen Ordnungsruf. Der Antifemist Zimmermann hatte in einer Resolution beantragt, an den Reichskanzler das Ersuchen zu richten, daß er eine Verlegung der Posthalter-Dienststunden an Sonntag-Nachmittagen von 5 bis 7 auf 12 bis 2 Uhr herbeiführe. Genosse Singer bemerkte zu diesem Antrage, die Sonntagstruhe der Postbeamten werde durch die zweimalige Unterbrechung mit Dienststunden illusorisch. Die sozialdemokratische Partei sei für den Wegfall des Nachmittagsdienstes. Für dringende Fälle lasse sich eine Gelegenheit der Annahme und Beförderung von Bestellungen schaffen, ohne daß durch diese Ausnahme die ganze Schaar der Postbeamten zu leiden brauche. Die Arbeiterklasse werde den Postbeamten den freien Sonntag nicht mißgönnen, trotz gelegentlich vorkommender Benachtheiligung des Publikums.

Agrarische Schmerzen mußten natürlich in der letzten Sitzung vor den Ferien auch noch einmal recht kräftig äußert werden. Herr Holz und Herr Graf Arnim beklagten sich, daß die Reichsbank auf landschaftliche Pfandbriefe nicht genug pumpe. In einem höheren Lombard sah der erstere ein großes, der letztere ein kleines Mittel, der „Landwirtschaft“ zu helfen. Für ihren Vorwurf, daß die Reichsbank Spekulanten begünstige, vermochten beide Redner keine Thatsache anzuführen.

Bei der Gesamtbestimmung wurde der Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des fortschrittlichen Abg. Müller-Glogau angenommen.

Das Anleihegezet fand in dritter Lesung ebenfalls Annahme, gegen eine etwas größere Minderheit.

Der Beginn der „Schuldentilgung“ (wie es etwas ungenau und irreführend heißt) wurde fast einstimmig gut geheißt; auch die Sozialdemokraten stimmten dem Beschlusse zu.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 16. April. Tagesordnung: Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (in zweiter Lesung).

Zur Veröffentlichung des kaiserlichen Gnaden-erlasses. Schmutzige Blätter, wie die Bismarck-offiziösen

Berliner Neuesten Nachrichten“, wie das Organ des Bundes der Landwirthe, die „Deutsche Tageszeitung“, und wie die durch Ohm und Göbcke, Nathusius-Ludow und Hammerstein gekennzeichnete „Kreuz-Zeitung“ triumphiren über den angeblichen Erfolg des Kriegsministers über Diebnecht und Bebel. Wir bedauern den Herrn Bronsart von Schellendorf, daß keine anständigeren Lobredner sich seiner annehmen. Hätte der sonst so schneidige Kriegsminister wirklich das Gefühl des Triumphes gehabt, so hätte er sich nach den Reden unserer Abgeordneten sicherlich nicht mäschenstill verhalten. —

Der Silberlinge Noth und die Klage — das wäre ein trefflicher Stoff für ein tomisches Epos im Nibelungen-Verdamm. Siegfried-Kardorf, der von dem grimmen Balfour-Hagen heimtlich erlegt wird —, welcher herzerweichender Stoff! Doch wenigstens als Mensch lebt Siegfried-Kardorf fort, wenn er auch als Silberling maushtodt ist. Und vielleicht benutzt der Mensch Kardorf die ihm jetzt verbleibenden Muhestunden dazu, um einmal die Frage zu behandeln, ob es überhaupt eine Doppelwährung giebt? Gegeben hat es noch keine. Die Geschichte weiß von keinem Beispiele zu erzählen. Des früheren Frankreich, welches meist als Exempel angeführt wird, hat thatsächlich Goldwährung gehabt, mit einem Agio auf das Silbergeld — das heißt mit einer Ausgleichung der Preisdifferenz nach der Goldwährung.

Wenn man zwei Metalle gleichzeitig durch ein Gesetz zu Geldmetall erhebt, so erreicht man damit bloß, daß eins der beiden Metalle als Geldmetall von dem anderen verdrängt wird.

Geschähe es, was die Silberlinge wünschen, so wäre es das Gold, das verdrängt würde. Und davon hätte das Volk im Allgemeinen die größten Nachteile und unser Welthandel wäre zerstört. Vorthell hätten nur solche Personen, welche den Zwangskurs des Silbers dazu benutzten, in Gold gemachte Schulden in Silber zu bezahlen, d. h. ihre Gläubiger zu betrügen. Wenn Herr von Kardorf einen anderen Vorthell entdeckt und darlegt, so gelingt es vielleicht, dem nicht süß duftenden Reichthum des Bimetallismus einiges Leben einzublasen.

Ein Miquel'scher Julinsthurm. In der „N. W. B. f.“ wird von einem neuen Finanzplane des preussischen Ministers Dr. Miquel berichtet, der darauf ausgeht, die Schwankungen der Einnahmen der Preussischen Staats-einnahmen in den einzelnen Jahren durch Bildung sogenannter Reserverfonds auszugleichen. Es sollen einem solchen Fonds nämlich in guten Jahren die Ueberschüsse der Einnahmen bis zu einer gewissen Höhe zugeführt werden, während in schlechten Jahren dieser Fonds herhalten müsse. Die Höhe dieses Fonds soll auf etwa 50 Millionen Mark gedacht sein. — Eventuell soll der Fonds auch mit zur Eisenbahn-Schuldentilgung verwendet werden. Dr. Miquel soll sich der Zustimmung des Eisenbahnministers schon versichert haben.

Ein solcher neuer Julinsthurm zur Ausgleichung des Budgets würde den Haupterfolg haben, die Regierung jedweder Kontrolle noch mehr zu entziehen. Ein solcher Plan sieht dem entwicklungsfähigen Herrn Miquel ganz ähnlich. —

Den Herren für Ordnung, Religion und Sitte ins Stammbuch. Rechtsanwält und Notar von Mehsch in Leipzig wurde, wie die „Leipziger Volkszeitung“ durch Veröffentlichung einiger Aktenstücke mittheilt, wegen Beihilfe zum Wucher und wegen Begünstigung des Wuchers (Vergehen gegen §§ 302 a und b, 49, 257, 74 Str.G.B.) auf Antrag der Staatsanwaltschaft von der Strafkammer des Landgerichts zu Leipzig unter Anklage gestellt. Den Sachverhalt schildert die Anklage folgendermaßen:

1. Der Barbier Hermann Lübeck ließ sich von der Inhaberin eines Fuhrgeschäftes, Karoline Christiane verheh. Wedermann und deren Ehemann wechselmäßig wucherliche Vermögens-vorthelle versprechen, indem er am 19. September 1891 gegen Gewährung von 5000 M. daarem Darlehn auf die Zeit von vier Monaten einen am 19. Januar 1892 fälligen Wechsel über 5000 M. von Frau Wedermann akzeptiren, von ihrem Ehemann als Aussteller zeichnen und sich ausständigern ließ (über 88 pEt! da Herr Rechtsanwalt v. N. noch keine Kosten abzog, s. 2).

2. v. Mehsch war der Rechtsbeistand Lübecks.

a) Er gab ihm in dieser Eigenschaft Rathschläge über Form und Bedingungen des obigen Geschäftes, diktirte seinem Expedienten den Wortlaut des Wechsels, nahm von Lübeck die Darlehenssumme in Empfang und händigte sie den Wedermann'schen Eheleuten nach Abzug seiner Kosten aus. (Beihilfe zu wechselmäßigem Wucher.)

b) Er leistete dem Lübeck später noch seines Vorthells wegen Beihilfe, um ihm die Vorthelle aus dem Wucher zu sichern, indem er ihm im Januar 1891 zur Zeit der Fälligkeit des Wechsels rieth, den Wechsel bei nicht zu erlangender Zahlung protestiren zu lassen, um Recht zu nehmen zu können.

Er hat dann für Lübeck als Inoffizienten Protest erhoben, die Wedermann'schen Eheleute zur Zahlung aufgefordert, und nachdem diese erfolgt war, die 5000 M. unter Abzug seiner Kosten an Lübeck angehändig.

Zur Verhandlung kam es jedoch nicht. Das Verfahren wurde nämlich durch Befehl des Königs von Sachsen, dessen Gnade der Namensvetter des sächsischen Ministers von Mehsch angereuen hatte, gegen ein „Bezeigungsquantum“ von etwa 800 M. niedergeschlagen. Das Recht, einen bestehenden Prozeß niederschlagen, wird von einigen Rechtslehrern bestritten, da ein solches Recht dem Grundsatze eines „Rechtsstaats“ zuwiderlaufe. Andere Juristen sind anderer Ansicht; sie halten das Niederschlagungs- oder Abolitionsrecht als einen noch bestehenden Ausfluß des Begründigungsrechts.

Mit Herrn Rechtsanwalt von Mehsch beschäftigte sich auch das Obergericht der Leipziger Anwaltskammer. Und wie erkannte es gegen den der Beihilfe und der Begünstigung des Wuchers angeklagten von Mehsch? Auf lediglich 200 M. Geldstrafe. Zur Begründung der Verurtheilung wird ausgeführt:

„daß der Angeklagte in den bei Zeilung und Abschluß eines Darlehensgeschäftes auf seiner Expedition stattgefundenen Verhandlungen der Partei insofern mangelhafter Prüfung die wucherliche Natur desselben übersehen, in der Folge bei der Vollziehung des Darlehensgeschäftes mitgewirkt und später die Einhebung des Darlehens mit den wucherlichen Vorthellen vermittelte, hierdurch aber die ihm obliegende Pflicht zu gewissenhafter Berufsausübung verlehrt habe.“

Wir gratuliren den Herren Anwälten zu ihrem Kollegen von Mehsch. Wäre Herr von Mehsch vielleicht aus dem Anwaltsstande ausgeschlossen worden, wenn er nichts Anehrenhaftes begangen, aber nicht der politischen Ueberzeugung der jeweiligen Regierung genehm wäre?

Ueber die Lage Italiens spricht der sozialistische Abgeordnete Costa sich in einem Briefe vom 18. März an unser Wiener Bruderorgan also aus: Sobald Crispi unter der Last der öffentlichen Entrüstung gesessen war, stellte die sozialistische Partei, die zu seinem Sturz so viel beigetragen hat, in dem „Manifest an die Italiener“ und

in den Versammlungen, wo ihre Kammerdeputirten sprachen, der neuen Regierung zwei Bedingungen: 1. Die sofortige Beendigung des afrikanischen Abenteuers und die Rückberufung der Truppen. 2. Vollständige und umfassende Amnestie aller politischen Verurtheilten. Diese beiden Forderungen sind im Begriff, sich zu erfüllen, trotz des Wuthgeschreies der krispi'schen Bande. Unsere zwei theuren Genossen Bosco und De Felice haben vor drei Tagen die Galeerensträfungs-Kleidung abgelegt und sind inmitten einer großen, beifallstuschenden Menge in die Kammer am Monte Citorio eingezogen. Vor drei Tagen war jeder von ihnen eine Nummer, gestern waren sie bereits Gesetzgeber und Richter ihrer Kamerkermeister und der Henker ihrer in Sizilien erschossenen Genossen. Nicolo Barbato, ebenfalls aus dem Zuchthaus entlassen und wie De Felice Deputirter von zwei Wahlbezirken, hat nicht die Absicht, ins Parlament einzutreten, aber wir vertrauen auf seine Aufopferung und seine Hingabe an die Partei, die ihn doch dazu zu bewegen versuchen wird. Mit Bosco, De Felice und Barbato sind eine ganze Masse anderer verurtheilter Genossen von Sizilien und Lunigiana frei geworden, auf ihrer Heimkehr mit Hochrufen der Bevölkerung begrüßt. Da viele von ihnen, um sich nach Sizilien zu begeben, fast die ganze Halbinsel durchkreuzen mußten, konnten sie sehen, daß das Herz des italienischen Volkes mit ihnen ist. — Auf der anderen Seite ist die Entsendung von Truppen nach Afrika suspendirt, und die Regierung sieht in Friedensverhandlungen mit dem Negus — in Verhandlung über den Frieden, den der „Unverantwortliche“, der im Quirinal thront, niemals unterzeichnen zu wollen versicherte. Nun, man wird ja sehen. —

Gemüth, die Amnestie ist noch nicht vollständig, und Friedens-Verhandlungen sind noch nicht die Rückberufung der Truppen, wie sie von den Sozialisten gefordert wurde. Aber ist es nicht ein sehr interessantes Symptom, daß es gerade die sozialistische Partei ist, die man immer aus lauter Ideologen und Dislophen zusammengekehrt erklärte, die das einzig richtige Wort für die Situation fand, sodaß die Regierung selbst wohl oder übel damit anfangen mußte, wenigstens theilweise die Wünsche der öffentlichen Meinung zu erfüllen, die klar und deutlich von den Sozialisten zum Ausdruck gebracht wurden.

Natürlich machen wir uns sonst keine Illusionen. Die Regierung des Marquis Rudini, ganz abgesehen von den persönlichen Eigenschaften ihrer Mitglieder, wird nicht viel mehr werth sein als die Regierung Crispi's. Wie überall, handelt es sich auch in Italien nicht um Personen, sondern um Einrichtungen. Die sozialistische Partei wird im Parlament und im Lande ohne Unterbrechung ihren Kampf für die Befreiung der Arbeit und für die Freiheit fortsetzen, welches Ministerium immer am Ruder sei. Herr di Rudini hat sich übrigens beeilt, selbst die Möglichkeit zu Illusionen, wenn sie bei irgend jemandem bestanden hätte, durch sein Mundschreiben an die Präselten zu vernichten. Und der Senator Costa, jetzt Justizminister, erklärte, es wäre schwer, eine „Formel“ zu finden (man höre den Adolanten!), um die Amnestie allen Verurtheilten zu ertheilen. So zeigte es sich, daß man vor diesen Herren nichts zu erwarten hat, die sich Liberale nennen und konservativ sind. Vorwärts also, sozialistische Partei! In sie allein richten sich heute die Wünsche, die Bestrebungen der Volksmassen Italiens! — Heute, am Jahrestage des 18. März 1871, wird die Kommune auch in Rom durch den Genossen Deputirten Ferri gefeiert werden, der im Klub für soziale Studien sprechen wird. —

Wo steckt der Spindel Ehrenberg? Ein Herr Dr. Witte veröffentlicht zur Zeit in verschiedenen Blättern eine Skizze, aus der hervorgeht, daß der laubere Herr seine schmuggigen Finger auch in der schmutzigsten Affäre der Gegenwart hat, daß er an dem räuberischen Einfall englischer Flibustier in Transvaal theilhaftig ist. Selbstverständlich hat er — seiner Spindelnatur entsprechend — seine kostbare Haut nicht den Angeln der Wären ausgeliefert; aber gewählt hat er und geht und er selbst will den Plan entworfen haben, nach dem der allerdings glänzende zurückgewiesene Einfall erfolgte. Dr. Witte erzählt in seinem Feuilleton, wie er in Brüssel Ende 1894 mit Ehrenberg zusammentraf. Der „vielgerühmte, welterfahrene Mann“ lag ihm kräftig an; er erzählte ihm, daß er in der Schweiz „offen zur sozialdemokratischen Partei übergegangen sei“, aus deren Reihen er ausgeschlossen ist, „weil man nicht an seine Aufrichtigkeit glaubte“. Um in ein möglichst auslieferungsreiches Land zu kommen, begab er sich nach Süd-Afrika, wo er unter mannigfachen Abenteuern sich ernährte. Dr. Witte fährt dann fort:

Obwohl er eigentlich alle Ursache hätte haben sollen, der Transvaal-Regierung dankbar zu sein, da diese ein von deutscher Seite gestelltes Ersuchen, ihn auszuliefern, abschlägig beschied, so ließ er sich doch — eine echte Landstrolachatur — durch diese Rücksichten nicht abhalten, auf die Pläne der Engländer einzugehen, die schon damals, das heißt vor drei bis vier Jahren, nichts anderes als eine Erhebung und die Einverleibung Transvaals in Britisch-Süd-Afrika bezweckten. In englischem Auftrage fertigte er einen bis in die kleinste Einzelheit durchdachten Plan aus, nach dem der Zustand und die militärischen Bewegungen der Aufständischen erfolgen sollte. Nach Fertigstellung dieses Planes reiste er nach London, um die dortigen maßgebenden Kreise für den Anschlag zu gewinnen, fand jedoch anfänglich, wenigstens in der amtlichen Welt, wahrscheinlich seiner Nationalität wegen, keine Gegenliebe. Er verzweifelte jedoch nicht, sondern begab sich aus bestimmten, mir unbekannt gebliebenen Gründen, nach Brüssel, von wo aus er seine Verhandlungen fortsetzte.

Endlich im Frühjahr des Jahres 1895 erklärte v. Ehrenberg dann begründete Aussicht zur Verwirklichung seiner Pläne zu haben und kehrte über England nach Transvaal zurück. — Die dann folgenden Ereignisse sind ja bekannt; nicht aber, welche ehrenhafte Rolle Herr v. Ehrenberg in dieser Sache spielte. Herr Dr. Witte fährt diese seine sonderbare Dankbarkeit gegen Transvaal zurück auf die — romantische Landstrolachatur seines Helben; wir kennen ihn besser: es ist die Spindelnatur, die in ihm steckt und die ihn treibt, seine besten Freunde zu verrathen. —

Deutsches Reich.

— Zum Präsidenten des Oberlandeskultur-Gerichts ist nicht der Kammergerichtsrath Aintelen, sondern der Reichsgerichtsrath Aintelen ernannt. Letzterer war vor seiner Berufung Mitglied des Oberlandeskultur-Gerichts und ist, soweit bekannt, niemals parlamentarisch thätig gewesen. Somit ist eine Nachwahl zum Reichstage nicht erforderlich. —

— Zum Maximalarbeitsstage im Bäcker-gewerbe. Der geschäftsführende Vorstand des Zentralverbandes deutscher Bäckereinnungen „Germania“ zu Berlin, welcher sich über das ganze deutsche Reich erstreckt und gegenwärtig 904 Innungen mit etwa 26 000 Meistern zu seinen Mitgliedern zählt, hat jüngst beschloffen, noch einen letzten Versuch zu machen, um die durch die Anordnung des Maximalarbeitsstages dem Bäckergerwebe erwachsenden schweren Schädigungen abzuwenden. Es ist zu diesem Zwecke an die Vorstehenden sämtlicher in Deutschland vorhandenen Bäckereinnungen eine Aufforderung dahingehend erlassen worden, in den Osterferien die Reichstags-Abgeordneten in den einzelnen Wahlkreisen aufzusuchen und dieselben zu einer Interpellation im Reichstage in Sachen des Maximalarbeitsstages zu gunsten des schwer bedrohten Bäcker-gewerbes zu veranlassen.

Wir sind die letzten, denen eine solche Interpellation nicht erwünscht ist. Eine Besprechung der Bundesrathsverordnung wird den Vertretern der Arbeiter im Reichstage Gelegenheit bieten, die Zustände im Bäckergerwebe gründlich zu beleuchten und damit den Nachweis zu erbringen, daß die Arbeiterschutz-Bestimmungen der Bundesrathsverordnung vollkommen ungenügend sind. Der deutsche Reichstag wird nicht den Muth

haben, eine Verkürzung dieses Minimums von Arbeiterschutz zu fordern.

Zur Regelung der Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten schreiben die offiziellen „Berl. Pol. Nachr.“: Bekanntlich sind die Universitäten aufgefordert worden, sich an der Hand eines ihnen zur Begutachtung vorgelegten Gesekentwurfes zur Sache zu äußern. Diese Gutachten liegen sämtlich vor. Sie weichen, wie zu erwarten war, vielfach von einander ab und es bedarf an sich sorgfamer Abwägung zahlreicher Gründe und Gegengründe, um dem in ihnen niedergelegten Material zur Beurteilung der Frage gerecht zu werden. Wenn daher in der laufenden Session keine Vorlage der bezeichneten Art kommen sollte, so darf daraus nicht entnommen auf den Verzicht auf den gesetzgeberischen Plan geschlossen werden. Die Ursache würde vielmehr darin zu suchen sein, daß die Vorarbeiten nicht rasch genug voran gehen können, um noch in der laufenden Tagung eine Vorlage zu machen.

Das wäre allerdings gefährdend für den Staat, wenn Herr Dr. Bosse sein Disziplinargesetz für Privatdozenten nicht unter Dach und Fach brächte.

Die Geschäfte der Zentral-Genossenschafts-Kasse nehmen stetig zu. Mit der Gründung neuer Genossenschaften und ihrer Vereinigung zu Verbänden wächst das Kreditbedürfnis ganz über das ursprünglich vorausgesehene Maß, aber auch umgekehrt ist der Depositenverkehr der Zentralkasse im Aufschwunge. Insbesondere haben auch solche größere Genossenschaftsverbände, welche anfänglich der Einrichtung läßt oder gar ablehnend gegenüberstanden, der Kasse Depositen in erheblichem Betrage anvertraut. Trotz der Mittel, welche der Kasse im Geschäftsverlehrs selbst zufließen, reicht ihr Betriebsfonds zur Befriedigung der berechtigten Kreditbedürfnisse nicht hin. Es hat sich daher im Interesse der Kasse als ausföhrbar und zweckmäßig erwiesen, vorläufig die Betriebsmittel der Genossenschaftskasse dadurch zu vergrößern, daß ihr verfügbare Bestände der General-Staatskasse in einem ihren Betriebsfonds weit übersteigenden Maße gegen einen angemessenen billigen Zinsfuß darlehnsweise zugeführt worden sind.

Wir bezweifeln, daß eine derartige Verwendung von Staatsgeldern für Herrn Riquel's Lieblingsskind ohne Zustimmung des preussischen Landtages geschehen darf.

Von Anfang an waren wir der Ueberzeugung, daß die Zentral-Genossenschaftskasse wie ein Schwamm die Staatsgelder in überreichem Maße aufsaugen wird, daß aber der Staat die größten Schwierigkeiten haben wird, Geld zurückzubehalten. Unsere Befürchtung, daß die Gesamtheit der Steuerzahler mit diesem „kleinen Mittel“ für die Landwirtschaft sehr böse Erfahrungen machen wird, hat sich schon nach ganz kurzer Zeit als berechtigt erwiesen.

Die obrigkeitliche Bekämpfung der polnischen Sprache in Preußen hat ihre naturgemäße Wirkung, die Polen zu energischem Widerstand anzureißen, nicht verfehlt. Aus Wien wird gemeldet, daß der als polnischer Patriot bekannte Karlsbader Arzt Dr. Stanislaw Gassewicz 10 000 Mark für eine wirksame Bekämpfung der antipolnischen Propaganda in Preußen gespendet habe. — Auch die preussische Bureaucratie wird die Erfahrung machen, daß ein Volk, das Wert auf die Erhaltung einer Sprache legt, durch Zwangsmittel sich seine Sprache nicht nehmen läßt.

Eisenach, 23. März. Die Versammlung deutscher Privatrechtslehrer hat nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: 1. Das juristische Studium beginnt mit einer allgemeinen Rechtslehre, insbesondere Privatrechtslehre. 2. Den Vorlesungen über das geltende Privatrecht haben außerdem Vorlesungen über römische und deutsche Rechtsgeschichte, ferner zwei propädeutische, systematische Vorlesungen über die römisch-rechtliche und deutsch-rechtliche Grundlage des Privatrechts vorauszugehen. 3. Auf Quellen-Gezesse ist nach wie vor hervorragendes Gewicht zu legen. 4. Nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches ist das gesammte bürgerliche Recht Deutschlands — mit Ausnahme des Handels- und Wechselrechts — als systematische Einheit zu lehren. Von der Verbindung des Rechts des Bürgerlichen Gesetzbuches mit dem übrigen Reichs- und Landes-Privatrecht sind nach örtlichem und zeitlichem Bedürfnis der einzelnen Universitäten Ausnahmen zulässig. 5. Nach Aufnahme des Bürgerlichen Gesetzbuches unter die Lehrgegenstände bedarf es eines mehr als dreijährigen Rechtsstudiums.

In christlicher Siebel Folgendes Schriftstück spricht für sich:

An den Rittergutsbesitzer Möller auf Poelitz b. Schlieffenberg und Genossen.

(Gedruckt) Friedrich Franz von SOLES Gnaden
Großherzog von Mecklenburg u. s. w.
(Geschrieben)

Unseren gnädigsten Gruß zuvor!
Werthe liebe Gekreue!

Wir erwidern euch nach erforderlichem Bericht auf eure Beschwerde vom 24. Februar ex. betreffend die Weigerung des Pastors Romberg in Warnkenhagen, dem in Läningsdorf bedienstet gewesenen Knechte Ruchsel das öffentliche Kirchliche Begräbniß zuzugestehen, daß wir keine Veranlassung haben, dem Pastor Romberg die von euch beantragte Rüge und Weisung zu erteilen.

Wenn es, auch nach eurem Bericht, feststeht, daß die schwere Betrunktheit des p. Ruchsel die mittelbare oder unmittelbare Ursache seines Todes gewesen ist, und nicht erwiesen ist, daß derselbe vor seinem Tode die Ruchselnheit wieder erlangt hat, vielmehr angenommen werden muß, daß er in der nicht durch Buße gesühnten Sünde des Rausches dahingestorben ist, so war der Pastor Romberg (ex. Rev. Widwite Medlenburgische Kirchenordnung Zol. 242) berechtigt, die öffentliche Mitwirkung der Kirche bei der Beerdigung des p. Ruchsel zu versagen. Auch hat derselbe zwar in Läningsdorf selbst keine näheren Erkundigungen eingegeben, aber mit dem Vertreter der Läningsdorfer Gutsobrigkeit am Tage vor der Beerdigung (!) in eingehender Unterredung den Fall besprochen, so daß ihm auch der Vorwurf mangelhafter Orientirung über den Thatbestand nicht gemacht werden kann.

Wir erwarten (!) deshalb von euch, ihr werdet dem Pastor Romberg sein Verfahren nicht als Schrofheit und Willkürlichkeit auslegen, sondern dasselbe als aus seelsorgerlichem Gewissensernst hervorgegangen ansehen, und ihm deswegen eure Liebe und Achtung nicht entziehen.

Wir verbleiben euch mit Gnaden gewogen.

Gegeben Schwerin, den 9. März 1896.
Ad mandatum Serenissimi primum,
Der Ober-Kirchenrath
(ges.) Wiese.

München, 23. März. Die Kammer der Reichsräthe nahm den Gesekentwurf, betreffend die Viehvericherung an und genehmigte ferner die Vorlage, betreffend den Bau der Bodenfer-Gürtelbahn.

Amberg, 23. März. Die traurige Fuhs mählert Angelegenheit hat noch immer nicht ihren Abschluß gefunden. Wie die „Amst. Volksztg.“ meldet, wird Sonnabend vor dem Landgericht Weiden gegen Anna Stock und Barbara Vogl von Fuhs mühl wegen der Fuhs mählert Holzgeschichte des vorigen Jahres verhandelt. Die Verhandlung gegen die beiden Angeklagten mußte im vorigen Jahre wegen deren Erkrankung ausgesetzt werden.

Darmstadt, 24. März. Die erste Kammer ist heute zu einer dreitägigen Sitzung zusammengetreten. Zahlreiche zur Verathung stehende Gegenstände wurden entsprechend den Beschlüssen der zweiten Kammer erledigt; verworfen wurde mit allen gegen 5 Stimmen ein von der zweiten Kammer angenommener Besekel betreffend die Aufhebung des Weinsener-Gesehes.

Stuttgart, 23. März. Unter dem Vorsitz des Ministers des Innern fand eine Konferenz statt, worin über die Frage der Aufhebung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher beraten wurde. Eine große Zahl von Ortsvorstehern aus dem Lande nahm daran theil. Ueber die Frage, welche Amtsbesegnisse den Ortsvorstehern für den Fall der Bezeitigung der Lebenslänglichkeit, wozu nicht mehr zu zweifeln, abgenommen werden sollen, ist eine weitgehende Uebereinstimmung erzielt.

Oesterreich.

Wien, 24. März. Das Abgeordnetenhaus nahm heute in zweiter und dritter Lesung die Vorlage betreffend die Wiener Lehrsanlagen an.

Schweiz.

Genf, 22. März. Bei der heutigen Volksabstimmung im Kanton Genf wurde das Initiativbegehren um Abschaffung der öffentlichen Häuser mit 8700 gegen 4100 Stimmen abgelehnt.

England.

London, 23. März. Das Unterhaus nahm nach achtstündiger Verathung mit 244 gegen 95 Stimmen die zweite Lesung der Vieh-euch-en-Bill an, welche das Schlachten des vom Auslande eingeföhrten Viehes im Landungshafen dauernd bestimmt.

Der Marineminister unterzeichnete die Kontrakte zur Lieferung von fünf neuen Kreuzern, welche je 2 1/2 Millionen Mark, also insgesamt 12 1/2 Mill. Mark kosten.

Frankreich.

Paris, 23. März. Deputirtenkammer. Bei der Verathung des Gesekentwurfes betr. die Einkommensteuer spricht sich Phopitean für denselben aus, wünscht jedoch einige Abänderungen. Turcel bekämpft den Gesekentwurf, dessen Unzulänglichkeiten er in längerer Rede nachweist; derselbe würde die Auswanderung des französischen Kapitals nach sich ziehen. (!) Die Debatten über die Einkommensteuer werden voraussichtlich am Donnerstag beendet werden und zwar wird die Kammer folgende Tagesordnung, die auch die Regierung zu akzeptiren bereit ist, annehmen: Die Kammer ist entschlossen, die persönliche Mobiliensteuer und die Steuer auf Thüren und Fenster durch eine allgemeine Einkommensteuer zu ersetzen.

Paris, 23. März. Prozeß Dupas. Arton bestätigt gemeist die Angaben Dupas', entlastet Monere und erklärt, er wäre durch die Zeitungen hinderehend über die Reisen der Geheimpolitisten unterrichtet gewesen. Ribot, der als Zeuge zitiert ist, versichert, er habe, als er Minister des Innern war, den formellen Befehl gegeben, Arton zu verhaften.

Im Prozeß Dupas ist Ribot, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, nicht ohne Erfolg bemüht, die Schuld für die Michtergreifung Arton's auf seinen Vorgänger im Ministerium des Innern, den jetzigen Senatpräsidenten Loubet, abzuwälzen. Ribot erklärte, daß er sich bei Uebernahme des Ministeriums den Bericht Soinoury's über die Mission Dupas' habe vorlegen lassen und daß er überrascht gewesen sei, zu sehen, daß Dupas seinen Auftrag erhalten habe, Arton zu verhaften. Ribot hat damals auf dem Bericht besonders vermerken lassen, daß die Affäre bereits vor seinem Amtsantritt gespielt habe. Zweifelhaft bleibt nur, ob Ribot seinerzeit, wie er behauptet, den Befehl erteilt habe, Arton zu verhaften, oder ob er, wie der Sicherheitschef Soinoury aus sagte, nur den Wunsch äußerte, Arton verhaftet zu sehen.

Paris, 24. März. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Guyot-Desfains berichtete im Ministerkath über die Arbeiten des internationalen Eisenbahn-Kongresses und erklärte, es würden nur wenige Aenderungen an den Besekelungen der Berner Konferenz von 1893 vorgenommen werden.

Italien.

Rom, 23. März. Die „Italia“ sowie andere Blätter erklären auf das entschiedenste, es sei bei den Friedensverhandlungen mit Renelik niemals die Rede von einer Kriegsentwädigung gewesen. Die ständige Finanzkommission des Senats hat einstimmig beschossen, dem Senat die Bewilligung der Afrika-Kredite vorzuschlagen.

Die Crispiner in Italien und Deutschland sind sehr ungehalten darüber, daß Rudini den von Crispini voriges Jahr gemahregelten Rehmann wieder in den diplomatischen Dienst genommen hat. Rehmann war früher Gesandter in Paris und konnte den Auftrag Crispini's, die französische Presse dem „italienischen Bismarck“ freundlich zu stimmen, nicht ausführen. Dazur wurde er abgelehnt. Daß er jetzt, nachdem Crispini geküht ist, wieder verwendet wird — er gilt für sehr tüchtig — versteht sich einfach von selbst. Aber die Crispiner können sich in den Sturz ihres Götzen noch nicht hineinfinden.

Maffanah, 23. März. („Agenzia Stefani.“) Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Der Negus befindet sich bei Aba-Dagamas. Das Fort Abigrat verfißt über Lebensmittel, Wasser und alle sonstigen Erfordernisse zu wirksamem Widerstande. Eine besondere Karawane hat Kleidungsstücke für die italienischen Besegener in das feindliche Lager gebracht. Auf dem Hochplateau macht sich überall Wassermangel fühlbar, so daß man den Regen sehr herbeiwünscht. Der telegraphische Verkehr mit Kassa besteht von einzelnen Unterbrechungen abgesehen, fort. Der neue Kommandant der Eingeborenen-Truppen, Oberst Stevani, marschirt mit zwei Bataillonen Eingeborener und einer Sektion Artillerie nach den von italienischen Truppen besetzten Deseles von Sadderat.

Rußland.

Petersburg, 23. März. Um der armenischen Agitation im Kaukasus ein Ende zu machen, werden die Vollmachten des Generalgouverneurs beträchtlich erweitert werden. Zu demselben Zwecke soll in Batum ein Generalgouvernement errichtet werden. Auch diesem neuen Generalgouverneur werden ausgedehnte Vollmachten übertragen werden, um gegen die armenische Agitation einschreiten zu können.

Afrika.

Kairo, 23. März. Die zweite Abtheilung der Truppen für den Sudan-Feldzug ist gestern von Sarras nach Kassa abgegangen. Bei Balliana ist eine große Dampferstation versammelt.

Kamerun, 23. März. Die Schutztruppe unter Hauptmann Kampf ist nach erfolgter Pacifizirung des Gebietes zwischen Solodorf und Jaunde in der letztgenannten Station eingetroffen. Der Weg von dort zur Küste ist wiederum dem Handel geöffnet.

Kimberley (im Kapland), 19. März. In der Untersuchungssache gegen Gardner Williams, den Geschäftsföhrer der Debeers-Compagnie, sagte ein Polizeioffizier aus, er habe in den Berichten der Debeers-Compagnie 313 Repetirgewehre, 536 600 Patronen und 1950 Bajonette vorgefunden. Die Verhandlung wurde dann auf den 2. April vertagt.

Ostasien.

Yokohama, 23. März. („Reuter'sches Bureau.“) Die Koreanischen Aufständischen griffen die japanischen Truppen bei Jusan an, wurden aber nach langem Kampfe zurückgeschlagen. An verschiedenen Orten in Korea wurden Japaner ermordet; es werden daher japanische Kriegsschiffe nach Korea geschickt. Der

König von Korea befindet sich noch in der russischen Ge-sandschaft in Seoul.

Diese Meldung läßt neue Verwickelungen in Ostasien unter Einwirkung des russischen Einflusses befürchten. Bekanntlich gehen seit längerer Zeit nach Ostasien russische Schiffe und Truppen.

Peking, 23. März. („Reuter's Bureau.“) Die chinesischen Behörden haben, einem überaus starken Druck von seiten Frankreichs nachgebend, dem Gouverneur von Kwang-Si den Befehl zuzulassen, eine Eisenbahn von Lung-shau an der Grenze von Tonkin nach Norden zu bauen. Die Franzosen haben die Absicht, auf diese Weise die den Engländern durch die Eröffnung des Si-Kiang erwachsenden Vortheile zu nichte zu machen, indem sie den Handel in der Richtung nach Tonkin zu ablenken.

Amerika.

Washington, 24. März. (G. N. of G.) In der gestrigen Sitzung des Senates gelangte der gemeinsame Kammerkonferenz-Besekel betreffend der Anerkennung Kuba's wiederum zur Debatte. Es war sofort erkennbar, daß geheime Einflüsse inzwischen weitere Protesten gegen den Besekel gewonnen hatten, da Senatoren, die sich bisher vollständig neutral verhielten, eine dem Besekel feindliche Stellung nahmen. So Platt, Republikaner von Connecticut, welcher sagte, daß die drei Mitglieder des Senates in der Konferenz den Besekel des Hauses ohne viele Erwägung akzeptirt hätten; er sei überzeugt, nicht fünf Senatoren stimmten demselben aus innerer Ueberzeugung zu. Er schloß vor, Sherman solle den Antrag stellen, den Konferenz-Besekel zu verwerfen und eine neue Konferenz anuberäumen. Palmer, Demokrat von Illinois, kündigte an, er werde die allgemeine Zustimmung des Senates für Ablehnung des Konferenzberichts verlangen und eine neue Kammerkonferenz beantragen. Der Senat stimmte diesem Antrage zu, unter lauten Mißfalläußerungen der Gallerien. Das Resultat wird hier dem Einflusse der bestechlichen Abgeordneten zugeschrieben, welche vom spanischen Gesandten und dessen politischen Agenten mit allen erdenklichen Mitteln bearbeitet worden sind. Es sollen über eine halbe Million Dollars unter den bekanntesten Geschäftspolitikern vertheilt worden sein, da Delome Instruktionen von seiner Regierung hatte, die Annahme des Besekelusses um jeden Preis zu vereiteln.

Washington, 24. März. Der Staatssekretär Olney hat erklärt, daß vom Hause gegen den Gesandten Bayard in London angenommene Labels vom Senat nicht übermittel werden; die Resignation Bayard's ist also dadurch verhindert worden.

Savannah, 24. März. Es stellt sich heraus, daß das von den Spaniern als großer Sieg gemeldete jüngste Gefecht bei Candelaria thatsächlich eine empfindliche Niederlage für sie war. Der Verlust an Todten und Verwundeten der Spanier bezifferte sich auf mehr als 500, die Insurgenten hatten nur die Hälfte.

Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Die Spekulation der Stettiner Konfektionsunternehmer, ihre Arbeiter mürbe zu machen, bleibt fruchtlos. Eine am letzten Donnerstag stattgehabte zahlreich besuchte Versammlung beschloß einstimmig den Streik fortzusetzen. Die Unternehmer verlangen noch immer, daß die Arbeit zu den Tariffäden aufzunehmen ist, die vor dem Streik dort vereinbart waren. Dann will man „freiwillig“ die geforderten Lohnsätze bezahlen. Zur Einigung steht bereit, verlangen aber die Arbeiter eine vorherige Sicherstellung der Bedingungen, unter denen sie die Arbeit wieder aufnehmen können. Viele der ledigen Arbeiter haben schon ihr Bündel geschnürt und sind nach außerhalb gereist. Bei längerer Dauer des Streiks planen auch zahlreiche Familien, nach Berlin und Breslau überzusiedeln.

Bei der Firma Oppenheim u. Rapoport in Hamburg, die allein noch nicht nachgegeben hat, befinden sich noch 100 Personen, die 50 Kinder zu ernähren haben, im Ausstand. Die Situation ist günstig und die Streikenden haben den festen Willen, auszuhalten, bis ihre minimalen Forderungen bewilligt sind. Die geforderten Stüklöhne wurden von der Firma noch vor einigen Jahren bezahlt.

Der Vorstand des Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes hat, wie uns geschrieben wird, in den süddeutschen Konfektionsplätzen Pfaffenburger, Worms, Speyer, im Taunus und Speyert eine planmäßige Agitation entfalten lassen, die sowohl für die Stärkung der Organisation, als auch für die Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von Erfolg gewesen ist. Rothwendig war es.

Noch vor 10—12 Jahren war dort die Arbeit leichter und wurde um das Dreifache höher bezahlt als jetzt; dieser Umstand gab die Veranlassung, daß in jenen Gegenden alles Schneider wurde. Selten ist eine Familie anzutreffen, wo der Sohn nicht Schneider ist. Mit diesem Anwachsen der Arbeitskräfte ging Hand in Hand eine gegenseitige Unterbietung der Löhne. Die Konfektions Schneider auf dem Lande konnten sich noch in den siebziger Jahren ein kleines Besegthum erringen. Heute ist es nicht mehr möglich. Die heutige Generation lebt in elenden, feuchten, ungesunden Wohnungen, wo zum theil Wohn-, Schlaf- und Arbeitszimmer ein und derselbe Raum ist. Die Schwindsucht grassirt infolge dessen unter den dortigen Konfektions-Schneidern sehr stark.

Um diese Zustände etwas aufzubessern, berieth man sich in Pfaffenburger und Umgegend in zahlreichen Versammlungen. Ein Lohnsatz wurde ausgearbeitet und eine gemächte Lohnkommission hatte nun die Aufgabe, denselben den Unternehmern zu unterbreiten; die Geschäftsinhaber, die keine Großfirmen sind, billigten den Tarif, dagegen schlugen die sechs großen Engros- und Exportfirmen die Annahme ab, wie überhaupt jede Unterhandlung mit der Kommission. Sie verpflichteten sich sogar gegenseitig durch Festsetzung einer Konventionalkasse, nichts zu bewilligen und jeden Arbeiter zu entlassen, der eine Forderung stellt. Dies gab die Veranlassung, daß in der dritten öffentlichen Versammlung der Besekel gefaßt wurde, an den Magistrat das Ersuchen zu stellen, ebenso wie in anderen Städten auch hier den Vermittler zu machen, um eine friedliche Lösung herbeizuföhren. Es wurde auch von seiten des Magistrats sofort eine gemeinsame Sitzung zwischen der Lohnkommission und den Arbeitgebern unter der persönlichen Leitung des Bürgermeisters auf den 12. Februar im Rathhauseaal anberaunt. Erschienen waren jene drei Unternehmer, die den Tarif schon bewilligt hatten, die sechs Großkonfektionäre aber schickten eine schriftliche Erklärung mit der Motivirung, die Pfaffenburger Konfektion sei eine junge und schlechte, infolgedessen sie auch keine höheren Preise bezahlen könnten. Indem das Material über die Lage der dortigen Arbeiter dem Magistrat übermittelte wurde mit dem Ersuchen, auch die Regierung davon zu verständigen, kam der Fabrikinspektor im Auftrage der Regierung am 14. Februar, um die Unternehmer zu veranlassen, wenigstens in eine Unterhandlung mit der Lohnkommission einzutreten. Trozdem der Fabrikinspektor von Unternehmer zu Unternehmer ging, war es ihm ebenfalls nicht möglich, dieselben zu veranlassen, sich in eine Unterhandlung einzulassen; er mußte unverrichteter Sache wieder abgehen. Wohl hatten die Unternehmer schon bei der ersten Versammlung für Hosen 5 Pf. mehr gezahlt, sowie durchgehends durch die Bewegung höhere Löhne zu verzeichnen sind, aber schriftlich wollten sie es nicht geben.

War es dort auch momentan nicht möglich, wesentliche Vortheile zu erreichen, so wurde andererseits doch die Organisation gefördert, um für die Folge vorgehen zu können. Ähnlich waren die Resultate in Speyer, Mainz, Worms und Umgegend. Das

Verdienst des Deutschen Schneider- und Schneiderinnenverbandes ist es, daß überall die Konfektionsarbeiter aufgerüttelt sind. Mögen sie ihrer mathematischen Organisation immer größere Bedeutung verschaffen.

Partei-Nachrichten.

Zur diesjährigen Feier des 1. Mai beginnt jetzt die deutsche Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. Es wird daher am 1. Mai in Breslau abgehalten werden der deutsche Sozialdemokratie über die Art und Weise der Maifeier gefaßt hat. Der Beschluß lautet:

„In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden.“

Als würdige Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe eintreten zu lassen.“

Bei der Gemeinderathswahl in Lägerdorf in Ostpreußen wurde in der 3. Klasse der Kandidat der Arbeiterpartei, Wilhelm Startjohann, mit 98 von 111 abgegebenen Stimmen gewählt. (Stimmrecht 400.) Die Arbeiterpartei hat jetzt alle vier Sitze der 3. Klasse inne. Bei der Gewerbegerichts-Wahl in demselben Orte errangen unsere Parteigenossen einen überaus glänzenden Sieg; ihre Kandidaten für die Klasse der Arbeitervertreter erhielten 222-224, die der Gegner nur 4-7 Stimmen.

Aus Sachsen. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratie des 22. Reichstags-Wahlkreises (Kirchberg-Auerbach i. V.), der kürzlich in Wurzbach i. V. abgehalten wurde, und sehr zahlreich besucht war, sprach Dr. Redner für die Niederlegung der Landtagsmandate und 13 dagegen. Beschlossen wurde mit allen gegen 41 Stimmen, die Landesversammlung möge die Niederlegung der Mandate und Nichtbeteiligung an den Landtagswahlen beschließen.

In Meissen beschloffen die Parteigenossen einstimmig, daß unsere Abgeordneten ihre Landtagsmandate beibehalten und die Parteigenossen sich auch an den nächsten Landtagswahlen beteiligen sollen, damit dem Volke der Schaden des Dreiklassen-Wahlrechts „praktisch vor Augen geführt“ wird.

Aus Prag wird uns geschrieben: Am 22. März fand hier die konstituierende Versammlung des „Verbands deutscher Arbeiter“ statt, die von deutscher sowie tschechischer Seite äußerst zahlreich besucht war, ein Beweis dafür, daß der internationale Gedanke auch hier immer mehr an Boden gewinnt. Der junge Verein, der schon eine stattliche Anzahl von Mitgliedern zählt, stellt es sich zur Aufgabe, den der tschechischen Sprache nicht mächtigen Genossen auch im slavischen Prag Gelegenheit zu geben, ihre Solidarität zu bekunden, sowie durch Vorträge und Diskussionsabende bildend zu wirken.

Totenliste der Partei. In Magdeburg starb Frau Bertha Lanlau, die brave Gattin unseres Genossen Karl Lanlau. Sie hat sich besonders unter dem Ausnahmegesetz als mutige Mitkämpferin erwiesen. Ehre ihrem Andenken!

In Wien starb am 21. März der Parteigenosse Josef Lischa, Redakteur des „Oesterreichischen Metallarbeiters“ und Sekretär des Verbandes der oesterreichischen Metallarbeiter. Er hat sich sowohl in politischer wie gewerkschaftlicher Beziehung sehr bedeutende Verdienste um die Arbeiterschaft Oesterreichs erworben.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Eingestellt ist das Verfahren, das gegen unseren Genossen H. Zappan in Frankfurt a. D. wegen angeblicher Beschimpfung der christlichen Kirche eingeleitet war. Das Vergehen sollte durch die Veröffentlichung eines Artikels in der „Märkischen Volksstimme“ begangen sein, worin das Weihnachtsfest in sprachlicher und geschichtlicher Hinsicht besprochen worden war.

— Die polizeiliche Beschlagnahme der Nummer des „Süddeutschen Postillons“ in Halle a. S. ist vom Amtsgericht bestätigt worden, da nach dessen Ansicht „jedes Bild und jeder Artikel, sowie jedes Lied der Nummer für sich oder wenigstens im Zusammenhang mit den andern Bildern, Liedern oder Artikeln als eine Verherrlichung der Kommune und Revolution erscheint und somit die verschiedenen Klassen der Bevölkerung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt.“

Soziale Uebersicht.

Wegen die von den Bauarbeitern aus Licht gezogenen Mißstände auf Bauten ist in Sachsen das Ministerium durch folgende Verordnung eingeschritten:

„In den Kreisen des bauenden Publikums herrscht anscheinend vielfach Unkenntnis darüber, daß die Vorschriften in § 120b der Gewerbe-Ordnung auch auf Bauten Anwendung finden. Insbesondere sollen Bedürfnisanstalten und Räume, welche zum Einnehmen von Wäsche, zum Umkleiden und beziehentlich Waschen bestimmt sind, entweder überhaupt fehlen oder doch nur in ganz ungenügender Weise hergestellt sein, so daß auf den Bauplätzen, wo auch Arbeiterinnen beschäftigt werden, die betreffenden Einrichtungen gemeinschaftlich benutzt werden müssen.“

Das Ministerium des Innern erachtet es daher für erforderlich, daß die Unternehmer von Bauten bei Ertheilung der Bauverläubnisse auf die ihnen in dieser Hinsicht gesetzlich obliegenden Verpflichtungen aufmerksam gemacht werden, beziehentlich daß die Baupolizeibehörden in jedem Einzelfalle prüfen, welche Anordnungen etwa nach Lage der Sache zu erlassen sein möchten. (§ 120d der Gewerbe-Ordnung.)

Da die Ueberwachung der Bauten in bezug auf die Einhaltung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen mit Rücksicht auf § 154 Abs. 4 der Gewerbe-Ordnung zur Zeit noch nicht zur Zuständigkeit der Gewerbe-Inspektionen gehört, haben, wie schließlich noch erwähnt werden mag, die Baupolizeibehörden sich dieser Aufgabe selbst zu unterziehen und zu diesem Behufe ihre bautechnischen Sachverständigen mit entsprechender Anweisung zu versehen.“

Gegen den streitbaren Schuhfabrikanten Eichbaum in Mainz hat die Staatsanwaltschaft Untersuchung eingeleitet, weil er seit einer Reihe von Jahren einen gegen die Gewerbe-Ordnung verstoßenden schwindehastigen Handel betrieb, indem er seinen Arbeiterinnen die sogenannten Fournituren, als Raschinnadeln, Garn und Seide zu einem oft 50 pCt. den Einkaufspreis überschreitenden Anschaffungspreis verkaufte und unter dem Verbot, andere als von ihm gelieferte Fournituren zu verbrauchen, von ihrem Arbeitslohn in Abzug gebracht hat. Die Anklage erfolgte auf Veranlassung des Fabrikinspektors für Rheinhessen.

Gewerkschaftliches.

Au die Tabakarbeiter Berlins und Umgegend. Nachdem die am Sonntag stattgehabte Versammlung der Tabakarbeiter beschlossen hat, in eine Lohnbewegung eintreten zu wollen und gleichzeitig die Kommission mit den vorbereitenden Schritten beauftragt hat, wird diese Kommission in der Versammlung am Sonntag, den 29. März, 13

„Schweizer-Garten“ Reich erhalten und den Minimal-Lohnstarif zur endgiltigen Beschlußfassung unterbreiten. Wir ersuchen deshalb sämtliche Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ganz besonders ersuchen wir die Zigarrenfortitzer und Sortireurinnen, in dieser Versammlung ihre Stellungnahme zu dieser Lohnbewegung kundzugeben. Die Kommission.

Situationsbericht über den Streik der Stellmacher Berlins. Wir befinden uns jetzt in der zweiten Woche des Ausstandes. Die Arbeitsniederlegung ist nun fast in allen Bezirken erfolgt. Es streiken noch 208 Kollegen. Bewilligt haben bis jetzt 30 Meister und Fabrikanten, die zusammen 196 Gesellen beschäftigen. Unter denen, die bewilligt haben, befinden sich auch schon mehrere Innungsmeister. Fast überall sträuben sich die Meister weniger gegen die gestellten Lohnforderungen, als gegen die neunständige Arbeitszeit. Ferner wollen die Meister durchaus nicht mit der von den Gesellen gewünschten Lohnkommission verhandeln; deren Mitglieder werden als Saboteur hingestellt, mit denen man nichts zu thun habe; die Meister glauben wohl, wenn man über die Kommission Unwahrheiten verbreitet, dann sei man mit den Gesellen fertig. Wir sehen aber, wie sehr sich die Innung durch solches Auftreten selbst schadet, denn ihre Mitglieder bewilligen eines nach dem anderen unsere Forderungen.

Vom Montag haben wir einen besonderen Fall zu berichten. In der Wagenschmiede von Rudowsky, Postdammstr. 50, wurde vor Ausbruch des Streiks unsere Forderung bewilligt; als aber der nächste Lohnstag kam, hatte der Werkführer Herr Schumann dem Chef vorgerebet, die Leute verdienten den geforderten Lohn nicht und die Arbeitszeit wäre zu kurz. Es wurde nun den Leuten erklärt, die Bewilligung würde zurückgezogen; außerdem erhielt ein Stellmacher, und zwar derjenige, der am längsten dort in Stellung war, seine Entlassung.

Hierauf traten sämtliche Arbeiter der Fabrik, als Stellmacher, Schmiede, Dreher u. s. w., zusammen und forderten die Einstellung des entlassenen Stellmachers und die Entlassung des Werkführers Schumann. Die Einstellung des Stellmachers wurde zugestimmt, aber als sie darauf bestanden, daß Herr Schumann entlassen werde, wurden sämtliche Arbeiter entlassen.

Man sieht hier, was ein Werkführer beim Fabrikanten für einen Werth hat, wenn er für billige Arbeiter sorgt.

Die Haltung der Streikenden ist musterhaft und so hoffen wir, da das Wetter günstig ist und die Arbeit drängt, daß die Entscheidung in ganz kurzer Zeit fallen wird.

Wir appellieren hiermit an diejenigen Gewerkschaften, welche im Hande sind, uns materiell zu unterstützen, dies baldigst thun zu wollen.

Die Lohn-Kommission. Alle Anfragen sind zu richten an Friedrich Michels, Sebastianstr. 1 v. 4 Tr., alle Geldsendungen an Wilhelm Schwarz, Rathenowerstr. 46, Quergeb. 4 Tr.

35 Kollwagen-Begleiter des Berliner Expeditionsvereins haben wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen die Arbeit eingestellt. Sechs von ihnen — meist jugendliche Leute — wurden verhaftet, weil sie die weiter arbeitenden Kollegen bedroht haben sollen. Die Kollwagen-Begleiter haben, wie wir hören, bei außerordentlich langer Arbeitszeit äußerst niedrigen Lohn; ihr Arbeitsverhältniß aufzubessern, wäre daher nur ein Akt der einfachsten Gerechtigkeit.

Im Streik in Kottbus wird uns geschrieben: Am Montag fand eine von der Bürgerschaft in Kottbus einberufene Versammlung statt. Der Vorsitzende Stadtverordneter und Lagerhalter Raake führte aus, daß dieser Streik die gesamte Bürgerschaft schwer schädigt; wenn er auch annehme, daß bei Beginn des Streiks von beiden Seiten Fehler gemacht worden seien, so sei es doch unverantwortlich und geradezu gemeingefährlich, daß die Fabrikantenvereinigungen die Massenabwanderung vorgenommen habe. Der Redner bedauert, daß von seiten der maßgebenden Behörden ein einseitiger und für die Fabrikanten günstiger Standpunkt in dieser die Stadt schwer schädigenden Angelegenheit eingenommen worden sei, und schlägt vor, eine Kommission aus der Mitte der nicht am Streik beteiligten Bürgerschaft zu wählen, welche als unparteiisches Mitglied die Verhandlungen abzuhalten soll.

Mentier Piers glaubt ebenfalls, daß bei Beginn des Streiks Fehler gemacht worden seien, und bedauert besonders, daß die Behörden den Kottbuser Fabrikanten den § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht nachdrücklich genug bekannt gemacht haben.

Der Werksmeister von der Samson'schen Fabrik, der größten in Kottbus, giebt zu, daß durch den Ausstand die Fabrikanten schwer geschädigt sind; es werde schwer sein, sämtliche Arbeiter sogleich wieder zu beschäftigen, weil durch den Streik viel Kundschaft verloren gegangen sei.

Darauf wurde von seiten der Arbeiter bemerkt, daß Maßregelungen durchaus nicht vorkommen dürften; die Arbeiter würden, so lange die Arbeit nicht drückt geregelt sei, daß sämtliche Arbeiter beschäftigt werden können, unter Umständen mit halbtägiger Beschäftigung zufrieden sein.

Fabrikverpächter Koype glaubt, daß die Verhandlungen zu keinem Resultat führen werden, worauf Stadtverordneter Raake erwidert, daß man dann wenigstens bestimmen wisse, daß die Fabrikanten kein Interesse an dem Wohl der Bürgerschaft der Stadt Kottbus haben, sondern vielmehr die kleine Geschäftswelt der Stadt leichtfertig ruinieren. Die Bürgerschaft wäre alsdann verpflichtet, selbst einen Aufruf zu erlassen, damit die Ausständigen kräftig unterstützt werden.

Folgende Anträge wurden von der Versammlung angenommen:

I. Die Versammlung spricht ihre Befriedigung darüber aus, daß die Bürgerschaft gewillt ist, die Vermittelung in einer für beide Theile befriedigenden Weise zu übernehmen. Die Versammlung vermahnt sich entschieden dagegen, daß der Streik von seiten der Arbeiter hervorgerufen sei.

II. Die Versammlung beauftragt das Bureau, die maßgebenden Behörden aufzufordern, den Redakteur H. Heine zu veranlassen, den Fabrikanten die §§ 152-153 der Gewerbe-Ordnung zur Kenntnis zu bringen und zu erklären; die Versammlung glaubt in der Festsetzung von Konventionalstrafen, wie es bei den Fabrikanten üblich, die Merkmale einer Bedrohung zu sehen.

Die gewählte Vermittelungskommission besteht aus folgenden Personen: Bädermeister Köppler, Schlossermeister Lehmann, Schneidermeister Berger, Strohhüttenfabrikant Piers, Geschäftsführer Raake, Rentier Neumann, Restaurateur Knauth.

Unter diesen Personen sind drei Stadtverordnete in Kottbus.

Die Differenz der Wütcher in der bei Dresden gelegenen Brauerei Meisewitz mit der Direktion ist durch die Vermittelung des Vorstandes des Vereins Zentralkommission (des Dresdener Gewerkschaftsvereins) auf eine für beide Theile vollständig befriedigende Weise beigelegt.

Zur Malerbewegung. Die Maler Elmshorn haben den Zehnhunderttag bewilligt bekommen; den Minimallohn von 40 Pf. pro Stunde lehnten die Meister ab.

In Dresden haben 200 Maler, die bei 30 Meistern arbeiten, die Forderungen bewilligt bekommen; darunter befindet sich das größte Geschäft in der Neustadt. Im Streik standen Ende voriger Woche noch 377 Mann, wovon 211 verbeiratet sind und 280 Kinder zu ernähren haben. Die Zahl der Abgereisten beträgt 50. An der Bewegung überhaupt betheiligt waren 627 Mann.

In Bielefeld legten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Mechanischen Weberei, Aktiengesellschaft, die Arbeit

nieder. Grund ungenügende Bezahlung. Die Direktion wollte statt der geforderten nur eine ganz geringfügige Lohnerhöhung eintreten lassen. Die Zahl der Streikenden beträgt über 900.

Die Maurer auf der Insel Rorderney, die, wie wir früher mittheilten, in einer Lohnbewegung stehen, hatten zur Unterhandlung mit den Meistern eine Kommission gewählt. Die Mitglieder dieser Kommission sind, wie das so Unternehmerbrauch ist, gemahregelt, und darauf legten sämtliche Maurer Rorderney's die Arbeit nieder. Die Ledigen sind abgereift. Die Verbeirateten bedürfen der Unterstützung. Sendungen sind zu richten an E. Jerez auf Rorderney.

Der Streik auf der Eisenstein-Grube bei Gosensbach im Siegerland ist der „Abnischen Volkszeitung“ zufolge durch Bewilligung der Forderungen der Bergleute beendet worden.

Der Streik der Stuhlarbeiter bei der Firma Anton Papendiek in Bremen dauert fort. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Dr. Blendermann, hatte beide Parteien ersucht, die Vermittelung des Einigungsamts in Anspruch zu nehmen. Die Arbeiter stimmten zu, Herr Papendiek aber weigerte sich.

Ueber den Textilarbeiter-Streik in Mülhausen i. G. berichtet eine Woll'sche Depesche vom Dienstag: Der Stand des Streiks ist im großen und ganzen derselbe wie gestern. Eine Anzahl Nacharbeiter der 4 Kammgarn-Spinnereien haben sich den Ausständigen noch angeschlossen; das Verhalten derselben ist ruhig. Infolge Ausbruchs eines Streiks in Thann hat sich heute früh zur Unterstützung der Ortspolizei eine Kompanie Infanterie und ein Zug Dragoner dorthin begeben.

Nach einer anderen Meldung verbot die Polizei in Mülhausen Umzüge und Ansammlungen.

Die österreichischen Eisenbahnangestellten, die bekanntlich eine ausgezeichnete Fachorganisation haben, halten jetzt ihren Kongreß ab. Der Beschäftigung desselben durch Delegirte werden nun von seiten der Direktoren der Staatsbahnen — im Gegensatz zu den Privatbahnen — Hindernisse bereitet, indem man den Delegirten den Urlaub verweigert. Eine Deputation ist deshalb beim Eisenbahnminister v. Guttenberg vorgelegt worden. Nach dem Empfang wurde der Reichsraths-Abgeordnete Bernerstorfer vom Ministerpräsidenten Badeni und Eisenbahnminister von Guttenberg ermächtigt, der Abordnung des Einberufungskomitees die Erklärung im Namen der Regierung abzugeben, daß von der Regierung keinerlei Aufträge an die Direktionen ergangen sind, und daß die Regierung keine feindselige Haltung gegenüber dem Kongreß einzunehmen in der Lage sei, zumal noch keine Beschlüsse desselben vorliegen. Der Eisenbahnminister habe wiederholt erklärt, daß er keinerlei Einfluß in der Richtung geltend gemacht hat, Urlaube zu verweigern, wenn die Urlaubsgesuche mit der Delegation zum Kongreß begründet würden. Er stehe auch bei dieser Gelegenheit einzig auf dem Standpunkt des Dienstes.

Der Kongreß hat inzwischen begonnen; es ist der erste Verbandstag der Eisenbahnervereine Oesterreichs. 1. Troß zahlreicher Urlaubsverweigerungen ist die Theilnahme eine sehr rege. Die Tagesordnung enthält neben geschäftlichen Angelegenheiten (1-4) folgende Punkte: 5. Verkürzung der Arbeitszeit. 6. Rubetage. 7. Der 1. Mai und die Eisenbahnen. 8. Abschaffung der Frachttarife an Sonntagen (mit Ausnahme der lebensmittelführenden Güter). 9. Abschaffung der Prämien-, Kilometer- und Stundengelder, des Akkords und Einführung eines entsprechenden Jahresgehaltes. 10. Abänderung der Avancementsverhältnisse. 11. Abänderung der Dienstpragnatik und Einführung von Schiedsgerichten, Forderung, daß ein Gesetz geschaffen wird, welches die Wahl von unabhängigen Inspektoren aus der Mitte der Bediensteten bestimmt, die über die Einhaltung der Gesetze und Instruktionen zum Schutze der Eisenbahnbefugnisse zu wachen haben, an Stelle der k. l. Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen. 12. Humanitätsinstitute (Unfallversicherung, Betriebskrankenkasse, Provisions- und Pensionskassen). 13. Verstaatlichung der Eisenbahnen und aller Verkehrsmittel. 14. Wahlrecht. 15. Organisation. 16. Fachpresse. 17. Bestimmung, wann der nächste Kongreß stattfinden wird.

Aus den Verhandlungen erwähnen wir für heute, daß einstimmig auf Antrag des Referenten Dr. Ellenbogen folgende Resolution gefaßt wurde:

„In Erwägung, daß die Interessen der Eisenbahnbefugneten proletarische Interessen sind, die auf einer Stufe stehen mit denen des Proletariats der ganzen Welt; in weiterer Erwägung, daß der Kampf, den das Eisenbahnproletariat gegen Ausbeutung und Knechtschaft führt, nur im Verein mit den übrigen Ausgebeuteten und Unterdrückten siegreich durchgeführt werden kann, erklärt es der Kongreß als Pflicht der Eisenbahnbefugneten, zum sichtbaren Zeichen der Solidarität ihrer Interessen mit denen des gesamten internationalen Proletariats überall, wo es die Dienstverhältnisse nicht ganz unmöglich machen, an der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe theilzunehmen.“

Weiter wurde beschlossen, daß zu diesem Zwecke die Werkstättenleitungen am Freitage des 1. Mai ersucht werden sollen, und wo dies ohne Erfolg ist, am Abend des 1. Mai Versammlungen abzuhalten sind, um den Weltfeiertag der Arbeit dann auf diese Weise zu begehen.

Die Bergleute der Cockerillwerke bei Lüttich in Belgien haben den Generalstreik angedroht, falls ihnen nicht der Achtundtag und eine Lohnerhöhung bewilligt werde. Der Direktor des Werkes hat die Forderungen abgelehnt. — In der Grube St. Venot bei Lüttich wüthet seit Sonntag eine Feuersbrunst in einer Tiefe von 300 Metern. Zweihundert in dem Bergwerke arbeitende Leute konnten noch rechtzeitig herausgeschafft werden. Das Feuer dehnt sich noch weiter aus.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 24. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wegen Unterschlagung von 20 000 M. Amtsgeldern wurde heute plötzlich der Registrar der Aufsichtsbehörde für Standesämter Carl Anton Powell verhaftet. Es ist dies derselbe, der vor drei Jahren seinen Vorgesetzten wegen Majestätsbeleidigung denunziert hatte.

Frankfurt a. M., 24. März. (B. S.) Der „Frankf. Zg.“ wird aus Paris gemeldet: Die Sozialisten wollen nach dem Urtheilspruch im Prozesse Dupas eine Interpellation einbringen, welche Gelegenheit geben soll, gegen das Verhalten Loubets im Falle Dupas zu protestiren. Rouanet äußerte in den Conloirs, man müsse die Verlegung Loubets in Anklagezustand beantragen.

Wien, 24. März. (B. S.) In diesen politischen Krisen ist man dem „Vaterland“ zufolge fest überzeugt, daß der drohenden Sprache der russischen Blätter sowohl wie der französischen Presse Rußland und Frankreich schließlich doch der Dongola-Expedition zustimmen und sich höchstens auf einen platonischen Protest beschränken werden.

Rom, 24. März. (B. Z. B.) (Senat.) Im Verlaufe der Sitzung sprachen Redner für und gegen die Friedenunterhandlungen in Afrika. Der Ministerpräsident di Rudini bezeichnete das Gerücht, daß der Regus Renelli eine Kriegsentwädigung von 50 Millionen Franken verlangt habe, als eine Beleidigung Italiens. Ferner erklärte der Ministerpräsident, daß die gegenwärtige Regierung mit Nachdruck die Ordnung und die bestehenden Einrichtungen gegen die Umsturzparteien verteidigen werde. Schließlich wurde die Weiterberathung auf morgen vertagt.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 72.

Mittwoch, den 25. März 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

68. Sitzung vom 24. März 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe, v. Bötticher, Graf Posadowsky, Hollmann, Nieberding.

Bei der zweiten Verlesung des Gesetzes betreffend die Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schuldenentlastung macht

Abg. Hug (Z.) Bedenken dagegen geltend, daß für das Jahr 1895/96 die dem Reiche vorbehaltenen Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern von 130 auf 143 Millionen erhöht werden soll in Aenderung der Brandenstein'schen Klausel, verzichtet aber bei der Stimmung des Hauses auf einen Antrag.

Darauf wird die Vorlage in zweiter Lesung unverändert genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der dritten Verlesung des Etats und zwar des Spezialstats der Marineverwaltung.

Abg. Meißner (Soz.) bemängelt die schlechten Wasserhältnisse in Wilhelmshaven und Umgebung. In Wilhelmshaven sei schon eine Besserung eingetreten, nicht aber in Bant. Das Reich, welches tausende von Arbeitern dorthin gezogen habe, müsse auch für gutes Trinkwasser sorgen, da die armen Gemeinden es nicht könnten. Redner verweist ferner auf die Mafregelung eines Arbeiters, der sozialdemokratischer Agitation verdächtig war, und trotzdem er 14 Jahre auf der Werft in Wilhelmshaven arbeitete, entlassen worden sei. Ueberhaupt seien von der Werft in Wilhelmshaven zahlreiche Arbeiter entlassen worden. Ueber die Schulumlagen in Wilhelmshaven beschwerten sich die Marinebeamten; sie haben schon deshalb die Bürger boykottiert und gedroht, daß sie ihre Bedürfnisse nicht in Wilhelmshaven kaufen werden, wenn diese Schulumlage nicht abgesehen würde. Endlich beschwert sich Redner darüber, daß eine Ant Lynchjustiz auf den Schiffen geübt werde.

Staatssekretär Hollmann: Die Wasserversorgung von Wilhelmshaven macht allerdings große Schwierigkeiten; wir haben in der Nähe Brunnen angelegt, aus denen wir durch Röhren das Wasser nach Wilhelmshaven befördern. Dieser Wasserbeförderung war verhältnismäßig sehr gering und reichte für den Bedarf nicht aus; wir haben deshalb einen neuen Brunnen angelegt, der jetzt fertig gestellt ist. Im nächsten Etat werden wir eine zweite Rohrleitung dafür beantragen und dann wird sich herausstellen, ob die Gemeinde Bant genügend mit Wasser versehen ist. Die Marineverwaltung hat selbst ein großes Interesse daran, daß ihre Arbeiter mit gutem Wasser versorgt werden und sie wird bemüht sein, es ihnen zu liefern.

Der Fall der Entlassung eines Arbeiters wegen sozialdemokratischer Agitation ist mir nicht bekannt; ich kann nur allgemein versichern, daß der Ober-Werftdirektor nach bestem Wissen und Willen geprüft haben wird, wie es mit dem Arbeiter steht. Ich werde Nachfrage halten und mich über den Fall orientieren. Eine Arbeiterentlassung von mehreren hundert Arbeitern ist nicht vorgekommen, sie wäre mir unter allen Umständen zur Kenntnis gekommen. Soweit ich übersehen kann, liegt dazu keine Veranlassung vor, denn Wilhelmshaven ist mit Arbeitern sehr gut versorgt. Ich werde mich auch danach erkundigen, aber Entlassungen in dieser hohen Zahl sind nicht vorgekommen. Wenn angeblich wegen der Schulumlagen die Deckoffiziere ihre Bedürfnisse anderswoher beziehen, so ist das ihre Privatsache, ich kann ihnen darüber nichts vorschreiben; thäte ich es, so würden Sie mich der Willkür anklagen. Das ist nicht schön, wenn die Leute das in die Zeitungen schreiben, gebe ich gern zu. Die Bürger sind aber damit doch nicht boykottiert. Was hat das mit den Bürgern zu thun? Gegen die gesetzliche Umlage der Stadt kann man doch nicht Front machen, indem man die Bürger boykottiert. Wenn die Arbeiter länger auf der Werft zurückgehalten werden, so ist dafür nicht der Grund, die Arbeiter zu quälen. Der Ober-Werftdirektor wird sich überlegt haben, ob das für das Wohl und Wehe der Werft notwendig ist oder nicht. Sollte ein Anlaß zu einer Aenderung sein, so wird abgeholfen werden.

Was die Lynchjustiz betrifft, so hat die Befragung nicht das Recht, die Strafbefugnisse des Schiffskommandanten selbst in die Hand zu nehmen; die Leute würden damit dem Kommandanten ins Handwerk pfeuschen. In jedem Fall, wo das dem Kommandanten bekannt wird, findet eine Untersuchung statt, um die Thäter herauszufinden. Ich kann versichern, daß die Lynchjustiz an Bord der Schiffe durchaus gemißbilligt wird.

Bei den Ausgaben für die Werftanlagen bringt Abg. Nicker (Fr. Vg.) die Lage der Werftsekretäre zur Sprache, die trotz allem Andrängen des Reichstages noch nicht im Rang und Gehalt den Intendantursekretären gleichgestellt seien. Es handle sich um 37 Beamte und eine Nebenzahl von 2800 M.

Geh. Rath Blath erkennt an, daß die Intendantur- und Werftsekretäre im Gehalt gleichgestellt werden sollten. Das sei auch geschehen in Bezug auf das Durchschnittsgehalt, aber für die Intendantursekretäre sei das Höchstgehalt etwas höher bemessen.

Damit ist der Marine-Etat erledigt.

Beim Etat der Reichs-Justizverwaltung erklärt Abg. Leuzmann, daß er sich bei der zweiten Lesung geirrt habe, indem er als Vorsitzenden im Prozeß Feinze Herrn Brausewetter bezeichnet habe; den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Nied, welchen Redner nicht verdächtigen wollte.

Der Etat des Reichs-Justizamtes wird genehmigt.

Beim Etat der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung bemängelt

Abg. Hüpeden (Christlich-sozial) die Erklärung der Postverwaltung in Bezug auf die Sonntagsruhe der Post-Unterbeamten. Er befreit, daß die Beamten genügende Sonntagsruhe haben. In Kassel seien die Briefträger und Paketträger jeden Sonntag mindestens bis 11 Uhr beschäftigt. Entweder verfolge Herr v. Stephan unter einem freien Sonntag nur einen halben freien Tag, oder es mache sich ein Widerspruch zwischen den oberen und den unteren Behörden geltend. Dann sollte man aber offen anerkennen, daß die Verhältnisse nicht so liegen, daß den Beamten ein freier Sonntag gegeben werden kann.

Unterstaatssekretär Fischer: Ein Widerspruch zwischen dem, was hier erklärt wird und was draußen geschieht, liegt nicht vor. Wenn der Fall in Kassel zu unserer Kenntnis gebracht worden wäre, so hätten wir Erklärungen einziehen können. Jetzt kann ich keine Erklärung über einen einzelnen Fall geben. Unsere Norm ist die, daß die Unterbeamten von 3 Sonntagen 1 Sonntag ganz oder 2 halbe frei haben. Dieses Ziel ist schon vor zwei Jahren als vollkommen durchgeführt zu betrachten gewesen.

Abg. Zimmermann (Reform-P.) beantragt: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Postkaltendienststunden an Sonn- und Festtagen auf die Zeit von 7/8 bis 9 Uhr vormittags und 12 bis 2 Uhr nachmittags festgesetzt werden.“

Der Antragsteller befürwortet den Antrag, weil die jetzigen Dienststunden von 5-7 Uhr nachmittags äußerst ungünstig gelegt sind. Durch die Verlegung in die Zeit von 12 bis 2 Uhr nachmittags könnten die Postbeamten wenigstens einen

freien Sonntag-Nachmittag bekommen. Der Geschäftsverkehr ruht an Sonntagen von 2 Uhr ab.

Direktor im Reichspostamt Freisch: Ueber diese Frage ist eine allgemeine Enquete veranaltet worden unter Hinzuziehung der beteiligten Korporationen des Handels und der Industrie und das Ergebnis war, daß man es beim Alten lassen und nicht in die alte Gewohnheit eingreifen möge. Es sei bei den Arbeitern und kleineren Gewerbetreibenden Sitte, ihre Korrespondenz an Sonntagen zu erledigen.

Abg. Wenders (Z.) bringt einen Lokalschmerz betreffend das Telephonwesen in Düsseldorf zur Sprache, daß nämlich für die Gemeinde Gerresheim kein Fernsprech-Abonnement besteht, sondern die Einzelgespräche bezahlt werden müssen.

Abg. Hüpe (Z.) befreit, daß die Enquete über die Sonntags-Dienststunden einen besonderen Nutzen haben. Die Interessen der Konsumenten kommen dabei gar nicht in Betracht.

Direktor im Reichspostamt Schefler: Die Gemeinde Gerresheim hat keine besondere Fernsprechanstalt, deshalb mußten die Einzelgespräche berechnet werden. An sich würde der Telegraphenverwaltung das Abonnement angenehmer sein.

Abg. Zimmermann bedauert die ablehnende Haltung der Reichs-Postverwaltung, die immer an dem Alten, Gewohnten festhalten und daran nichts ändern wolle; da höre schließlich jeder Kulturfortschritt auf.

Abg. Hammacher (natl.) spricht sich gegen den Antrag Zimmermann aus, weil man diese Frage bei der jetzigen Geschäftslage nicht erledigen könne. Redner hält die Klagen des Abg. Wenders für der Prüfung werth.

Abg. Hüpeden: Ich wollte keine lokale Beschwerde vorbringen, sondern habe auf Kassel nur exemplifiziert. Die Anschauungen über Sonntagsruhe scheinen allerdings sehr verschieden zu sein. Auf den Zustand, wie er in Kassel besteht, kann ich die Bezeichnung Sonntagsruhe nicht anwenden.

Abg. Singer (Soz.): Ich will nicht den Vorwurf erheben, daß der Antrag aus rein agitatorischen Rücksichten gestellt ist. Der Antrag erscheint uns recht unpraktisch. Die Schalteröffnung am Sonntag-Nachmittag muß überhaupt wegfallen, die Öffnung von 12-2 Uhr wäre ganz falsch, gerade mit Rücksicht auf Dienstboten, Arbeiter und Handwerker, denn von 12-2 Uhr sind diese Leute in ihren Wirtschaften durch die Mittagspause in Anspruch genommen. Herr Zimmermann thut damit den Leuten keinen Gefallen, und auch für die Postbeamten wäre es nicht gut. Dadurch würde die Sonntagsruhe illusorisch. Was sollen die Leute mit dem zerrissenen Sonntag machen. Wenn Herr Zimmermann den Beamten eine wirklich vernünftige Sonntagsruhe geben will, müssen die Schalter von 7-9 Uhr vormittags geöffnet sein und nachher überhaupt nicht mehr. Für besonders wichtige Telegramme müssen ganz ausnahmsweise Einrichtungen getroffen werden, ohne daß die große Zahl aller Beamten darunter zu leiden hat. Es wird soviel Werth darauf gelegt, daß den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werde, Sonntag-Nachmittags ihre Korrespondenz zu expediren. Allerdings benutzen die Arbeiter die Schalterstunden am Sonntag-Nachmittag, weil unsere Verhältnisse in der Industrie nicht so eingerichtet sind, daß die Arbeiter zu ihren Privatgeschäften nicht den Sonntag benutzen müssen. Würden bei uns wie in England die Geschäfte Sonnabends um 1 Uhr geschlossen, könnten die Leute ihre Geschäfte am Sonnabend erledigen. Die Arbeiterklasse wird die letzte sein, die den Postbeamten den freien Sonntag-Nachmittag mißgönnt, denn sie hat am eigenen Leibe erfahren, wie notwendig die Sonntagsruhe ist. Wir können nicht für den Antrag stimmen, weil er nicht eine Lösung der Frage bringt, sondern nur eine Verschiebung, die noch schlimmer ist als der jetzige Zustand. Ohne einen besonderen Antrag zu stellen, bleiben wir auf unserem oft wiederholten Standpunkt stehen.

Der Antrag Zimmermann wird abgelehnt.

Bei den Ausgaben für die Postassistenten kommt Abg. Werner (Antifemil.) auf die Mafregelung des Postassistenten-Verbandes zurück und tadelt namentlich das Verhalten des Ober-Postdirektors in Braunschweig in einem bestimmten Fall und bemängelt es ferner, daß die Verlegungen immer „im Interesse des Dienstes“ erfolgen, was er doch bezweifeln müsse. Man benütze diese billig bezahlten Beamten, um durch sie die Geschäfte der Sekretäre besorgen zu lassen. Der Staatssekretär des Reichs-Postamtes meinte, daß die Postassistenten aus der Dorfschule in den Dienst eintreten, während er früher selbst anerkannt, daß sie eine höhere Vorbildung haben; der Herr Staatssekretär scheint die Verhältnisse seines Ressorts nicht mehr genau zu kennen. (Geisterl.) Redner verlangt schließlich die Zulassung der Assistenten zum Sekretärangehen.

Abg. Schaebler (Z.) empfiehlt seinen schon in zweiter Lesung gestellten Antrag wegen der Postassistenten.

Unterstaatssekretär Fischer: Den Postassistenten sind alle gemachten Verprechungen gehalten worden; wir sind weiter gegangen; wir haben weit über die damaligen Ausfichten hinaus die Wünsche der Beamten erfüllt. Früher betrug ihr Gehalt 900-1500 M.; mit 1500 M. fängt das Gehalt jetzt an; sie werden lebenslanglich angestellt; es ist für ihre Beförderung die Stelle der Ober-Assistenten geschaffen worden. Was der Vorredner von einem Vorgehen des Ober-Postdirektors in Braunschweig gesagt hat, erscheint mir erstaunlich. Eine Anweisung, so vorgegeben, ist nicht ergangen.

Abg. Werner erklärt, daß er das Original der Verfügung des Ober-Postdirektors in der Hand gehabt habe.

Der Etat der Postverwaltung wird genehmigt.

Beim Etat der Reichs-Eisenbahnen tadelt es

Abg. Vueb (Soz.), daß die Regierung den Reichstag so spät berufen hat, so daß der Etat so durchgepeitscht werden müsse. Man hätte es jetzt der Regierung fühlen lassen sollen, daß der Reichstag diese späte Einberufung nicht billigt, denn sonst wird die Berufung immer so spät erfolgen.

Die Regierung kann sich dann das Anhören mancher unangenehmen Wahrheit ersparen. (Zuruf: Zur Sache!) Wenn Ihnen das zu hören nicht angenehm ist, so ist mir das ganz schmerzhaft. (Große Unruhe rechts. Präsident v. Buol: Diese Aeußerung gegenüber dem gesammten Reichstage muß ich als eine höchst unzulässige bezeichnen; ich rufe den Abgeordneten zur Ordnung!) Redner bemängelt es dann, daß zwar militärisch-strategische Bahnen gebaut werden, aber nicht solche, welche die Bevölkerung und namentlich die Landwirtschaft veranlagt; er tadelt das Sparsystem der Reichsbahnen, die mangelhaften Personenzüge und die beschränkten Bahnhöfe, z. B. in Mülhausen und Kolmar. Redner tadelt die Behandlung der Unterbeamten seitens der höheren Beamten, namentlich bei den Reichstagswahlen und fordert die Verwaltung auf, die Reichseisenbahn-Beamten zu bewahren vor der Verführung mit gewissen Lockspiegeln, die sich in Frankfurt a. M. an die Eisenbahnbeamten gemacht haben, um zu Pflichtwidrigkeiten zu verleiten. Redner tritt schließlich auf Grund einer Petition für die Verbesserung der Lage der Telegraphen der Reichseisenbahnen ein.

Gebührtrath Wackerjapp: Die Regierung wird nicht bloß von fiskalischen Interessen geleitet. Weder bei der Anlage der Eisenbahnen, noch bei der Behandlung der Beamten. Es handelt sich schließlich nur noch um die Herstellung untergeordneter Eisenbahnlinien, die man in Preußen und anderwärts dem

Privatkapital und den Gemeinden überläßt. In Elsaß-Lothringen werden die Eisenbahnen von der Reichsverwaltung gebaut, man verlangt nur Zuschüsse der Gemeinden dazu, damit das von Reich wegen angelegte Kapital sich einigermaßen verzinst. Dem Mangel an Personenzügen wird abgeholfen durch eine Forderung, welche im laufenden Etat zur Vermehrung derselben bestimmt ist. Der Bahnhof Mülhausen befindet sich bereits im Umbau. Von den einzelnen Fällen, die der Vorredner angeführt hat, ist mir nichts bekannt. Bezüglich der Telegraphen unterscheiden wir zwischen denen, welche nur für den inneren Stationsdienst Verwendung finden können, und den mehr befähigten, welche mit dem Privatdepeschen-Verkehr zu thun haben. Der Dienst der ersteren ist ein mehr mechanischer. Die Petition dieser Beamten verdient kaum eine Berücksichtigung. Redner erklärt sich gegen den Antrag Hammacher, der die Stellen der achtzig Eisenbahn-Sekretäre und der zwei Materialverwalter künftig weggallend lassen will. Die Stellen sollen umgewandelt werden; die Bezeichnung „künftig weggallend“ würde der Verwaltung hinderlich sein.

Abg. Vueb (Soz.): Am Bahnhof Mülhausen doltert man immer herum; man sollte aber etwas Durchgreifendes thun zur Verbesserung der Verhältnisse.

Abg. Hammacher (natl.): Der Vorredner hätte seine Rede bei der zweiten Lesung halten sollen. Seine Darstellung der Entwicklung der elsaß-lothringischen Eisenbahn-Verhältnisse giebt ein verzerrtes Bild; denn die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen ist eine durchaus mustergiltige. Redner zieht seinen Antrag wegen der künftig weggallenden Stellen zurück.

Der Etat der Reichs-Eisenbahnen wird bewilligt.

Beim Kapitel „Bankwesen“ kommt der Präsident der Reichsbank Koch auf die Frage der Lombardierung der Pfandbriefe zurück, die vom Abg. Holtz in zweiter Lesung angeregt worden ist, und erklärt: Es ist hier gesagt worden, daß die Pfandbriefe deshalb so schlecht untergebracht werden können, weil die Reichsbank sie bei der Lombardierung nicht in derselben Weise behandelt wie die Staatspapiere, trotzdem sie dieselbe Sicherheit bieten. (Zuruf rechts: Sehr richtig!) Wenn Sie auch „sehr richtig“ rufen, so ist das doch nicht richtig. Hinter den Staatspapieren steht die gesammte Steuerkraft des Reiches bezw. der Einzelstaaten, während für die landwirtschaftlichen Pfandbriefe doch höchstens der Bezirk einer Provinz die Bürgschaft leistet. Die Pfandbriefe sind außerdem der Gefahr der Konvertierung sehr viel mehr ausgesetzt als die Staatspapiere, welche eine größere Sicherheit bieten. Namentlich in geldschwachen Zeiten würde der Anreiz zum Lombard sehr erheblich wachsen, so daß wir vielleicht den Lombardverkehr überhaupt nicht aufrecht erhalten könnten. Es wird von allen Kennern des Lombardwesens anerkannt, daß die Lombardanlage nicht so viel werth ist, wie die Geldanlage. Alle großen Staatsbanken haben das zum Ausdruck gebracht. Ich erinnere Sie daran, daß 50 pCt. der sämmtlichen Wechselbände aus der Landwirtschaft herkommen. (Widerspruch rechts.) Wir sind bei der Konvertierung der Pfandbriefe in sehr großem Umfange bereit gewesen, eine Erleichterung der Konvertierung herbeizuführen, z. B. bei den schlechtesten Pfandbriefen. Mit diesem Dienst der Reichsbank sollte die Landwirtschaft zufriedener sein. (Widerspruch rechts.) Ich will abwarten, ob Sie mich widerlegen können. (Beifall links.)

Abg. Holtz (Rp.) bedauert, vom Präsidenten der Reichsbank eine so wenig aussichtsvolle Auskunft erhalten zu haben.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Ich stelle die Autorität der Generalassistenten der Autorität des Reichsbank-Präsidenten gegenüber, der mehr technische Rücksichten und mehr die Rücksichten auf die Banktheileigner im Auge hat, als die Rücksichten auf die Landwirtschaft. (Sehr richtig! rechts.) Wenn kommt denn der Kredit der Reichsbank zu gute? Von den zwei Milliarden Mark in diskontirten Wechseln ist ein großer Theil zum Privatdiskont seitens der Bankiers diskontiert und zur Spekulation verwendet worden, die zu dem sehr bedenklichen Knoch im November geführt hat. Die Krisis trat ein, weil der Wiener Knoch früher kam und wir nicht zur vollen Entwicklung der Haussperiode kamen; sie hatte ihren Grund darin, daß die Spekulations-, die Spielpapiere auf einen schwandelhaften Kurs getrieben waren, der zusammenstürzen mußte, sobald Geldknappheit eintrat, und diese mußte eintreten, denn die Reportfrage konnten nicht weiter so hoch gehalten werden wie im November. Ein Spekulant hat mit 1000 M. ein Ultimogeschäft von 60 000 M. gemacht, es kamen Reportfrage von 6, 8, ja 10 bis 12 pCt. heraus. Ist das ein wirklich guter, solider Kredit oder ist der Kredit besser, den der Landwirth beanprucht; wenn er 5-6000 M. Pfandbriefe hinlegt, um ein paar Ochsen oder Pferde zu kaufen? Aber hier heißt es: non liquet; die Thüren werden verschlossen, es wird nichts verabreicht. Die Aufgabe der Reichsbank ist es aber, einen gesunden Kredit zu gewähren. Die Schuldverschreibungen der kommunalen Körperschaften müssen ebenso behandelt werden, wie die Staatspapiere; die sind absolut einwandfrei, und wir haben in der Börsenkommission für diese ein Einreichen der Prospekte nicht im Auge gefaßt.

Reichsbankpräsident Koch: Meine Hauptbedenken sind vom Vorredner garnicht gestreift worden, es handelt sich nicht um banktechnische Bedenken, sondern um Gründe von der allergrößten materiellen Bedeutung. Zur Zeit des Börsenkrachs im November war von Privatdiskont gar keine Rede, den benutzen nicht die Bankiers, sondern hauptsächlich die Industriellen. Graf Arnim versteht von Bankverhältnissen außerordentlich wenig. Wenn er glaubte, daß wir Rücksichten nehmen auf die Antheileigner, so sind wir gegen diesen Vorwurf seit langen Jahren gebüht. Wir haben immer das Interesse des Landes im Auge gehabt, nicht die Vermehrung der Dividenden der Antheileigner.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Daß wir von der Seite keine Hilfe zu erwarten haben, wissen wir längst. Die landwirtschaftlichen Zinsen sind heute zu hoch, die Landwirthe müssen darauf dringen, ihre Schulden zu konvertieren zu niedrigerem Zinsfuß. Wir bitten die Reichsbank darum, sie solle das erleichtern — nein, bewahre, das geschieht nicht. Ich glaube, wenn noch ein Landwirth darüber im Zweifel gewesen ist, ob es nützlich ist, daß die Reichsbank einmal verstaatlicht wird, der wird heute außer Zweifel sein, daß es geschehen muß. (Beifall rechts.)

Abg. Meyer-Halle (Fr. Vg.): Ich nehme an, daß diejenigen Herren, welche den Börsenverlehrs von allen Ausschreitungen reinigen wollen, ein Interesse haben, unsere Reichsbank in einem soliden Zustand zu erhalten; sie müssen nicht darauf hindrängen Schritte zu thun, welche zu einer Krisis führen müssen. (Widerspruch rechts.) Die Reichsbank soll nicht jeden Kredit, auch nicht jeden soliden Kredit, sie soll kurzen Kredit geben, wie sie ihn nimmt, weil sie eine große Menge stets fälliger Verbindlichkeiten hat. Sie ist garnicht in der Lage, den Lombardkredit in schrankenloser Weise anzubehalten, weil der Notenverlehrs auf den Wechselverlehrs sich gründet. Wenn die Bank den Wechselkredit zu Spekulationszwecken eröffnen würde, dann würde sie ihre Befugnisse überschreiten. Ein solcher Vorwurf müßte aber erst durch Thatfachen wahrscheinlich gemacht werden. Daß die Reichsbank Rücksicht auf die Dividenden der Antheileigner nehmen soll, läßt sich nicht behaupten, wenn man die Dividenden anderer Banken mit denen unserer Bank vergleicht. Bei einer Verstaat-

lichung der Reichsbank würden die Dividenden der Antheileigner natürlich ebenfalls verstaatlicht werden. (Beifall links.)

Der Reichsbankpräsident Koch: Ich habe den Vorwurf, daß die Reichsbank den Börsenverlehrs von allen Ausschreitungen reinigen wollen, ein Interesse haben, unsere Reichsbank in einem soliden Zustand zu erhalten; sie müssen nicht darauf hindrängen Schritte zu thun, welche zu einer Krisis führen müssen. (Widerspruch rechts.) Die Reichsbank soll nicht jeden Kredit, auch nicht jeden soliden Kredit, sie soll kurzen Kredit geben, wie sie ihn nimmt, weil sie eine große Menge stets fälliger Verbindlichkeiten hat. Sie ist garnicht in der Lage, den Lombardkredit in schrankenloser Weise anzubehalten, weil der Notenverlehrs auf den Wechselverlehrs sich gründet. Wenn die Bank den Wechselkredit zu Spekulationszwecken eröffnen würde, dann würde sie ihre Befugnisse überschreiten. Ein solcher Vorwurf müßte aber erst durch Thatfachen wahrscheinlich gemacht werden. Daß die Reichsbank Rücksicht auf die Dividenden der Antheileigner nehmen soll, läßt sich nicht behaupten, wenn man die Dividenden anderer Banken mit denen unserer Bank vergleicht. Bei einer Verstaat-

lichung der Reichsbank würden die Dividenden der Antheileigner natürlich ebenfalls verstaatlicht werden. (Beifall links.)

Der Reichsbankpräsident Koch: Ich habe den Vorwurf, daß die Reichsbank den Börsenverlehrs von allen Ausschreitungen reinigen wollen, ein Interesse haben, unsere Reichsbank in einem soliden Zustand zu erhalten; sie müssen nicht darauf hindrängen Schritte zu thun, welche zu einer Krisis führen müssen. (Widerspruch rechts.) Die Reichsbank soll nicht jeden Kredit, auch nicht jeden soliden Kredit, sie soll kurzen Kredit geben, wie sie ihn nimmt, weil sie eine große Menge stets fälliger Verbindlichkeiten hat. Sie ist garnicht in der Lage, den Lombardkredit in schrankenloser Weise anzubehalten, weil der Notenverlehrs auf den Wechselverlehrs sich gründet. Wenn die Bank den Wechselkredit zu Spekulationszwecken eröffnen würde, dann würde sie ihre Befugnisse überschreiten. Ein solcher Vorwurf müßte aber erst durch Thatfachen wahrscheinlich gemacht werden. Daß die Reichsbank Rücksicht auf die Dividenden der Antheileigner nehmen soll, läßt sich nicht behaupten, wenn man die Dividenden anderer Banken mit denen unserer Bank vergleicht. Bei einer Verstaat-

lichung der Reichsbank würden die Dividenden der Antheileigner natürlich ebenfalls verstaatlicht werden. (Beifall links.)

Der Reichsbankpräsident Koch: Ich habe den Vorwurf, daß die Reichsbank den Börsenverlehrs von allen Ausschreitungen reinigen wollen, ein Interesse haben, unsere Reichsbank in einem soliden Zustand zu erhalten; sie müssen nicht darauf hindrängen Schritte zu thun, welche zu einer Krisis führen müssen. (Widerspruch rechts.) Die Reichsbank soll nicht jeden Kredit, auch nicht jeden soliden Kredit, sie soll kurzen Kredit geben, wie sie ihn nimmt, weil sie eine große Menge stets fälliger Verbindlichkeiten hat. Sie ist garnicht in der Lage, den Lombardkredit in schrankenloser Weise anzubehalten, weil der Notenverlehrs auf den Wechselverlehrs sich gründet. Wenn die Bank den Wechselkredit zu Spekulationszwecken eröffnen würde, dann würde sie ihre Befugnisse überschreiten. Ein solcher Vorwurf müßte aber erst durch Thatfachen wahrscheinlich gemacht werden. Daß die Reichsbank Rücksicht auf die Dividenden der Antheileigner nehmen soll, läßt sich nicht behaupten, wenn man die Dividenden anderer Banken mit denen unserer Bank vergleicht. Bei einer Verstaat-

lichung der Reichsbank würden dieselben Prinzipien wie jetzt beobachtet werden müssen.

Abg. Graf Armin (Sp.): Ich möchte darauf hinweisen, daß Berufsangehörigen und anderen Genossenschaften nicht Pfandbriefe laufen, sondern Anleihen, weil sie diese leichter bei der Reichsbank lombardieren können. Es ist allerdings wünschenswert, daß unsere Staatsanleihen möglichst bei uns untergebracht werden, aber dazu gibt es andere Mittel; z. B. das, daß die Zinscoupons von den Steuererhebern und von der Post in Zahlung genommen werden. Herrn Meyer zu überzeugen gebe ich auf; als Verteidiger der Börse konnte er ja nicht anders als sich auf den Standpunkt des Reichsbankpräsidenten zu stellen. Ich möchte aber Herrn Meyer fragen, was er denn unter einem unter allen Umständen soliden Geschäft versteht. (Zuruf Richter's: wo man das Geld wieder kriegt!) Feilerkeit.)

Reichsbankpräsident Koch: Die Pfandbriefe haben nur einen kleinen Markt; sie können nicht zur Arbitrage verwendet werden; darin liegt die Erklärung dafür, nicht in ihrer Sicherheit.

Damit schließt die Diskussion. Im übrigen wird der Etat ohne weitere Debatte genehmigt. Beim Etatgesetz wird entsprechend den Beschlüssen des Hauses über die Vorlage wegen der Schuldentilgung der in zweiter Lesung angenommenen § 7 (Antrag Bieber) gestrichen und dem entsprechend auch die Anleihe anderweitig bemessen.

Damit ist die dritte Lesung des Etats erledigt; der Etat wird im ganzen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Angenommen werden schließlich noch einige in der zweiten Lesung bereits beratene Resolutionen: 1. Bitte wegen Zusammenstellung der auf Grund des § 120a erlassenen Verordnungen; 2. Erörterung wegen der warmen Abendkost für die Mannschaften des Heeres; 3. Schädler wegen Umgestaltung des Postzeitungstarifs und 4. Schädler wegen der Postassistenten.

Abgelehnt dagegen wird die Resolution Sengers, den Allerheiligens- und Frohleichnamstag als Feiertag für die Postverwaltung anzuerkennen.

Schließlich wird das Gesetz betr. die Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schuldentilgung in dritter Lesung angenommen.

Schluß nach 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag, 16. April 3 Uhr (zweite Beratung des Geschenkwurfs betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs).

Parlamentarisches.

Ans der Wahlprüfungs-Kommission. Der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages über die Wahl des Abg. Meyer-Halle ist zur Verteilung gelangt. Die Wahl ist in der Kommission bekanntlich mit 8 gegen 5 Stimmen für ungültig erklärt worden.

Abg. Bentzen: Dem Reichstag ist heute der schon angekündigte Geschenkwurf über den Abgabentarif für den Nordostsee-Kanal zugegangen, welcher bestimmt, daß die Frist, binnen welcher die Festsetzung des Tarifs für die Kanalabgabe dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrath überlassen bleibt und welche mit dem ersten Jahr nach der vollständigen Inbetriebnahme des Kanals abläuft, sich bis zum 30. September 1899 erstrecken soll.

Lokales.

Die Abonnenten des „Vorwärts“ im Südosten werden für den Fall, daß sie die Wohnung wechseln, gebeten, ihre neue Adresse dem Zeitungsboden oder einer der unterzeichneten Personen frühzeitig mitzuteilen, damit alle Unregelmäßigkeiten in der Besorgung des Blattes vermieden werden. An den nachstehend verzeichneten Stellen werden auch Neubestellungen auf den „Vorwärts“, den „Wahren Jakob“, den „Süd-deutschen Postillon“ und die sonstige Arbeiterliteratur entgegen genommen: Erbe, Guvnystr. 25. Tollsdorf, Gdelikerstr. 58. Gesehe, Wrangelstr. 63. Reichert, Köpenickerstr. 124. Schilling, Pläckerstr. 55. Streitt, Rammnstr. 88. Gottfried Schulz, Admiralstr. Nr. 40a. Brödenfeld, Mantewerstr. 68. Goiz, Grünauerstr. 3. Köppen, Reichenbergerstr. 118. Thiel, Stalikerstr. 36. Seidler, Matiborstr. 16.

In Angelegenheit des Erwerbs des Insel Speicher-Grundstückes An der Fischerbrücke 17/18 hat der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung unter Vorsitz des Stadtverordneten Reiß beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, den diesbezüglichen Antrag abzulehnen, da die Nothwendigkeit und Möglichkeit des Erwerbs des ganzen Insel Speicher-Grundstückes nicht nachgewiesen sei und daß im übrigen, selbst wenn dies der Fall wäre, der geforderte Preis ein so exorbitant hoher sei, daß auf eine Verhandlung mit dem Verkäufer nicht eingegangen werden könne.

Der Ausschuss für Brückenbauten, der in der letzten Stadtverordnetenversammlung eingesetzt worden ist, hat den Bau der Brücke im Zuge der Köthenerstraße abzulehnen empfohlen; dagegen erklärte sich der Ausschuss mit dem Umbau der Potsdamer Brücke, der Schöneberger Brücke und der Alsenbrücke mit einigen Änderungen einverstanden.

Die Gemeindevertreter-Wahlen in Lichtenberg-Friedrichsberg, welche letzthin in der dritten Abtheilung der „Sozialen Partei“ zum Siege verhalten, werden vom Wahlvorsitz selbst für ungültig erklärt; diese Körperschaft hat unter Beifügung der Wahlakten und des Wahlprotokolls beim Landrath selbst beantragt, die Ungültigkeit der Wahlen anzusprechen. Nicht nur die Wählerlisten sollen unrichtig aufgestellt und ausgelegt sein, sondern auch der Wahltermin ist ordnungswidrig bekannt gemacht worden.

Der Hauptverwaltungsbericht des Magistrats für 1893/94 ist jetzt endlich erschienen, erst 24 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres. Daß dieser die allgemeine Verwaltung des Magistrats behandelnde Bericht, der den Finalabschluß bringt, erst ziemlich spät veröffentlicht werden kann, liegt in der Natur der Sache. Aber die Frage, ob denn nicht eine etwas frühere Veröffentlichung möglich gewesen wäre, — die Berichte für 1890/91, 91/92 und 92/93 kamen doch wenigstens schon 11 bis 14 Monate nach Ablauf des betreffenden Berichtsjahres heraus — erscheint nicht unberechtigt, wenn man sieht, wie die meisten Angaben in dem neuesten Berichte, obwohl darin der Vollständigkeit und Verständlichkeit wegen manches aus 1894/95 vorkommt, bereits veraltet und durch späteres überholt sind. Geradezu lächerlich wirkt es, wenn erst jetzt mitgetheilt wird, daß mit der Reformierung des Berliner Nachtwachwesens „ernstlich begonnen zu werden scheint“, oder daß die elektrische Straßenbahn Gesundbrunnen-Pantow die erste in Berlin „sein wird“ u. s. w. Dabei trägt der Bericht das Abschlussdatum des 12. März 1896 (!).

Vom Nothstand. Im jetzt erschienenen Haupt-Verwaltungsbericht des Magistrats für 1893/94 steht zu lesen: „Für die Mehrzahl der Handels- und Industriezweige Berlins war das Jahr 1893 ebenso wie seine beiden Vorgänger ein ungünstiges. Die Gründe hierfür mögen vielfach noch in dem fortdauernden Rückschlag der Ueberproduktions-Periode von 1887—90 zu suchen sein; andererseits fehlte eine genügende Kaufkraft in den breiten Massen des Volkes.“ Bekanntlich beschästigte sich die Stadtverordneten-Versammlung auch im Winter 1893/94 mit der Nothstandsfrage. Damals wurde zum Antrag Singer auf Beschaffung von Arbeit zur möglichststen Steigerung der immer wachsenden Arbeitslosigkeit vom Magistratsratte aus erklärt, daß von einem besonderen Nothstand keine Rede sein könne.

Zum „Humor in der Schule“ theilt die „Vollz.“ wieder einmal einige „Proben aus der Praxis“ mit, darunter zwei der bekann- t- fehlerhaften und ungenügend komischen Entschuldigungen z. B. die eines Berliner Lehrers in einem Reporter übergeben hat. An sich sieht ja die Sache sehr harmlos aus. Man nehme aber mal den Fall an, daß die Schreiber der Fettel die Notiz lesen und sich der Heiterkeit des Publikums preisgegeben sehen! Für empfindliche Leute ist das mindestens nicht angenehm, zumal der Umstand, daß die Vornamen und die Anfangsbuchstaben der Familiennamen der betreffenden Kinder mit veröffentlicht sind, es der lieben Nachbarschaft nicht zu schwer macht, die Fettelreiber in Person herauszufinden. Die Lehrerschaft klagt über den Mangel an Liebenswürdigkeit, den sie hier und da bei den Eltern ihrer Zöglinge findet. Aber durch die gewohnheitsmäßige Veröffentlichung solcher meist durchaus gutgemeinten Entschuldigungszettel wird das Verhältnis zwischen Schule und Haus doch wahrhaftig nicht gebessert, abgesehen davon, daß auch die Leistungsfähigkeit der Volksschule selber dadurch keineswegs in ein vorthilhaftes Licht gerückt wird. Wir halten die Weitergabe solcher Zettel an die Presse, um das Lesepublikum damit zu belustigen, nur für eine alberne Kindererei. Es könnte aber doch mal vorkommen, daß eine Mutter, die sich dadurch beleidigt fühlt, sie als eine Unverschämtheit ansieht und als solche bezeichnet. Sie würde dann selbstverständlich, weil sie „in der Form gefehlt“ hat, wegen Lehrrückbildung bestraft werden, und die pädagogische Fachpresse hätte wieder einmal einen Anlaß, über die Rohheit der Berliner Arbeiterfrauen und über ihren Mangel an Respekt vor den Lehrern und Lehrerinnen ihrer Kinder zu jammern.

Der Jugend zum Schutze! Zu der Geißelung des von uns an's Licht gezogenen Denunziantenblattes „Jugendchriften-Warte“ schreibt uns ein Lehrer: Diese widerliche Denunziation ist ausgegangen von derselben Stelle, die erst vor kurzem in letzter Instanz wegen ehrenkränkender Beleidigung durch die Presse zu einer größeren Geldstrafe verurtheilt worden ist. Haben schon die Ergebnisse dieser Verhandlungen und noch mehr die dieselben begleitenden Nebenumstände in der Lehrerschaft lebhaftes Mißbehagen verursacht, so empfindet man jetzt geradezu einen Ekel vor solch einer „That“, wie sie in der erwähnten Denunziation vorliegt. Die Lehrerschaft bekennt sich bestens vor einer Staats- und Seelenretterei, wie sie die Jugendchriften-Kommission treibt und wovon der „Vorwärts“ ein paar köstliche Proben hervorholt. Die beste Zensur an dem verwerflichen Vorgehen hat eigentlich die Polizei selbst geliefert. Sie hat damals die Angeberei unbeachtet gelassen, wahrscheinlich fand auch sie keinen Gefallen daran. Erst die Nach-Köller'sche Zeit hat sich der Eingabe des fürsorglichen Leiters der Jugendchriften-Warte erinnert und seinem Wagnen um das Seelenwohl der Arbeiterkinder ein Ende gemacht. Die verdienstvolle Arbeit der Jugendchriften-Wache hat endlich die Anerkennung erlangt, die ihr trotz allen Eifers in Lehrerkreisen versagt blieb, und die Reihen der Kämpfer gegen den Unsinn sind um einen Neuen reicher. Die Lehrerschaft aber steht beschämt, daß ein solcher Streiter, dessen Waffe Denunziation heißt, aus ihrem Kreise hervorgegangen ist.

Die christliche Zeitung „Das Volk“ drückt das vor einigen Tagen von uns bekannt gegebene Geschäftsakzessor der (Berliner) Kunstst. Salo Richter ab und benutzt diese Gelegenheit, um wie folgt anzubahern: „Weiß der „Vorwärts“ nichts von dem „Schadchen“, der fast bei jeder jüdischen Ehe eine wirksame Rolle spielt? Wir empfehlen ihm die besondere Bekürde des Inzeratentheilens der „Vollz.“, des „Berl. Tagebl.“ und anderer Blätter, da wird er genug Fingerzeige darüber finden, in welchen Kreisen Ehen durch Vermittler, vornehmlich auch durch eine Kunstst. wie die des Salo Richter vornehmlich geschlossen werden. Christliche sind es eben nicht.“ — Wer im Glas-haus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Jeder vorurtheilsfreie Mensch weiß, daß das Schadchengebiet in der bürgerlichen Ehe sich nicht den Dämon der Religion kammert und daß fast jede Nummer einer größeren Zeitung Anzeigen enthält, in denen vertratete Edelleute und Beste christlicher Religion sich jüdischen Bankiershülern zur Verheiratung anbieten. Ueberdies sollte doch wohl auch der Redaktion des „Vollz.“ der Fund einer Photographie in der Wohnung der Flora Gaf bekannt sein, welche die Heiligkeit der christlichen Ehe ganz besonders schön illustriert.

Ans dem Reiche des Herrn Thielen. In bürgerlichen Blättern wird periodisch über die Verantwortlichkeit gewisser Subaltern-Bahnbeamten, z. B. der Stationsassistenten Klage geführt und demgegenüber die lange Dienstzeit sowie das geringe Gehalt, welches mit 1500 M. beginnt und bis 2200 M. steigt, hervorgehoben. Es sei zugegeben, daß bei dieser Beamtenskategorie schwere Mißstände herrschen, namentlich was die Verantwortlichkeit für die Personenbeförderung betrifft. Man vergißt aber regelmäßig, daß es noch untergeordnetere Bahnbeamte giebt, die im großen und ganzen zu den Arbeitern zu rechnen sind, ein wesentlich geringeres Einkommen haben, wie die Stationsassistenten und neben weit angreifenderer Dienstzeit mindestens die gleiche Verantwortung. Solche Beamte sind Rangirer und Weichensteller, die letzteren hauptsächlich, soweit sie an den Zentralhebeln stehen. Es sei hier ein besonders kraßes Beispiel an den Verhältnissen auf dem Hamburger Güterbahnhofe vorgeführt. Das es sich um Güterverkehr handelt, ist nebensächlich, da auch hier immerhin Menschenleben auf dem Spiel stehen. Die Stationsassistenten dort leisten nie mehr als 9 1/2 Stunden Dienst innerhalb 24 Stunden und zwar noch mit 2—3ständiger Unterbrechung; dazu haben sie noch 2 Tages- und 3 Nachtschichten je 24 Stunden frei. Das Rangirpersonal hat nach vier Tagesschichten mit je 12 Stunden ununterbrochen und vier ebenso langen Nachtschichten gleichfalls 24 Stunden frei, ist also verhältnismäßig auch noch nicht allzu schlecht daran. Weit ungünstiger steht es mit den Weichenstellern. Sie leisten Dienst die eine Woche 12 Stunden hintereinander bei Tage, die andere 12 Stunden hintereinander bei Nacht; am Montag aber, wenn Auswechslung vor sich geht, ist der Dienst so eingerichtet, daß er innerhalb 36 Stunden mit zwei Unterbrechungen nicht weniger als 28 Stunden währt! Durch Einstellung einer stehenden Kolonne, wie beim Rangirpersonal, könnte diesem Mißstände mit einem Schlage abgeholfen werden. Es ist unnütz, an solcher Einrichtung des Dienstes die Konsequenzen zu ziehen, sie liegen auf der Hand. Doch darauf sei hingewiesen, daß diese Ausnutzung der Arbeitskraft von Bahnbeamten, die sich auf einem äußerst verantwortungsvollen Posten befinden, den maßgebenden Ministerial-Vorschriften nicht entspricht.

Die hiesige Gewerbe-Inspektion veranstaltet, wie ein Berichterstatter zu melden weiß, jetzt Aufnahmen über das Vorkommen einzelner Hautkrankheiten. Es handelt sich um die Feststellung der Häufigkeit von Hautleiden bei den einzelnen Gewerben. Zu diesem Zwecke haben auf Veranlassung der Gewerbe-Inspektion die einzelnen Krankenhäuser sich mit einem besonderen Ersuchen an die Kasernenärzte gewandt. Da auf den Krankenscheinen von den Kasernenärzten meistens die Krankheiten nur ganz allgemein z. B. als Lungenleiden, Hautleiden u. dergleichen werden, so wünschen die Kasernen, wie jetzt, daß eine genaue Bezeichnung, namentlich aber soll in allen Fällen, wo es sich um Ehem handelt, statt der allgemeinen Diagnose die spezielle Krankheitsart genannt werden. Auf diesem Wege hofft die Gewerbe-Inspektion über die Häufigkeit des Ehem in den einzelnen Gewerken annähernden Aufschluß zu gewinnen.

Postbureaucratie. Ein kleiner Fops scheint dem Postamt 12 nach hinten zu hängen. Einer Firma in der Zimmerstraße, die dort schon seit 5 Jahren besteht und der bis dahin alle Sendungen ohne weiteres ausgehändigt wurden, werden, wie ein Berichterstatter zu melden weiß, von diesem Amte seit einiger Zeit nicht einmal mehr gewöhnliche

Briefe verabsolgt, da die Firma gerichtlich nicht eingetragen ist. Die Postverwaltung mag ja dabei der Form nach im ihrem Rechte sein, was aber dabei thätiglich herauskommt, zeigt sich mitunter an Fällen wie dem folgenden. Die Firma beantragte vor einigen Tagen schriftlich beim Haupt-Postamt die Verlegung ihres Anschlusses. Das Postamt IV schrieb darauf, daß der Antrag vorgemerkt sei und daß die Verlegung 15 Mark koste. Diesen Dienstbrief des Haupt-Postamtes IV händigte jedoch das Postamt 12 nicht an die Firma aus, sondern ließ ihn zurückgehen. Nun sandte das Postamt 12 seinen eigenen Beamten und ließ durch diesen sein Schreiben unmittelbar zustellen. Merkwürdig aber ist, daß das Postamt 12 durch seine Beamten 5 Jahre lang und auch noch in den allerletzten Tagen von der nicht eingetragenen Firma sowohl die Vierteljahresbeiträge für den Anschluß als auch die Gebühren für Einzelgespräche nach auswärts regelmäßig eingezogen hat.

Von der Erhöhung der Fleisch- und Brotpreise um 10 pCt. war der Tagespresse bekanntlich vor gut einer Woche Mittheilung gemacht worden, worauf sich die Bäcker und Schlächter-Innungsmassener mit verächtlichem Eifer bemähten, die gebrachte Nachricht zu dementiren. In dieser Angelegenheit schreibt jetzt die „Berliner Ausstellungs-Zeitung“: Etwas Wahres ist unseren Informationen zufolge an der Sache; aber die Nachricht kam zu früh in die Öffentlichkeit und verdrängte den Herren, welche die Ueberrumpelung des Publikums geplant, — zu ihrer Ehre sei es gesagt: nur eine kleine Anzahl von Bäckern und Schlächtern war für die Erhöhung — das Konzept. Jetzt wird natürlich zum Rückzug geblasen und so gethan, als ob die Sache aus purer Erfindung beruhe.

Ueber das neue Ausstattungs-Theater in der Magazinstr. wird geschrieben: Der Bau des Olympia-Theaters auf dem Grundstück Magazinstr. 3—11, Ecke Alexanderstraße, für die Aufführungen des Ausstattungsstückes: „Eine Mission nach dem Orient!“, ist bereits so weit gefördert, daß die Eröffnung für den 1. Mai geplant ist. Der Zuschauerraum, für 4000 Sitzplätze eingerichtet und in der Form eines Amphitheaters herge- stellt, hat eine Steigung von 1:8, d. h. die hintersten Reihen steigen bis zu einer Höhe von 5 Metern an und bietet deshalb jeder Zuschauer einen freien und unbehinderten Blick auf die gewaltige Bühne. — Zwischen Bühne und Zuschauerraum befindet sich ein 12 1/2 Meter breites und 64 Meter lauges Wasserbassin mit zwei seitlichen Höfen zur Aufnahme einer Flotte. Dieser Raum wird in Eisen überdeckt und zwar mit zwei 64 Meter breiten eisernen Bindern, deren Mittelstück 44 Meter freie Breite hat. Zu beiden Seiten führen zwei Treppen zur Bühne behufs Benutzung bei Landung der Mannschaften. — Die eigentliche Bühne, welche ganz in Eisenfachwerk herge- stellt ist, hat eine Größe von 64x20 Meter, die beiderseitigen Kluftöffnungen sind je 10 Meter breit, so daß eine lichte Bühnendehnung von 44 Metern entsteht. — eine Dimension, wie sie noch nicht dagewesen ist; einen Vergleich bietet die Bühne des königlichen Opernhauses mit ca. 18 Metern Öffnung. Um eine Anschauung von den Räumlichkeiten zu geben, auf welchem sich die Scene entwickelt, sei bemerkt, daß Bühne und Wasser zusammen 2100 Quadratmeter enthalten.

Ein drohiger Sängerkrieg ist zwischen der „Staatsbürger-Zeitung“ und der „Vollz.“ entbrannt. Unter der Stichmarke „Juden in der christlichen Kirche“ schreibt man dem antisemitischen Blatt: „Am Freitag, den 27. d. M., findet in der Garnisonkirche ein großes Kirchenkonzert statt, in welchem der Solocant „Jesus in Gethsemane“ von einem orthodoxen Juden gesungen wird. Es ist himmelschreiend!“ — Wir möchten wissen, entgegnet hierauf die „Vollz.“, ob es „himmelschreiend“ ist, daß es gerade ein orthodoxer Jude sei, oder ob es nicht auffallend wäre, daß ein freisinniger Jude sich in der Kirche hören ließe. Die Veranstalter der Aufführung sind jedenfalls der Ansicht, daß es hierbei mehr auf die Stimme, als auf die Rechtgläubigkeit ankomme. — Uns soll nicht wundern, wenn der jüdische Sänger wirklich das Feld räumen muß.

Hammerstein's Gefangenenschaft. Eine Berichtigung auf Grund des Pressegesezes, die interessant genug ist, um auch ohne Aufforderung nachgedruckt zu werden, geht dem „Saalfelder Volksblatt“ aus Berlin zu: „Dem Untersuchungsgesangenen Freiherrn v. Hammerstein ist kein „Zimmer“ angewiesen und kein Sopha gewährt. Vielmehr ist derselbe seit seiner Einlieferung in einer gewöhnlichen Zelle internirt. Seine Vernehmungen durch den Untersuchungsrichter erfolgten im Verhandlungszimmer des Untersuchungsfängnisses nicht in der Absicht, etwa den Angeklagten vor anderen Untersuchungsgesangenen zu bevorzugen, vielmehr zu dem Zwecke, um jedem Verheer des Angeklagten mit dem Publikum und ferner jedem Fluchtversuch vorzubeugen. Berlin, den 12. März 1896. v. Bornstedt, Gefängnisdirektor. Brandt, Land- und Untersuchungsrichter.“ Unser Saalfelder Partei-Organ hatte die dringliche Mittheilung seinerzeit einem Berliner bürgerlichen Blatte entnommen.

Vom burokratischen Wirken der Berliner Kriminal-polizei weiß das „Berl. Tagebl.“ folgende Geschichte zu erzählen: Der Kriminalkommissar Braun, ein alter, äußerst tüchtiger Beamter, bekommt die Mittheilung, daß aus einem Geldschatz in dem Hause, in welchem er wohnt, 300 M. gestohlen worden seien. Die Umstände lagen so, daß angenommen werden mußte, der Diebstahl sei von einem Hausgenossen ausgeführt. Da ein Bözger den Erfolg der Ermittlungen in Frage stellen mußte, griff er sofort ein, ermittelte die Thäterin und rettete das gestohlene Geld. Daraufhin wurde er von einem Vorgesetzten gefragt, wie er dazu käme, diese Sache zu bearbeiten und sich in ein fremdes Nothort zu mischen? Wir bemerken, daß Braun der Inspektion B angehöret, bei welcher nur die gewerksmäßigen Diebstähle, also nicht Gelegenheitsdiebstähle bearbeitet werden. Herr Braun antwortete, daß, wenn er nicht sofort eingeschritten wäre, es nicht möglich gewesen sein würde, etwas zu ermitteln. Ihm wurde aber darauf nochmals entgegnet, daß eine derartige Einmischung nicht zulässig sei.

In der freien literarischen Vereinigung spricht am Freitag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, im Bürger-Saal des Rathhauses (Eingang von der Königstraße) Herr Geh. Reg.-Rath Professor Dr. W. Förster über: „Die stitliche Freiheit und Verantwortlichkeit im Gemeinlichleben.“ Ein freier Meinungs-austausch schließt sich dem Vortrage an. Gäste haben freien Zutritt.

Zur Frage der Auslieferung Dr. Feil-Friedmanns wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Paris gemeldet: Die französische Regierung hat nunmehr der deutschen die ersten Mittheilungen über den Stand der Feil-Friedmanns-Affäre gemacht. In dem Schreiben wird bemerkt, daß Friedmann gegen seine Auslieferung ernsthafte Einwände erhoben habe, und daß die französische Regierung daher weitere Aufklärungen über die genannte Angelegenheit erbitten müsse. In der Anlage des Schreibens werden einzelne Punkte, über welche die französische Regierung Aufklärung wünscht, aufgeführt. Nach alledem scheint Friedmann's Widerstand gegen seine Auslieferung vorläufig nicht aussichtslos.

Der am Montag verhaftete Bankier heißt Paul Berend, er ist Inhaber der Firma Max Berend u. Co., Neue Nothstr. 23. Unter den durch die Unterschlagungen Berend's Geschädigten befinden sich namentlich Geschäftsleute aus der Nachbarschaft. Die Strafanzeige ist von einem Drogenhändler abgegeben, der 18 000 M. italienischer Rente zum Ankauf von Börsepapieren an Berend übergeben hatte. Berend ist, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, zur Unterschlagung dieser und anderer Summen durch seine Beteiligte an der Gründung der Schloßbrauerei Hohen-Schönhausen „veranlaßt“ worden. Er hatte die Mittel zur Gründung der Brauerei hergegeben, hatte dann aber doch Bedenken geäußert, ob es möglich sein würde, das Geschäft durchzu-

Ähren. So hatte er sich von der Unternehmung zurückgezogen und versucht, das eingelegte Kapital zurückzuhalten. Hierzu bedurfte es aber eines langwierigen Prozesses, und noch ehe dieser, wie zu erwarten stand, für ihn günstig ausfiel, wurde Verzinsung verweigert.

Eheschließungen. Im Jahre 1895 sind also in Berlin, wie die Vergleichung mit der jetzt berechneten mittleren Bevölkerungszahl von 1895 ergibt, nicht bloß absolut, sondern auch relativ mehr Ehen geschlossen worden als 1894. Von 1890-94 war die Zahl der Eheschließungen, wie bereits mitgeteilt, sogar absolut zurückgegangen, von 17 810 auf 16 820, aber 1895 stieg sie wieder auf 17 248. Pro Tausend der mittleren Bevölkerung heiratheten 1890: 23,00, 1894: 20,47, 1895: 20,77 Personen. Groß ist die Besserung der Heirathsziffer freilich noch nicht.

In Adlershof und Umgegend stehen uns folgende Lokale zur Verfügung: Böllstein's Lustgarten, Schmauser, Widmarstraße. Der „Vormwärts“ liegt aus bei Schubert, Grünauer, Chauffee, Ede Oppenstraße; Adersmann, Dietrich, Böhmert, Brix, Meier, Gähle, sämtlich Bismarckstraße; Benkert, Poranple, Soltischack, sämtlich Hadenbergstraße; Kuhle, Kronprinzenstraße, Hohle, Helbigstraße. In Zeehen bei Königs-Wustnerhausen ist das Lokal des Herrn Schumann für uns zu haben.

In bewußtlosem Zustande wurde vor einigen Tagen abends das 17-jährige Dienstmädchen Martha Granzow, das in der Eßholzstraße in Dienst war, auf einer Kutsche auf dem Teutoburger Plage aufgefunden. Im Krankenhaus am Friedrichshain, wohin man die Bewußtlose brachte, stellte sich heraus, daß sie Sublimat genommen hatte. Das Mädchen hat sich anscheinend aus unglücklicher Liebe durch Gift tödten wollen. Die Eltern geben einen Postbeamten, dem sie zugethan war, die Schuld.

Empfindlich geschädigt wurde gestern durch einen anscheinend irreführenden Gesellen der Schlächtermeister H. im Norden der Stadt. Derselbe hatte erst vor zwei Tagen einen neuen Gesellen angenommen, mit dessen Arbeitsleistungen er vorläufig sehr zufrieden war. Gestern Morgen begab sich Herr H. nach der Marktstraße, von der er gegen 10 Uhr vormittags nach Hause zurückkehrte. In der Zwischenzeit hatte der neu engagierte Geselle nicht nur bedeutende Fleischposten freigegeben, sondern auch die sämtlichen im Rauchfang hängenden Schinken und Würste zerschnitten, wodurch der Schlächtermeister einen Schaden von ca. 1200 M. erlitt. Der Geselle wurde zunächst nach der Polizeiwache in der Christinenstraße gebracht und von dort zur Beobachtung nach der Neuen Charitree überführt.

Bewußtlos aufgefunden wurde Montag-Nachmittag gegen 4 Uhr am Brandenburger Thor ein Knabe, dessen Kleider vollständig durchnäßt waren. Ein Schuhmann des 8. Reviers brachte den Hilflosten in die Charité. Als man ihn hier näher untersuchte, stellte sich heraus, daß der Knabe vollständig betrunken war.

Ein **zwanzigjähriges Mädchen** hat in der Nacht zum Dienstag einen frechen Straßenraub verübt. Gegen 2 Uhr früh trat die Person an den die Landwehrstraße passierenden Gärtnler H. heran, um sich zu erkundigen, wie spät es sei; kaum hatte jedoch H. seine Taschenruhe in die Hand genommen, als das Mädchen die Uhr erfaßte, sie mit einem Ruck von der Kette abriss und die Flucht ergriff. In diesem Augenblick kam aus dem Thoreweg eines Hauses ein junger Mensch hervorgeköpft und stellte sich dem Gärtnler entgegen, um eine Verfolgung des Mädchens zu verhindern. Ehe jedoch der Bürsche selbst entfliehen konnte, erschien zufällig eine Schutzmannspatrouille, die den Streich festnahm und nach der 19. Polizeiwache in der Diebmannstraße brachte. — Der Verhaftete will angeblich die Räuberin nicht kennen; es wird jedoch angenommen, daß er der Beschützer des betreffenden Frauenzimmers ist.

Mit **1200 Mark** ist der Kaufmann Schulte aus Charlottenburg, der in einem Agenturgeschäft in der Ritterstraße beschäftigt war, seit Freitag verschwunden. Da der Mann an Nervenstärke leidet, so vermutet man, daß er planlos umherirrte.

In der Dampfwäscherei von Herbst, Schönhauser Allee 168, ist am Montag Abend 6 Uhr eine Arbeiterin schwer verunglückt. Sie gerieth mit einem Arm in die Dampfrolle und mußte nach der Unfallstation gebracht werden, wo ihr die erste Hilfe zu Theil wurde.

Aus dem Wasser ist gestern die Leiche des 54-jährigen Militärinvaliden August Fetting gezogen worden.

In dem Tumult in der Gollnowstraße wird noch gemeldet, daß von den 36 sitzenden Personen sieben in Untersuchungshaft genommen worden sind.

Witterungsübersicht vom 24. März 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduziert auf Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter		Temperatur nach Celsius 9 (0. R.)
				Wolken	Wetter	
Swinemünde	782	SWB	2	heiter	8	8
Hamburg	783	Stil	—	wolkenlos	10	10
Berlin	783	Stil	—	heiter	11	11
Biesbaden	788	Stil	—	wolkenlos	9	9
München	784	Stil	1	wolkenlos	8	8
Wien	764	Stil	—	bedeckt	5	5
Saparanda	788	Stil	2	bedeckt	0	0
Petersburg	780	Stil	1	bedeckt	—	—
Corf	786	Stil	4	wolkig	10	10
Norwegen	784	SWB	4	bedeckt	9	9
Paris	781	ONO	0	wolkenlos	9	9

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 25. März 1896. Warmes, vielfach heiteres, zeitweise wolkiges Wetter mit schwachen südlichen Winden und etwas Neigung zur Gewitterbildung. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

Die Lokomotivputzer A. und M. von der Berlin-Anhalter Bahn waren bei der Entwendung einer geringen Quantität Kohlen, deren Werth auf vierzehn Pfennig geschätzt wird, von dem revolvirenden Vorsteher Zimmermann abgefahst worden. Zimmermann durchsuchte ihre Handtaschen und fand darin das entwundene Gut. Das Schöffengericht, vor dem die beiden Puffer sich gestern zu verantworten hatten, verurtheilte sie zu je einem Tage Gefängnis. Außer dieser Strafe trifft die Puffer auch die Entlassung aus der Stellung, in der sie beide fast zehn Jahre lang beschäftigt waren. Für A. steht die Sache insofern noch besonders schlimm, als er infolge einer rigorosen Bestimmung im Statut ebenfalls noch der Summe von etwa 150 M. verhaftet geht, die er in die Pensionskasse eingezahlt hat. Unseres Erachtens handelt die Eisenbahnbetriebsleitung nur gerecht, wenn sie den entlassenen Arbeiter das Geld wieder herauszahlte, was sich diese am Rande haben abdrucken müssen.

Verleumdung einer Telephongehilfin wurde in einer Verhandlung der 134. Abteilung des Schöffengerichts dem Kaufmann Ernst Ruppert zur Last gelegt. Am 8. Januar dieses Jahres wurde auf dem Fernsprechanlage, bei welchem die Telephongehilfin Elise Schellack thätig ist, von der Wohnung des Angeklagten aus ein Anschlag verlangt. Als das erwählte Fräulein der Sicherheit wegen die verlangte Nummer nochmals in fragendem Tone wiederholt hatte, tönte ihr durch den Apparat ein deutliches: „Ja wohl, mein Engel!“ zurück. Die Dame verbat sich dieses unangebrachte Wort und erhielt jetzt als Antwort die Bemerkung: „Na, wenn

nicht mein Engel, dann meinewegen auch mein Bengel!“ Der Angeklagte, dem die beleidigenden Aeußerungen zugeschrieben worden waren, gab in der Verhandlung an, daß nicht er, sondern sein 20-jähriger Sohn, welcher seit dem 13. Januar zur Kur in Barcelona weilt, jenes Gespräch geführt habe. Auf eine diesbezügliche Anfrage habe derselbe es in einem Briefe zugestanden. Die Beweisaufnahme ließ es denn auch als unzweifelhaft erscheinen, daß nicht der Vater, sondern der Sohn der Thäter sei; der Angeklagte mußte deshalb freigesprochen werden.

Einem gewerbemäßigen Schlafstiehlendiebe, dem Maler Otto Nagmoor, wurde in einer Verhandlung der 8. Strafkammer am Landgericht I für lange Zeit sein gemeingefährliches Handwerk gelegt. Der Angeklagte ist ein Dieb, der viele schwere Vorstrafen erlitten hat und immer gleich nach seiner Entlassung aus der Strafhaft wieder in neuen Spitzbübereien sein Heil sucht. Ende Oktober vorigen Jahres war er nach Verbüßung einer längeren Zuchthausstrafe entlassen worden und hatte sofort mit einer Spezialität des Diebstahls begonnen, die sich als äußerst einträglich erwies. In sämtlichen 14 Fällen, welche zur Anklage standen, hatte er sich eine Schlafstiehlerei gemiethet und zwar unter Angabe eines falschen Namens und der Behauptung, daß seine Sachen erst am nächsten Tage anländen. In der Nacht hatte er dann seine Schlafgeschossen oder seine Wirthskleute um ihr Geld und ihre Schmucksachen erleichtert und war auf Nimmerwiederselben verschwunden. Der Angeklagte war in 13 Fällen geständig, der eine Fall mußte als nicht aufgeklärt ausgeschieden werden. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß wurde Nagmoor zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Daß der sogenannte „Hautgott“ und ein „Fäulnißgeruch“ nicht dasselbe sind, wurde in einer Verhandlung der 134. Abteilung des Schöffengerichts gegen den Bildhändler Otto Benz in der Gräfstraße, der wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz angeklagt war, klargestellt. Am 31. Dezember vorigen Jahres hatte in dem Geschäft des Angeklagten die Frau Schornsteinfegermeister Schwantke einen Hase gekauft, der zur Feiertage des neuen Jahres am nächsten Mittag verpeift werden sollte. Benz hatte den Hase, der mit 3,80 M. bezahlt wurde, als ganz besonders schön geschildert, auf Wunsch der Kundin ließ er ihn durch seine Frau spülen und sandte ihn spät abends der Frau Schwantke, sauber in Pergamentpapier verpackt, zu. Diese ließ das Papier bis zum nächsten Mittag ungeöffnet, als sie dann aber den Hase braten wollte, zeigte dieser eine theils schwarze, theils grünliche Färbung und entwickelte einen furchtbaren Geruch. In dem Glauben, daß der Geruch sich durch das Braten verlieren werde, brachte die Kundin das Fleisch doch in den Brattigel, ihre Hoffnung wurde aber getäuscht, der ekeleregende Geruch zeigte sich nachher nur um so deutlicher. Frau Schwantke verlangte von dem Kaufmann die Hälfte des bezahlten Geldes als Schadenersatz zurück; als sich dieser aber dazu nicht verstehen wollte, übergab sie das Fleisch der Polizei. Der Polizeibeamt hat beim Spülen die der widerliche Fäulnißgeruch und das verärgerte, schmierige Aussehen des Fleisches unbedingt bemerkt werden müssen. Der Bildhauer, der sogenannte Hautgott sei etwas ganz anderes, als dieser Unschgeruch, der den höchsten Grad der Verwesung angezeigt habe. Medizinalrath Dr. Loug bestätigte diese Angabe, daß derartige Fleisch nicht nur menschlichen Nahrung ungeeignet, sondern auch gesundheitsschädlich sei. Da festgestellt wurde, daß der betreffende Hase bereits 14 Tage in dem Geschäft des Angeklagten geblieben hatte, ehe er zum Verkauf kam, so erschien die Fahrlässigkeit des Bildhändlers erwiesen. Dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, wurde Benz zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt.

Das **Kottbuser Schöffengericht** gegen die Ausständigen. Im „Kottbuser Anzeiger“ vom 21. März steht zu lesen: Das Schöffengericht beschäftigte sich heute wieder mit zwei Ausständigen: Der Weber Oswald Veitert, redete am Abend des 29. Februar eine Spulerin der S.'schen Fabrik an und fragte sie, warum sie denn noch zur Arbeit gehe, sie würde ja aus der „Streikklasse“ auch Geld erhalten. Auf ihre Antwort, das scheine ihr nicht sicher, man wisse ja nicht, wie lange die Sache dauern würde, entgegnete Veitert, sie dürfe sich dann auch nicht wundern, wenn ihr beim Vergnügen etwas an den Kopf fliege.“ Der Thatsbestand des § 163 Gewerbeordnung wird für vorliegend erachtet; ferner wird festgehalten, daß Veitert in der Arbeiterkommission der betreffenden Fabrik war. Mit Rücksicht darauf, daß der allgemeine Ausstand damals unmittelbar bevorstand, wird L. zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Weberin Marie Ritsche aus der S.'schen Fabrik gestellte sich am Abend des 4. März zu zwei aus der Fabrik kommenden Arbeiterinnen und äußerte nach einigen kräftigen Schimpfworten: „Ihr müßt Euch die Augen aus dem Kopfe schämen, daß Ihr noch weiter arbeitet; aber wartet, ich will Euch schon zeigen.“ Auch sie wird zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. — Schon gelegentlich der letzten von der Strafkammer ausgesprochenen Verurtheilung haben wir erklärt, daß die Betroffenen, die sich der Sympathie aller anständig denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen versichert halten können, zwar schwer zu büßen haben, daß aber derartige Verurtheilungen an sich für die sozialdemokratische Bewegung von unzahlbarem Werthe sind.

Verksammlungen.

Der Geschäftsausschuß der Berliner ärztlichen Ständevereine hatte am Montag eine Versammlung einberufen, um gegen den Beschluß des Vereins Berliner Kassenärzte, die Familienangehörigen der Kassenmitglieder gleichfalls ärztlich zu behandeln, zu protestiren. Nach einem Referat des Herrn Dr. Henius, der es als eine Herabwürdigung des ärztlichen Standes bezeichnet, wenn von der betreffenden Vereinigung 75 Pf. pro Konsultation für Familienmitglieder berechnet werden, und nach einer sehr regen Diskussion, die sich im gleichen Sinne bewegte, ergab folgende Resolution zur Annahme: „Die Verammlung verurtheilt auf das Schärfste den Beschluß des Vereins Berliner Kassenärzte, weil dieser, aus egoistischen Motiven hervorgegangen, geeignet ist: 1. Die wirtschaftliche Lage des ärztlichen Standes in unheilvoller Weise zu verschärfen. 2. Die soziale Stellung der Ärzte des Publikum gegenüber herabzudrücken und 3. den jüngeren Ärzten das Eintreten in die Praxis unmöglich zu machen. — Der Beschluß ist geeignet, eine Verschlechterung der ärztlichen Leistungen herbeizuführen, so daß der humane Zweck der gesammten ärztlichen Thätigkeit zum Schaden der Kranken völlig untergraben wird.“

Die Posamentiere verhandelten am 22. März in einer zahlreichen Versammlung über die Ursachen der Arbeitsniederlegung bei der Firma E. Guedel. Wie der Vertrauensmann mittheilte, sahen sich die Arbeiter durch die Maßregelung eines Kollegen gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Gleichzeitig protestirten auch die dort Beschäftigten gegen die Art der Verhandlung, die in letzter Zeit Platz gegriffen hatte. Da sich bereits einige Streikbrecher gefunden haben, noch dazu solche, die in anderen Werkstätten Arbeit hatten, wurde die Frage ausgeworfen, ob der Streik für beendet zu betrachten sei. Die Ansichten der meisten Redner gingen jedoch dahin, daß die dort Beschäftigten meist ungeübte Arbeiter seien, mit denen der Chef aus die Dauer nicht arbeiten könne. Ein Antrag, den Streik weiter zu führen, sowie die Streikenden mit 15 M. und für jedes Kind 1 M. pro Woche zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen.

In Nieder-Schönhausen tagte am Sonntag, den 22. März, eine öffentliche Volksversammlung in dem einzigen für die Arbeiter

zur Verfügung stehenden Saal des Herrn Settkorn, Lindenstraße. Genosse Freiwald hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: Der 18. März, ein Gedenktag des Proletariats. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und richtete hierauf Genosse Krause an die Anwesenden das Ersuchen, sich dem Arbeiterverein für Pantow und Umgegend anzuschließen. Mit dem Vortrag des Freilichterschen Gedichtes „Die Revolution“ erlangte die Feier einen würdigen Abschluß. Zum Schluß wies Genosse Risemann darauf hin, daß in Nieder-Schönhausen der Lindengarten sozialdemokratischen Versammlungen nicht mehr zur Verfügung steht. Außer dem Lokal von Settkorn sind zu empfehlen die Lokale von Müller und Wörbelmann, beide Kaiserin Augustastr. Sievert und Rasch, Kaiser Wilhelmstraße, und Hempel, Buchholzerstraße (demnächst im neuen Lokal, gegenüber dem alten).

Niedorf. Die Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter hatte am 22. März eine Versammlung einberufen. Nachdem die Anwesenden das Linden des Märzgefallenen geehrt, hielt der Genosse Börsch einen beifällig aufgenommenen Vortrag über den Werth der Organisation. Bei Besprechung der Vereinsangelegenheiten wurde von dem Mitglied Neumann die Frage gestellt, wie sich die Vereinigung zum Anschluß an den Zentralverband verhält. Die Diskussion hierüber gab zu einem sehr lebhaften Fir und Wider Ansatz, in der sich die Mitglieder Heinemann und Höppler gegen den Uebertritt aussprachen. Dieser Ansicht trat dem auch die Versammlung in ihrer Mehrheit bei. Am Charfreitag arrangirt der Verein eine Fußpartie. Treffpunkt im Vereinslokal, Hermanns- und Steinmühlstraße-Gcke, früh 7 Uhr, für Fortzügler in Adlershof im Restaurant Wöllstein.

Bernau. 23. März. Am Sonnabend hielt Genosse Diebnacht hier in einer sehr zahlreich besuchten Volksversammlung einen Vortrag über die „Hag gegen die Sozialdemokratie“. Diejenigen Gesellschaftsmitglieder, die unter den sozialen Verhältnissen leiden und eine Abänderung fordern, sind allezeit von den Nachhabern verfolgt worden, die ein Interesse an der Erhaltung des Alten haben oder zu haben glauben. Es hat nie etwas genützt. Allein die Welt wird heute mit derselben negativen Weisheit regiert, wie zur Zeit der römischen Cäsaren bei den Christenverfolgungen. Die altheidnische Gesellschaft des Römerreichs stürzte in Trümmer und die heutige Gesellschaft des Kapitalismus wird in Trümmer stürzen. Das, näher ausgeführt und mit geschichtlichen Beispielen belegt, war der Gedanke des Vortrages, mit dem die Versammlung durch Beifall sich einverstanden erklärte.

Arbeiter-Gildenschule. Unterricht am Mittwoch, Sadowstraße 179a. Deutsch, Beginn abends 9 Uhr, Schluß 10 1/2 Uhr. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Selbstlesermaterials (Schon von 8 Uhr an geöffnet).

Landmannschaft der Salzwies-Possemer zu Berlin. Mittwoch, den 23. März, abends 8 Uhr, im „Kommendanten-Baum“, Kommendantenstraße 10/11, Versammlung mit Frauen. Ausgabe des Billets zum dritten Stiftungsfest am 1. Osterfesttag, Sonntag, den 6. April, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstraße 72.

Musik-Verein Andante. Mittwoch, den 23. März, abends 9 Uhr, bei Krüger, Pannstraße 5; Übungsstunde. **Ker- und Diskantierklub.** Mittwoch, Johann-Jacobsen, bei Frickstraße, Schmedstraße 28. — **Gesundheitsklub.** abends 8 1/2 Uhr, bei Strömmer, Pannstraße 122. — **Heine.** Niedorf, abends 8 1/2 Uhr, Prins-Sandbergstr. 90. **Ritterstraße 112.** — **Heine.** Niedorf, abends 8 1/2 Uhr, Prins-Sandbergstr. 90. **Einigkeit.** abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstraße 72. **Sozialdemokratischer Nationalklub Oden.** abends 8 1/2 Uhr, bei Jauer, Neuenklubhausstr. 72. **Freigeist Engels Norden** alle Mittwoch 9 Uhr bei Frickstr. 28.

Vermishtes.

Aus Ostpreußen wird berichtet: Von den am 20. d. M. durch Erdbeben im Schacht „Germin“ am Hügel in Hasbergen bei Ostpreußen verschütteten 5 Bergleuten sind 2 lebend und gesund aufgefunden worden.

Ein **nationalliberaler Präsidentscher**. Der „Frl. Jtg.“ wird aus Karlsruhe geschrieben: Der „Badische Landesbote“ meldet eine Skandalgeschichte, deren Held der Redakteur der „Badischen Landesztg.“ und der „Nationalliberalen Badischen Korrespondenz“ namens Flach ist. Derselbe stand in einer von ihm benutzten Zeitungsseite mit dem „Heidelberger Tageblatt“, dessen Redakteur Prof. Dr. Koch ist, der an der dortigen Universität gleichzeitig Geschichte doziert. Als Koch in seinem Blatte auf die Anzuspaltungen Flach's antwortete, reiste Flach gestern nach Heidelberg und ohrfeigte den Professor Dr. Koch in dessen Wohnung. Es ist dies derselbe Flach, der seinerzeit die Verleumdungen gegen den Abgeordneten Dreesbach in der „Badischen Landeszeitung“ verbreitete.

Feuersbrunst in Colon. Nach einem Telegramm der „New-York World“ ist der Haupttheil des Geschäftsviertels von Colon (Mittel-Amerika) durch Feuer zerstört worden.

Die Macht der Presse. Der „Frankf. Jtg.“ wird aus London berichtet: Man hat von dem Journalisten gehört, der, als er in einem religiösen Meeting von General Booth von der Heilsarmee gefragt wurde, ob er „gerettet“ sei, zur Antwort gab, er sei ein Reporter und die Sache gehe ihn somit nichts an. Der folgende Vortrag soll sich unlängst in Melbourne zugetragen haben, als der General dort ein Meeting hielt. Einer der Reporter für eine Abendzeitung erhob sich mit seinem Manuskript und schied sich an, den Saal zu verlassen. „Graber“, rief der General, „Sie sind verdammt, wenn Sie jetzt gehen.“ „Wein Redakteur wird mich verdammen, wenn ich nicht gehe“, lautete die Antwort. „Über der Herr der Heerschaaren ist größer als der Redakteur!“ Jhrte der General. „Der Redakteur ist anderer Meinung“, entgegnete der Mann vor der Presse und verschwand.

Die Wichtigkeit der Nasenathmung hat neuerdings Butterjack wieder nachgewiesen. Die Mehrzahl der Keinen in der Athmungsluft befindlichen Körperchen wird bei der Athmung durch die Nase in deren buchtigen Gängen an den feuchten Wänden festgehalten; der Nasenschleim winnelt von Mikroorganismen aller Art. Ein kleiner Theil und das, was etwa durch den Mund hineinkommt, bleibt an der Wand des Rachens hängen. Was nicht wieder herausbefördert wird, gelangt, wie wir in der „Gesundheits-Korrespondenz“ lesen, hier in Gewebe, die unter Umständen die Aniedelung leicht zulassen und Infektionskeimen zu ihrer schädlichen Thätigkeit Gelegenheit geben.

Der Streit um das „Salvator“-Bier. Aus München wird vom 18. d. M. geschrieben: Die Jagerl-Bräuerei (Gebr. Schmebner) braut seit unvorstellbar langer Zeit Salvator und schenkt dieses Bier in den acht Tagen um Josephi unter riesigem Andrang des Publikums aus. Die Salvator-Saison war von jeher eine der höchsten Bierzeiten Münchens. Bedeutender noch als der Lokalverbrauch war stets der Versand, mit dem das Hauptgeschäft gemacht wurde. Seit etwa 3-4 Jahren machen nun die übrigen Bierbrauereien dem Jagerl-Salvator Konkurrenz, eine begann, im nächsten folgten zwei, nun thun es bereits die meisten, selbst die größten. Die Jagerl-Bräuerei, die den Namen Salvator berühmt machte, hat ihren „Salvator“ beim kaiserlichen Patentamt in Berlin als Waarenzeichen (Wortzeichen) für Bier eintragen lassen und verbietet auf Grund der geschehenen Eintragungen den anderen Brauereien, Wirthnen und Flaschenbierverkäufern unter Hinweis auf die in § 14 des Gesetzes vom 12. Mai 1894 androhten Strafen den Mißbrauch der Marke „Salvator“. Dieses Verbot ist gegenwärtig deshalb sehr aktuell, weil zur Zeit Salvator-Saison ist und an allen Ecken und Enden der Stadt Salvatorjubil herrscht. Die anderen Brauereien — es sind deren sieben — lassen sich nicht einschüchtern. Sie schämen ihren Salvator richtig weiter und erklären in einer gemeinsamen Bekanntmachung, daß sie „das Verbot zur Wiederaufhebung des aus unrichtigen Grundlagen beruhenden Beschlusses bei dem Patentamt in Berlin einreichten haben, ihr Recht auf den längst Gemeingut gewordenen Namen

„Salvator“ zum äußersten verteidigen und ihre Salvator-Kunden vor gegnerischen Drohungen zu schützen wissen werden.“ Eine Brauerei macht bekannt, daß sie ihr Salvatorbier ebenfalls in die Zeichenrolle des kaiserlichen Patentamts habe eintragen lassen. Nun ist diese Brauerei mit ihrer Salvator-Registrierung der Jacherl-Brauerei sogar zuvorgekommen. Wie man hört, hat die Jacherl-Brauerei bereits Klagen gegen die Konkurrenten eingeleitet.

Vom Ausfall in Deutschland. Die „Voss. Zig.“ schreibt mit Bezugnahme auf einen Aufsatz in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“: „Der Ausfall in Deutschland vorkommt, darauf ist mehrfach hingewiesen worden. Bisher war aber nur ein Herd im Kreise Memel bekannt. Jetzt ist man in Heidelberg auf einen einheimischen Leprafranken gestoßen, von dem man nicht erweisen kann, daß er irgendwo mit Leprafranken im Ver-

kehr gestanden hat. Die Ausfindung des Kranken ist dem Heidelberger Chirurgieprofessor Czerny zu danken. Die Diagnose der Lepra ist in dem Falle ungewiss. Sie ist auch durch die bakteriologische Untersuchung gesichert. Es handelt sich um einen 41 Jahre alten Mann. In Helmhof geboren, arbeitet er seit vielen Jahren als Tagelöhner in Heidelberg. 1870 lag er während des Feldzuges einige Wochen am Typhus im Lazareth bei Orleans. Sonst war er nicht außer Land. Das Leiden, das bis vor kurzem als Lupus gedeutet wurde, läßt sich bis 1886 zurück verfolgen. Dieser bis jetzt ganz vereinzelte Lepra-fall in Heidelberg hat ein hervorragendes Interesse. Nachdem erwiesen, daß die Lepra auf Eindringen eines Bazillus in den Körper hervorgerufen wird, ist es unschätzbare, eine autochthone Entstehung der Lepra anzunehmen. Jeder einzelne Lepra-fall ist auf Ansteckung zurückzuführen. Von diesem Gesichtspunkte aus

gewinne eine moderne soziale Erscheinung besondere Bedeutung: die Wanderungen der Landarbeiter von Osten nach Westen und der Uebertritt polnisch-russischer Arbeiter auf deutsches Gebiet. Durch diese Wanderzüge können ansteckende Krankheiten über weite Strecken hin verschleppt werden. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, welche Bedeutung für die Choleraverbreitung die Fahrten russischer Arbeiter auf deutschen Wasserstraßen haben. Es sei anzunehmen, daß auch für die Verschleppung des Ausfalls die Wanderungen der Arbeiter von Bedeutung sind. Man werde gut thun, auf dieses Moment bei dem Studium der deutschen Lepra-fälle mehr als bisher zu achten. — Die Agrarier und Zuckerindustriellen werden es, wie auf sonstige durch die russischen und polnischen Arbeiter mitgebrachten Mischpflanze, auch wohl auf ansteckende Krankheiten antommen lassen, bevor sie auf das billige Ausbeutungsmaterial verzichten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 25. März.
Opernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Hadasa.
Deutsches Theater. Nora.
Festung-Theater. Die Erste.
Berliner Theater. Der Meinheitsbaur.
Neues Theater. Franziska.
Residenz-Theater. Hotel zum Frei-hafen.
Theater Inter den Linden. Pariser Leben. Hierauf: Divertissement.
Schilder-Theater. Die Kinder der Erzellen.
Friedrich-Wilhelmstäd. Theater. Der Hungerleider.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Selle-Alliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Alexanderplatz-Theater. Die Musketiere im Damenstift.
National-Theater. Jaco, der Wendenfürst.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Mittwoch, den 25. März 1896:
Emil Thomas als Gast.
Zum 205. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Jul. Freund und Wilh. Mannsdt.
Musik von Jul. Einödshofer.
Montag, den 23. März 1896:
Zum 200. Male: Eine tolle Nacht.
Anfang 7/8 Uhr.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Extra-Vorstellung:
Jaco, der Wendenfürst.
Historisches Schauspiel in 3 Akten von Victor Savarens.
Morgen: Gastspiel des Fräulein Ida Weiss vom Berliner Theater: Die Witwe von Lowood.

Circus Renz

Karlstrasse.
Mittwoch, den 25. März 1896.
Anfang abends präzise 7 1/2 Uhr:
Novität! Novität!
Kolossaler Erfolg!
Lustige Plätter!
Eigens vom Direktor Franz Renz und dem Großherzoglichen Darmstädtischen Hofballetmeister August Siems für Berlin komponiert, mit gänzlich neuen technischen Apparaten und Beleuchtungs-Einrichtung inszenierte Original-Vorstellung in 2 Abtheilungen mit den Ausstattungs-Divertissements

Weltstadtbilder!

Aus dem equestriellen Theil des Programms sind hervorzuheben: Donner und Darius, Happphengst in Freiheit dressirt und vorgef. vom Dir. Fr. Renz. Auftreten des hervorragenden Schreiters Herrn Ritter von Konorf mit seinem Schulpferd Skoboleff.
Zum Schluss der Schule:
Der phänomen. Baguetosprung. Ferner Auftreten d. Amerikanerin Miss Rita del Erido (Gerren-sattel) mit ihrem Schulpferd Aegir. Auftreten der anerkannt vorzüglichen Clowns und Künstler-Spezialitäten.
Morgen, Donnerstag u. folgende Tage: Lustige Plätter.
Fr. Renz, Direktor, Königl. Kommissionsrath.

Schilder-Theater.

(Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Kinder der Erzellen.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Kinder der Erzellen.

Alexanderplatz-Theater.

Heute 8 Uhr: Zum 4. Male: Die Musketiere im Damenstift.
Operette in 3 Akten von L. Barney.
Morgen und die folgenden Tage: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwan in 3 Akten von Brandon Thom as. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Neuer Circus.

Circus Busch (Bahnhof Börse)
Mittwoch, 25. März, abends 7 1/2 Uhr:
Große Extra-Vorstellung.
Zscheus, das Waldmädchen.
Neue Einlage. Schwimmende Elephanten, schwimmende Pferde mit Reitern.
Außerdem: 6 neu dressirte Fuchshengste, vorgeführt von Dir. Busch. Austr. der Schreitkünstlerin Mlle. Claret. Die vorzügl. Reittänzerin Mlle. Wells und Hubert Cooks. Mme. Maria Doré als unerreichbare Drahtseil-Künstlerin.
Zum 1. Male: Gebr. Gargani, großartige kom. Akrobaten. Auftreten der Clowns Gebr. Cavallini, Gebr. Dax, Mr. Veldeman und Tom-Tom.
Donnerstag: Zscheus, das Waldmädchen.
Sonnabend: Ehrenabend f. Frau Direktor Busch.
Schluß der Saison am 2. April.

Moabiter Stadttheater

Alt-Moabit 48.
Heute, Mittwoch, 25. März:
Abschieds-Soirée
der
Stettiner
Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (f. Plakate).
Großartiges
Abschieds-Programm.
Morgen, den 26. März: Donnerstags-Abschieds-Soirée im Concert-haus Sanssouci.

Eden-Theater.

Welt-Restaurant
97. Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich:
Weltberühmte
Tyroler-Sänger-Gesellschaft
Almenrausch u. Edelweiss.
Direktion: Alois Ebner.
Entree vollständig frei!
Im Theater-Saal:
Sensationelles März-Programm!
Bestes Ensemble Berlins!
Auftreten sämtlicher neu engagierter Spezialitäten.
Nur hochkomische Nummern!
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Nieft's Festsäle,

Weberstraße 17.
April und Mai sind noch Sonnabende frei. Koulaute Bedingungen.
E. Nieft.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 7-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.

Echter
Harem
aus der afrikanischen Stadt Kayrowan.
Haremsfrauen und Kinder, Tänzerinnen, Sängern, Eunuchen und Sklaven.

Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!! Neu!!
Die 3 getigerten Grazien!!
aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

I. Rennen in Carlshorst

Jeden Abend das urkomische Purzelbaum-Zodien-Rennen
Kaufmann's Variété-Theater
Königsstraße, Colonnaden.
Das neue Programm hat gelacht.
Der singende Hahn C. C. XX-Strahlen von Stephanis & Behrens.
Hokus, Fokus von Joe Marro.
Charley's Tante v. Max Monzel.
Das Unikum Schindler.
1000 Köpfe hat Räuschie.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glök.
Neu! Sensationell! Neu!
Servais Le Roy
die räthselhafte Illusion.
Eugenie Fougère
die unerreichte franz. Excentrique.
Fritzi Ferry
die pikante Wiener Soubrette.
Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Neu! Famille Schenk — (6 Personen).
Neu! Trappe Marvelli — (6 Personen), darunter d. kleinste u. jüngste Clown der Welt — Alexis —
Goschw. Stucky — (schf. Drg.-Juz-Duett).
Neu! Die Eier-Wally.
Neu! Posse mit Gesang in 1 Akt.
Entree. Wochent. 10 Pf., Anf. 8 u. Sonntag 30 Pf.
R. Winkler.

Reichsgarten

Friedensstr. 20 (Ecke Börsenstr. a. d. Straße).
Täglich:
Grosses Frei-Concert.
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.
NB. Weinen alten Kunden und Freunden zur Nachricht, daß ich mein Gartenlokal in dieser Saison wieder selbst bewirthe. H. Koslowaki.
Zähne v. 2 M. ev. Theilz.
Fran Olga Jacobson, Invalidenstr. 143.

Krankenstühle, Ruhestühle, Lesetische, Klossets, Bidets etc. Verstellbare Keilkissen.

Preislisten franco und gratis.
R. Jaekel's Kranken-Möbel-Fabrik, Berlin SW., Markgrafenstr. 20, Ecke Kochstrasse.

Hüte Parteigenossen!

nur mit Kontrollmarke,
Schirme, Stöcke, Kravatten.
Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2, Ecke Skallenstr.

Feen-Palast

Burgstraße Nr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Das brillante März-Programm:
Tanisan Waldburg Michaelenkeno
Fox
Affenspiele
Urkom. Pantomime v. d. Gesellschaft Jackley Roston.
Borulin
Gigg Cornells
Anfang Sonntags 7 Uhr.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 30 Pf.

Betont

muss stets von neuem werden: Cyal-Fleckenwasser ist das im Gebrauch und in der Verwendung billigste und bequemste Fleckenreinigungsmittel. Alle Welt weiß es. Benzin dagegen hinterläßt Ränder, riecht unangenehm und ist feuergefährlich. Preis 30, 50 und 90 Pf. Erhältlich in Droguenhandlungen.

Götting's Zigarrenfabrik,

fröh. Lindowstr. 9, jetzt Gerichtstr. 72.
Spezialität: 5- und 6-Pf.-Zigarren. Freunden u. Bekannten sowie meiner werth. Nachbarschaft bestens empfohlen.
Fahrräder
nur Prima Maschinen.
Theilzahlung gestattet.
Oranienstr. 162 Hof.

66. Resterhandlung.

66 billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an, bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletostoff., sowie zu Mänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide. (42502) Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66, Teleph. Amt IV. 1597.
Herrnhüte 75 Pf. 44502 Musterfäden, vollständig fehlerfrei, feinere Qualitäten, giebt ab zu enorm billigen Preisen, die Fabrik im Komptoir Chausseestr. 59. 1 Tr., an der Norddeutschen Brauerei.
u. Polsterwaren, reelle Waare empf.
Franz Tutzauer, Tischlermeister, (45126) Berlin SW., Pläcker-Straße 14.
20 Ruth. Land (Trepow) z. Laube z. verg., Abalberstr. 29, Rähle.
Allen Freunden und Bekannten zur Mittheilung, daß ich mein Weiß- und Bairischbier-Lokal von der Joseffstr. 10 nach der Frankfurter Allee 16 verlegt habe.
E. Günther.
Muschelmöbel vert. spottbill. Rosen-thalerstr. 4, 3 Tr. L. 5035
Bildhauer.

Unfallwagen,

Klagen, Eingaben, Klammern, Steglitzerstr. 65.
Gebrauchte Möbel laust Lazarus, Kullamersstr. 20. 367b
Möbel billig. Othahn-Gebäude am Küstriner Platz.
Werkzeugspinde in Inhalt f. Tischler, Bildhauer, verl. bill. Kulle, Mariannenstr. 42. 514b
Herr kann möblirt mit einwohnen Fridicinstr. 9, 1. Eing. v. 4 Tr. Geride.
Gut gebendes Milchgeschäft mit Rolle zu verl. Pallasstr. 71. 488b
Gebr. Metalldruckbank billig. Granseerstr. 4, 3 Tr. Siernacki. 508b

Ca. 6 1/2 Pfd. Brot für 50 Pf.

liefert die Bäckerei Falkensteinstr. 20, 510b E. Schröder.

Porzellengeschäft,

gangbares, sof. bill. verkäuflich. Näheres b. Schulz, Sorauerstr. 21, rechts. Drehbank 5' verl. Grimmstr. 39, Og. II.
Hosen, Anzüge, Paletots
nach Maß bestellt nicht abgeholt, ver-kaufe Hälfte Kostenpreis, Münzstr. 4, Engel.

Neuerst billige

350b
kleine Wohnungen
Frankfurter Allee 1616a, am Ring-bahnhof Friedrichsberg, Stallungen, Remisen, Lagerkeller sofort zu verm.
Mühlenstr. Nr. 8,
nahe Oberbaum, sind sehr billige Wohnungen von 1 und 2 Stuben nebst Küche und Zubehör zu vermieten.
Achtung!
Stadthagen's Arbeiterrecht
in Prachtband gebunden 3,50 M. liefert gegen Baar- oder Theilzahlung Ludwig's Buchhandlung, Grimmstr. 37.

Arbeitsmarkt.

Kindermäddchen und Mäddchen für Alles finden sof. Stellung ohne Anzahl. im Komptoir Skalfigerstr. 13 I. r. (88/18)
Marmorfleifer 511b
verl. B. Graf, Steglitz, Düppelstraße.
Tischler verl. Stechel, N. d. Jerusalem-er Kirche 2. 509b
Maschinenmeister
für Merkantil und Chromo werden sofort verlangt. Arbeits-nachweis der Lithographen u. f. w., 102/5 C., Neue Friedrichstr. 86 I.

Geübte Arbeiterinnen auf bessere

Mousen außer dem Hause verlan-Gräferstr. 70, Seitenstr. 4 Tr. v. 506b
Tischlergef. a. Kastenarb. Schützenstr. 59. Holzbildhauer verl. Schützenstr. 59. 506b
Fahrradschlosser, sehr tücht. a. Repa-raturen, a. nur solcher v. Prinzengr. 86.
Geübter Stempelfeher
findet dauernde Kondition bei 507b
Robert Hecht, Oranienstr. 142.

Tüchtige

Monteure
im Buch- und Steindruck-Schnelldruck-Bau geübt, für gut bezahlte Stunden in Akkordarbeit per sofort für dauernde Stellung gesucht. Offerten sub B. 9047 an Rudolf Mosse, Köln.

Rußland in Bulgarien.

Von einem Bulgaren.

(Schluß.)

In Wirklichkeit ist Prinz Ferdinand dem allgemeinen Zuge des Landes gefolgt, denn das russisch-bulgarische Einvernehmen ist nur eine sehr natürliche Stufe in der wirtschaftlichen Entwicklung Bulgariens. In der Zeit, in der wir eben leben, ist die Entwicklung der Industrie die drückendste Sorge der Staatsmänner selbst des Landes mit ausgesprochen landwirtschaftlichem Charakter geworden. Die allgemeine Krise in der Landwirtschaft hat die finanziellen Hilfsquellen der Staaten versiegen lassen und diese richten ihr Augenmerk jetzt auf die Industrie und laufen einander den Rang ab in der Erschaffung einer neuen Klasse von Steuerzahlern — der Fabrikarbeiter, denen sie das abnehmen wollen, was sie den Bauern nicht mehr rauben können. So ist die Entwicklung der Industrie ein Hauptfaktor für das Bestehen eines Staates. Ich habe Ihnen in einem früheren in dem „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel gesagt, wie seit zwei Jahren diese Entwicklung das Ziel unserer Gesetzgebung und die Sorge unserer Staatsmänner geworden ist. Man ist hierin jetzt so weit gegangen, den Staatsbeamten zu befehlen, an den Werttagen Anzüge aus bulgarischem Tuche zu tragen. Die Folge war, daß unsere Fabrikanten den Tuchpreis von 8 auf 16 Franks das Meter gesteigert haben, während die Löhne der Weber und Schneider trotz oder vielleicht gerade wegen der Vermehrung der Aufträge um 50 pSt. gekürzt wurden! Doch die Entwicklung der Industrie stößt auf Schwierigkeiten und die hauptsächlichste ist die europäische Konkurrenz. Und in der gesamten Bourgeoisie Bulgariens wird jetzt Mordio geschrien über das, was sie „die wirtschaftliche Ausbeutung durch den verfaulten Westen“ nennen, und hauptsächlich über Oesterreich, welches zu einem Drittel den Import nach Bulgarien beherrscht.

Doch was hat Rußland dabei zu thun? Nun, das ist sehr einfach. Die Industrie in Rußland ist noch nicht entwickelt. Man hat also keine Konkurrenz nicht zu fürchten; im Gegenteil als Austausch für gewisse politische Zugeständnisse ist man seiner moralischen wie materiellen Unterstützung bei der Abschließung von Handelsverträgen und in anderen wirtschaftlichen Fragen sicher. Jeder Russe, der von sich etwas hält, wird dieselbe Sprache führen. Ich will Ihre Geduld nicht dadurch mißbrauchen, daß ich Ihnen russenfreundliche Blätter und Reden zitire, die den niederen Stand der industriellen Entwicklung Rußlands als einen außerordentlich günstigen Umstand betrachten. Nur um der Genauigkeit willen will ich Ihnen sagen, daß dieser Satz hauptsächlich von Herrn Karaweloff in einem öffentlichen Brief an seine Wähler, von Herrn Danew aus der Fraktion der Janossisten in der Sobranje, und in dem Regierungsblatt „Progres“ ausgesprochen worden ist. Wie Sie sehen, ist die Wiedererlöschung nur ein Interessen-Kompromiß der bulgarischen Kapitalisten und der russischen Diplomatie. Deswegen ist dieser Vertrag auch nur künstlich, vergänglich und unbeständig, was ihn jedoch nicht weniger gefährlich macht.

Diese Unterstützung unserer Bourgeoisie durch die russische Regierung kann uns unsere politische Freiheit und die nationale Unabhängigkeit kosten, denn bis jetzt kenne ich auf der ganzen Erde keine einzige Bourgeoisie, die nicht ihre politische Freiheit den Dividenden geopfert hätte und opfern würde.

Wenn man die letzten Thaten der russischen Diplomatie eifrig verfolgt: ihre Hast, sich mit der bulgarischen Regierung zu verständigen, die Rüstungen in Rußland und Bulgarien, so ist man leicht geneigt, zu denken, daß die russische Regierung einen Schlag vorbereitet. Ist das die Befehung Armeniens, wie das schon in der Sobranje gefogt worden ist, oder die endgültige Befehung Kareas? Vielleicht beides. Uebrigens hat die russische Diplomatie, außer zu Zeiten der heiligen Allianz und nach dem deutsch-französischen Kriege, niemals einen günstigeren Augenblick zur Erreichung ihrer Ziele gehabt als gegenwärtig.

Die Niederlage Englands in Amerika, im Transvaal und in Konstantinopel, und die Niederlage der Italiener in Abyssinien; die deutsch-französische Spannung und die Erbitterung über den Einfluß Oesterreichs in den Balkanstaaten, das nur aus deren unglücklichen Tage Nutzen zieht, um ihre Finanzen und ihren Handel in seine Gewalt zu bekommen — mit einem Wort: die Nebenbuhlerschaft, die Eifersüchteleien und die Profitwuth der europäischen Bourgeoisie haben die russische Diplomatie zur Schiedsrichterin der europäischen Angelegenheiten gemacht.

Die „Wiedererlöschung“ hat eine Sinnesveränderung selbst der Russen herbeigeführt. In dem ersten Artikel gab ich einige Worte aus einer Rede eines alten Russenfreundes, der seine Ansicht geändert hat, wieder. Die Zeitung „Pravo“, das offizielle Organ des Mazedonischen Komitees in Bulgarien, das bisher die russische Diplomatie vertheilte, weil auf sie für die mazedonische Angelegenheit alle Hoffnung gegründet war, wendet sich jetzt plötzlich in der ersten Nummer des 2. Jahrganges gegen die russische Diplomatie. In bejagter Nummer begnügt sich „Pravo“ nicht, zu erklären, daß Rußland die Armenier durch Unterstützung des Sultans und durch Durchkreuzung des englischen Vorgehens in Konstantinopel vernichtet habe, sondern, um ihr Aukstren gegen Rußland noch zu verschärfen, bringt das Blatt noch Auszüge der Artikel unserer sozialistischen Zeitungen. Es giebt in Bulgarien noch andere russenfreundliche Gruppen, wie z. B. die des Herrn Karaweloff, die, Rußland zu Liebe, den Fürsten Ferdinand angriffen, weil sie hofften, er würde bald abdanken, da Rußland ihn ja doch nicht anerkennen würde, und dann würden die Parteien mit Hilfe Rußlands an die Regierung kommen. Diese Gruppen waren von diesem Verlauf der Dinge so fest überzeugt, daß sie, als man das Gegenteil behauptete, pathetisch in Brustton der Ueberzeugung in dem Blatt „Mlada Bulgaria“ vom 3. resp. 15. November ausdrückten: „Die russischen Jaren haben noch nie ihr Wort zurückgenommen“. Doch es geschah, daß zu gleicher Zeit der Zar im Geheimen auch dem Prinzen Ferdinand sein Wort gab und hielt. Es ist späßig, den Herrn d. r. „Mlada Bulgaria“ über den Verrath des Zaren zu sehen. Sie bekämpfte Ferdinand, denn Rußland wollte es, und jetzt sieht sie sich plötzlich für immer von der Macht ausgeschlossen, denn Rußland denkt im Augenblick nicht daran, sich das Spiel mit Ferdinand aus Freundschaft für Herrn Karaweloff zu verderben. In ihrer Wuth erklärte die „Mlada Bulgaria“, daß die Dankbarkeit des Fürsten und die „Wiedererlöschung“ eine Falle der russischen Diplomatie für das bulgarische Volk sei. . . . Die Herren hätten sich eher vorsehen sollen. Wahrscheinlich wird ihr Zorn bald verrückt sein und wir werden bald das Schauspiel einer „Wiedererlöschung“ des Herrn Karaweloff und seiner Anhänger mit dem Fürsten haben. Die Thaten jedoch, die gegen die russische Diplomatie sprechen und die in der „Wiedererlöschung“ ihren Ursprung haben, bleiben bestehen. Niemand war der Boden für einen Kampf gegen die russische Diplomatie und die russenfreundlichen Bulgaren günstiger als jetzt. Wir bulgarischen Sozialisten werden es nicht an uns fehlen lassen. —

Der Bergarbeiterstreik in Karwin-Mährisch-Osttrau

ist, wie schon mitgetheilt, beendet. Die Arbeiter hatten beschlossen, noch einen letzten Versuch zu machen, einen Ausgleich mit den Grubendirektoren herbeizuführen. Sie ersuchten den Oberbergkommissar, den Direktoren folgenden Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten.

1. Die Arbeiter nehmen zur Kenntniß, daß die Direktoren vorläufig die vierzehntägige Gedingrevision und das Recht auf halbmonatliche Abschlagszahlung anerkennen, und erwarten eine definitive Regelung von der Durchführung des neuen Gesetzes.

2. Weitere Entlassungen, Kündigungen und Wohnungskündigungen unterbleiben.

3. Wegen Zurücknahme der bereits ausgesprochenen Entlassungen und Kündigungen treten die Gewerke durch die Direktoren sofort mit der Gesamtheit der Vertrauensmänner aller der Direktoren unterliegenden Schächte (für jeden Schacht zwei Vertrauensmänner) in Verhandlung, bei der Herr Oberbergkommissar Kiel die Güte hat, zu interveniren.

4. Am 1. April wird den Arbeitern eine entsprechende Abschlagszahlung auf den verdienten Lohn ausbezahlt, auch dann, wenn die Zahl der verfahrenen Schichten eine geringe sein sollte.

5. Das Streikkomitee erklärt sich hingegen bereit, seinen Einfluß geltend zu machen, daß die Bergarbeiter jeder Gewerkschaft nach Abschluß der Verhandlungen (Punkt 3) sofort ordnungsgemäß die Arbeit aufnehmen.

Darauf beschloßen die Grubendirektoren in einer Konferenz, der auch der Landespräsident Oesterreich-Schlesiens beiwohnte, folgendes:

Punkt 1 und 5 zur Kenntniß zu nehmen.

Punkt 2: Weitere Entlassungen, Arbeits- und Wohnungskündigungen haben zu unterbleiben, es sei angehtlich eine viel größere Anzahl von Kündigungen beabsichtigt gewesen. Infolge bereits geübter Intervention der Behörden unterbleiben jedoch diese Kündigungen. Eine weitere Nachsicht sei unmöglich und alle dahin zielenden Unterhandlungen gegenstandslos. (Von 180 Entlassungen bleiben danach 97 aufrecht erhalten, doch ist zu erwarten, daß davon noch manche rückgängig gemacht werden.)

Dem Punkt 4 soll „nach Billigkeit“ entsprochen werden.

Das Streikkomitee hat diese Bedingungen angenommen und am Sonntag in mehreren Versammlungen den streikenden Bergleuten empfahlen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Die Bergleute haben dem zugestimmt und sind am Montag fast in allen Gruben wieder vollständig angefahren. Nun dürfen auch das Militär und die Gendarmerie „heim zu ihren Häusern“ kehren.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ urtheilt über den Ausfall wie folgt:

„Der gewaltige Lohnkampf bringt zwar nicht die Erfüllung aller Forderungen der Bergarbeiter; es ist manche, und nicht die unbedeutendste, unerreicht geblieben. Trotzdem ist sein Ergebnis ein erster Erfolg, dessen sich die Bergarbeiter und mit ihnen alle Proletarier freuen können. Ist doch das vom Abgedienten besessene Gesch. eine Frucht des Streiks, dessen Wellen stark genug waren, um selbst diese marxistische Versammlung aus ihrer geistigen Trägheit zu reißen, und ist doch das Recht auf vierzehntägige Lohnzahlungen erkämpft worden, das die Direktoren noch vor einem Jahre hochmüthig verweigert hatten. Aber was gewichtig ist als selbst das Resultat des Streiks, und was man aus dem Kampfe der Arbeiter als tröstliche Gewißheit ihres weiteren Fortschritts mitnimmt, ist der Verlauf des Streiks. Hat sich doch zum erstenmal, seitdem die Bergarbeiter aus ihrer Lumpenheit erwacht sind, ihre Organisation bewährt. Die organisatorische Bewegung unter der Bergarbeiterschaft Oesterreichs ist noch jung, und die mannigfaltigsten Umstände wirken zusammen, um ihren kräftigen Zusammenschluß zu behindern. Dieser Streik hat aber bewiesen, daß es gelungen ist, an stelle jener sprunghaften, gleichsam mit elementarer Kraft ausbrechenden Erbitterung, die alle früheren Lohnkämpfe charakterisirte und sie leider erfolglos machte, die planmäßige, geordnete Organisationsarbeit zu sehen, die, von bestimmten Anschauungen ausgehend, zu bestimmten, klar erkannten Zielen strebt. Was diesem Streik eben über einen Lohnkampf, und sei er selbst der größte Art, hinausreichenden Charakter verleiht, was ihm die kulturelle Bedeutung giebt, ist die unverwundbare Thatsache, daß die Bergarbeiter als eine geschlossene Phalanx austraten, der Streik trotz seiner langen Dauer nicht veranderte und die Arbeiter bis zum letzten Augenblick so fest und entschlossen blieben, wie sie es am Anfang waren. Das war kein Putsch mehr, den man mit Gendarmen und Soldaten niederschlägt, sondern ein moderner Lohnkampf organisirter Arbeiter.

Und welche Disziplin, welche Selbstbeherrschung, welche Besonnenheit zeigten diese Arbeiter, die früher ob der unerträglichen Qual ihres Lebens verweilt um sich schlugen wie geheutes Wild! Die sozialdemokratische Erkenntniß, das planvolle Abwägen aller Mittel und Nothwendigkeiten, ist eingedrungen unter die Bergarbeiter und zeitigt jenen großen kulturellen Fortschritt, von dem der ganze Verlauf dieses langen, mühevollen und gefährlichen Lohnkampfes Zeugniß giebt. Wenn auch nicht alles erreicht wurde, was die Bergarbeiter zu fordern hatten, sie wissen und alle Arbeiter wissen es mit ihnen, daß sie nun stark genug geworden sind, um trotz der Bedrückung und Nothmittel der Unternehmer vorwärts zu gehen. Es sind viele Opfer gefallen in diesem schweren Streite, Märtyrer in dem Kampfe der Arbeiterklasse um ihre Erlösung, und die abstoßende Brutalität der Unternehmer vermehrt noch ihre Zahl. Aber auch die Solidarität der arbeitenden Menschen hat sich bewährt und wird sich angelehnt der Nothlage, die der Kampf im Gefolge hat, noch weiter bewähren. Die Bergarbeiter haben sich als ein Glied des Arbeiterheeres erprobt, müthig, entschlossen und ihres Weges bewußt, und die Arbeiterchaft Oesterreichs wird alle Kraft daran setzen, daß den Bergarbeitern die Erfüllung ihrer gerechten Forderungen werde. Der Kampf war nicht fruchtlos und nicht vergebens.“

Gewerkschaftliches.

30 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängniß wurden unserem Genossen Zahn vermittelst Strafbefehl auferlegt, weil er nach Angabe des Polizei-Inspektors Schulz in Schönberg, nach einer am 18. Januar d. J. ausgetretenen Versammlung sich nicht schnell genug entfernt haben soll. Von diesem Beamten wird fast jede Versammlung wegen der Polizeibehörde aufgelöst. Zahn hat selbstverständlich richterliche Entscheidung beantragt und ersuchte um Abgabe von Zeugen, welche dem Vorgang am 18. Januar d. J. in Schönberg beizugehen.

Ein Thierquäler, der Kutcher Arnold, hat in der Art, wie unsere bekannten Kolonialhelden zum Theil mit Menschen umgehen,

seine Pferde zu Tode gepeinigt. Arnold hatte am 10. Januar am Goldsteiner Ufer Mauersteine aufzuladen und mißhandelte eines seiner Pferde dertart, daß die Bewohner der Nachbarhäuser in ihrer Ruhe gestört wurden. Das Handpferd fiel schließlich vor Schwäche hin und wurde solange mit Mauersteinen beworfen und mit Peitschenhieben gequält, bis es sich wieder aufrichtete. Als die Thiere in dem abgemarterten Zustande den voll beladenen Steinwagen nicht anziehen konnten, begannen die Mißhandlungen von neuem, bis das eine Pferd unter den Peitschenhieben fiel und bald darauf verendete. Acht Tage später ließ er sich ähnliche Thierquälereien in der Lühowstraße zu schulden kommen. Hier bemerkten Vorübergehende, wie er schimpfend neben dem Gefährt lief und versteckte Bewegungen gegen das eine Pferd ausführte. Der Schuhmann an der Potsdamer Straße wurde davon in Kenntniß gesetzt und sand bei näherer Untersuchung, daß das eine Pferd eine 4 Zentimeter lange, haarharte Schnittwunde hatte. Der Anwalt sprach sein Bedauern aus, daß keine Prügelstrafe bestünde, damit ein so roher Patron mit demselben Maße gemessen werden könne und beantragte für jeden Fall die höchste Strafe von sechs Wochen Haft. Der Gerichtshof erkannte demgemäß.

Ein Vergehen gegen das Kranken-Versicherungsgesetz wurde dem Schankwirt K. zur Last gelegt. Es wurde ihm vorgeworfen, ein junges Mädchen nicht zur Versicherung bei der zuständigen Kasse angemeldet zu haben. Der Angeklagte wandte ein, das Mädchen sei lediglich zur Wartung seiner Kinder angenommen worden und habe in dem Schankbetriebe höchstens einmal ganz vorübergehend neben sächliche Arbeiten verrichtet. Das Schöffengericht sprach K. frei, die Strafkammer jedoch verurtheilte ihn zu einer Geldstrafe von 8 M. Es läßt sich nicht darauf an, ob das Mädchen hauptsächlich oder nur nebenächlich im Schankbetriebe beschäftigt worden sei. K. nahm nunmehr noch die letzte Instanz, das Kammergericht, in Anspruch. In der Beantwortung der Revision betonte der Oberstaatsanwalt, daß die Tendenz des in Frage stehenden Gesetzes dahin gehe, den Arbeiterschutze möglichst weit auszudehnen. Der Strafsenat schloß sich dem an und wies die Revision zurück. Auch die geringfügige, neben sächliche Beschäftigung des betreffenden Mädchens in dem gewerblichen Betriebe des Angeklagten habe dasselbe dem Versicherungsgesetz angeunterworfen. — Das Ober-Verwaltungsgericht hat bereits in demselben Sinne entschieden.

Wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung ist vom Landgerichte Halle a. S. am 6. Januar der Fabrikbesitzer Franz Herzog zu einer Geldstrafe verurtheilt worden. Die in seiner Fabrik beschäftigten jugendlichen Arbeiterinnen mußten morgens schon um 5 Uhr anwesend sein, wenn auch ihre Thätigkeit meist erst 90 Minuten später begann. Die Verurteilung des Angeklagten erfolgte, weil die Zeit, welche die Arbeiterinnen ohne Pause in der Fabrik zubrachten, d. h. von 5 Uhr an, eine nach der Gewerbe-Ordnung übermäßig lange und unerlaubte war. — In seiner Revision suchte der Angeklagte anzuführen, daß nur die Zeit, während welcher die Mädchen arbeiteten, in betracht kommen könne und daß hiernach die zulässige Arbeitsdauer von 10 Stunden nicht als überschritten angesehen werden könne. — Das Reichsgericht (3. Strafsenat) verwarf jedoch die Revision als unbegründet, da es nur darauf ankomme, von welcher Zeit an sich die Arbeiterinnen in der Fabrik aufgehalten hätten.

Das Schwurgericht in Wiesbaden verurtheilte am Montag den Professor der Kunstgeschichte, Dr. v. Bamberg, zuletzt in Gattenheim wohnhaft, wegen betrügerischen Bankrotts zu vier Monaten Gefängniß.

Ein überaus roher Prügelpädagoge ist der Lehrer Joh. Wiesen, der am 25. November 1895 vom Landgericht Kachen wegen Vergehens im Amte zu 3 Monaten Gefängniß und wegen Hausfriedensbruchs zu einer Geldstrafe von 10 M. verurtheilt worden. Schon in seinen früheren Stellungen als Lehrer war er in den Gemeinden durch die grausame körperliche Züchtigung der Kinder verhaßt, und als er 1895 wieder versetzt wurde, machte er sich auch in seiner neuen Gemeinde bald mißliebig. Eines Tages im Juli 1895 hatte ein 11-jähriger Knabe Johann Weith während des Unterrichtes geschwätzt, leugnete jedoch. Für das Schwatzen verurtheilte ihn der Angeklagte zu 9 Stunden Nachsitz, für das Lügen wurde dagegen die Exekution mit einem fingerstarken Rohrstocke sofort vollzogen. Die ersten zwei Schläge waren gleich so heftig, daß der Junge vor Schmerzen laut schreiend den Arm seines unerbittlichen Peinigers umfaßte; der ließ sich aber dadurch nicht füren, schlug den Jungen am linken Arm und Bein und schleuderte ihn heftig zu Boden. Dann prügelte er mit aller Kraft auf den am Boden Liegenden drauf los, etwa 26 Hiebe, mindestens aber 15. Der Geschlagnene schrie vor Schmerzen laut auf und bald stimmte auch die ganze Klasse in das Wehgeheul mit ein. Nur mit Mühe konnte sich der Junge wieder vom Boden erheben und hinkte auf seinen Platz; in der Pause entfiel er jedoch nach Hause, wo er auf Anordnung eines herbeigerufenen Arztes sofort ins Bett mußte. Die Anlegung eines Streckverbandes machte sich nothwendig, um zu verhindern, daß das linke Bein kürzer werde; durch das Hin-schleudern auf den Boden und die forchtbaren Hiebe habe sich nämlich eine Hüftgelenkentzündung eingestellt. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte nicht von dem Willen beherrscht wurde, sein Züchtigungsrecht auszuüben, sondern daß er vielmehr seinem Zorn blindlings die Zügel schießen lassen wollte. — Des Hausfriedensbruchs machte er sich in der Wohnung des Jungen Troihheim schuldig, die er nicht eher verließ — trotz mehrmaliger Aufforderung — bis alle Anfaaten getrossen waren, ihn gewaltsam hinauszuwerfen. In seiner Revision gegen das Urtheil behauptete der Angeklagte, der Thatbestand sei nach der subjektiven Seite hin nicht erschöpft. Das Reichsgericht verwarf die Revision.

Gewerkschaftliches.

An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes! Das Centralbureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin befindet sich vom 1. April an: C. Fischerstr. 22. part. Die Mitglieder werden ersucht, Differenzen mit den Arbeitgebern unverzüglich dem Bureau zu melden. An- und Abmeldungen von Mitgliedern geschehen beim Kassirer in den üblichen Bureaustunden.

Die Reisegeld-Auszahlung geschieht seitens des Bureau's. Alle Adressenveränderungen, insonderheit die der Vertrauensleute, wolle man sofort dem Bureau anzeigen. Die Bureaustunden sind von vormittags 9-1 Uhr und nachmittags 3-7 Uhr.

Die Mitglieder werden des weiteren ersucht, bei den Kassirern der Ortsverwaltungen ihre Mitgliedsbücher zwecks Aenderung der Ortsnummern abzuliefern.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für Berlin und Umgegend.

J. A. Friedr. Sojmann.
Achtung, Pucher! Nachdem die öffentliche Versammlung der Pucher Berlins und Umgegend am Montag beschlossen hat, in eine Lohnbewegung zur Befreiung der vorhandenen Anebensätze einzutreten, werden die Kollegen aufgefordert, auf jedem Bau einen Deputirten zu ernennen. Dieselben treten zu

einer Besprechung am Freitag, den 27. d. M., abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Buhle, Grenadierstr. 33, zusammen. Die Kollegen werden ersucht, die Deputierten mit ihren Entschlüssen und Vorschlägen zu beauftragen. Ferner werden die Kollegen ersucht, ihre Arbeitgeber von unseren Forderungen in Kenntnis zu setzen, damit die am Montag, den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Keller, Koppentstraße 29 stattfindende Versammlung endgültig Beschlüsse fassen kann. — Das Bureau befindet sich während der Lohnbewegung im Lokal Grenadierstraße 33 von 9 morgens bis 8 Uhr abends und sind sämtliche Entwürfe und Anfragen an A. Vogel zu richten. Es ist noch mitzutheilen, daß im Bureau Grenadierstraße 33 Arbeit zu den gestellten Forderungen nachgewiesen werden kann. J. A.: A. Vogel, Vertrauensmann der P. u. B. Berlin und Umgebung.

In der Wagenfabrik von Rudowski in Berlin, Köpenickerstr. 50, haben sämtliche Schmieße die Arbeit niedergelegt, weil der Vertrauensmann der Stellmacher gemässigt worden ist. Die Lohnkommission der Schmieße. J. A.: F. Helm, Admiralsstr. 34.

Das Organ der Hutmacher, der „Correspondent“, schreibt in seiner Nummer vom 19. März, nachdem er ausgeführt hat, daß die gut organisierten Arbeiter der Seiden-, Haar- und Damenfilz-Branchen in den letzten sechs Jahren alle Kräfte anzuspannen hatten, um Lohnreduktionen abzuwehren, was ihnen auch wegen ihrer starken Organisation fast immer gelungen sei: „Im großen und ganzen mußten sich die in dieser Branche Beschäftigten auf die Erhaltung des Bestehenden beschränken. Natürlich soll es und braucht es nicht so zu bleiben, bei fortwährend günstiger Geschäftslage muß auch an eine Verbesserung der jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gedacht werden. Unerlässliche Bedingung hierzu ist: Weitere, eifrige Agitation zur Gewinnung der noch fernstehenden und unermüdeten Arbeiter dahingehend, die Mitglieder im Bereich zu erhalten und zu treuen Kampfgenossen zu machen. Geschlecht das nicht, so kann der Unternehmer zum Beispiel zur Saison wohl überumpelt und zur Bewilligung von Forderungen veranlaßt werden; aber während der kalten Zeit geht alles Erregene mit samt den Mitgliedern wieder verloren. Wollen wir diese Erfahrung nicht machen, so dürfen wir für die innere Agitation und Organisationsmittel und Kräfte nicht scheuen. Diese Anlage wird sich andererseits gut rentieren.“

Diese Ausführungen treffen den Nagel auf den Kopf. Mögen sie nicht nur bei den Arbeitern und Arbeiterinnen des Hutgewerbes, sondern auch bei denen anderer Gewerbe auf fruchtbaren Boden fallen. Ohne Anstoß an die Organisation stiftet der Arbeiter gar bald wieder in das alte Glend zurück, während er im andern Falle einen Schutz vor Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage hat, der um so bedeutender ist, je mehr Mitglieder und Geld die gewerkschaftliche Organisation hat, der er angehört.

Zur Buchdruckerbewegung. In Straßburg i. E. haben sämtliche Buchdruckereibesitzer ihren Gehilfen den Neunstundentag und 5 pCt. Lohnzuschlag bewilligt.

In Süddeutschland treten die Lithographen z. mit Genehmigung des Vorstandes ihrer Zentralorganisation zusammen mit den Buchdruckern in die Bewegung für den Neunstundentag ein.

In der gestrigen Notiz über die Steinflechterbewegung muß es statt „Schersleben“ heißen: Oschersleben.

Beim Streik der Tischler in der Schessler'schen Fabrik in Brandenburg haben sich zwei Ausländer gegen Streikbrecher zu Beleidigungen z. hinreichend lassen. Einer von ihnen wurde deshalb zu 14 Tagen, der andere zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

In der Filzfabrik von Lamprecht in Stettin ist ein Streik ausgebrochen. Die Ausländer bitten die Fachgenossen, Solidarität zu üben.

Die Schuhmacher in Preeß in Hessein beschließen bei denjenigen Unternehmern die Arbeit einzustellen, die Aufträge für die Schuhfabrikanten Elmshorn's ausführen, deren Arbeiter im Streik stehen.

In Hagenow in Mecklenburg stehen 27 Zimmerer im Streik.

Die Zahl der freilebenden Steinarbeiter in den Steinbrüchen der Umgegend von Pirna an der Elbe (Posta z.) beträgt 270; nur 70—80 Mann arbeiten weiter. Die besten Arbeiter beteiligen sich am Streik. 50 Mann haben anderweit Arbeit gefunden; demnach sind noch 220 Mann zu unterstützen.

Die Textilarbeiter Großhans i. S. hatten Forderungen an die Unternehmer gestellt, die von deren Vereinigung abgelehnt worden sind. Betreffs der Forderung für die Lohnbewegung beriefen sich die Fabrikanten darauf, daß es sich dabei nur um eine ausschließliche Arbeit (um leer stehende Maschinen zu beschäftigen) handle. Die Forderung für Appretur- und andere Arbeiter wurde mit Hinweis auf die „ungünstige Geschäftslage“ zurückgewiesen. In einer Versammlung der Textilarbeiter bezeichnete man die Gründe der Fabrikanten jedoch als nicht stichhaltig. Die Versammlung erklärte, die Forderung für die Lohnbewegung zu vertagen und sich erst mit den Berliner Kollegen verständigen zu wollen, um dann gemeinsam in dieser Frage vorzugehen. Betreffs der Forderung der Appretur- und anderen Arbeiter wurde die jetzt bestehende Kommission noch durch Hinzuwählen aus den betreffenden Branchen ergänzt. Eine scharfe Kritik wurde an dem antisemitischen Anzeiger geübt, da dieser die Forderungen „übertrieben“ genannt hat. Den Vertretern der Presse wurde empfohlen, eine Rechnung aufzustellen, wie mit 8—10 Mark pro Woche auszukommen ist. Mit dem Kottbuser Ausländer erklärte sich die Versammlung solidarisch; sie sollen in jeder Weise unterstützt werden.

Die Tischler in Wilsdruff bei Dresden haben die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderungen nicht bewilligt wurden. Die Inhaber der Möbelfabriken hatten durch den Vorstand der Innung erklären lassen, auf die Forderungen nach Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit u. s. w. keinesfalls eingehen zu können, sofern die Forderungen nicht durch allgemeines Vorgehen der Tischlergesellen aller Konkurrenzquellen maßgebender Gebiete unterstützt werden, da im einzelnen Falle ein Preisausschlag für die Produkte der Wilsdruffer Tischlerereien nach bereits geschener Verständigung mit der Kundschaft absolut nicht erzielt werden kann und ohne einen Preisausschlag für unsere Möbel eine Erhöhung der bestehenden Löhne u. s. w. nicht bewilligt werden kann.“

Die Herren haben aber gleich 20 pCt. Preiserhöhung von ihren Kunden verlangt, was beträchtlich mehr ist, als durch die Bewilligung der Arbeiterforderungen bedingt wäre.

Die Malergesellen von Wilschans i. E. sind ebenfalls in den Lohnkampf eingetreten. Sie fordern: Zehnständige Arbeitszeit bei einem Minimallohn von 45 Pf. pro Stunde; für Ueberstunden 20 pCt. Zuschlag und für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 pCt.; für Arbeiten auf Zugleitern und Hängegerüsten wird ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde verlangt; für auswärtige Arbeit bis zur Entfernung von 8 Kilometern ein Zuschlag von 1 M., bei weiteren Entfernungen ein solcher von 2 M. pro Tag. Eine öffentliche Maler-Versammlung, die vorigen Sonntag stattfand, sollte, ist durch Versagung des Bezirks-Präsidenten des Ober-Elsass vom 17. d. M. „vertagt“ worden; ebenso erging es vor wenigen Wochen einer öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung. In beiden Fällen war die Tagesordnung rein gewerkschaftlich, sie lautete klar und präzis: Die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Bau- bzw. Maler-

gewerbe. Die Tagesordnung ist es auch nicht, woran der erwählte Beamte Anstoß nimmt; denn der Paragraph, auf den er sich in seiner Verfügung berufen hat (Artikel 13 des Gesetzes vom 6. Juni 1868) giebt ihm nur die Befugnis, Versammlungen zu vertagen, welche ihm von Natur die Ordnung zu stören oder die öffentliche Sicherheit zu schaden scheinen.“ Offenbar ist es die schwebende Lohnbewegung, welche in den Augen der obersteinständigen Verwaltungsbehörde diese Gefahr begründet. Wo bleibt da aber der § 132 der Gewerbe-Ordnung?

Betreffs der Arbeiterausperrung in Fürth hat Genosse Segis beim Nürnberger Magistrat beantragt, der Gemeindeführer nachweis möge den Fürth'ern Unternehmern für die Dauer der Aussperrung keine Arbeiter zuweisen.

Die Tischlerer Wiens haben in allen Groß- und Kleinbetrieben bis auf einen ihre Forderungen sämtlich bewilligt bekommen. Am Montag ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der eine Unternehmer, der nicht nachgegeben hat, ist der liberale Handelskammer-Rath Thury. Er will sich lieber Arbeiter aus Deutschland kommen lassen, bevor er die Forderungen bewilligt. Die Sattler Deutschlands werden ihm aber diesen Plan durchkreuzen, indem sie den Wiener Kollegen treu die Solidarität bewahren.

Die schweizerische Brauerbewegung, schreibt unser Züricher Korrespondent, ist der friedlichen Erledigung nahe. Es ist eine Arbeitsordnung vereinbart worden, die für alle Brauereien mit Motorenbetrieb den Zehnstundentag einführt, und zwar für alle Hilfsarbeiter, ferner 50 pCt. Lohnzuschlag für Sonntagsarbeit, welche mehr als 2 Stunden übersteigt, die mit 25 pCt. Zuschlag bezahlt werden; sie schränkt für die Brauereien mit über 10 000 Hektoliter Bierausstoß die Arbeiten ein, welche nicht zum technischen Betrieb gerechnet werden; weiter ist der fakultative Arbeitsnachweis der Fachvereine anerkannt, dem auch die event. Konventionalstrafen für Verletzung der Arbeitsordnung zufallen; das Uebereinkommen gilt für drei Jahre fest. Die Brauereien haben das Recht, falls sie boykottiert werden, die Arbeitsordnung außer Kraft zu setzen. Der Boykott über die Berner Brauereien soll aufgehoben und die von denselben ausgesperrten Brauer sollen in anderen Verbandsbrauereien eingestellt werden. Die Arbeiterunions in St. Gallen und Winterthur haben dem Uebereinkommen zugestimmt und die andern werden es wahrscheinlich auch thun mit Ausnahme der Berner, die auf die Wiedererrichtung der ausgesperrten beharren und den Boykott in verschärfter Form fortführen. Die organisierten Brauergehilfen haben sich leider wenig diszipliniert und solidarisch erwiesen und gegenüber dem Terrorismus der Brauereibesitzer wenig Widerstandskraft gezeigt. Unter solchen Umständen konnte der geforderte obligatorische Arbeitsnachweis nicht errungen werden. Inbessent enthält die neue Arbeitsordnung gegenüber den verschiedenen bestehenden Arbeitsordnungen in den Brauereien einige Verbesserungen.

Die Arbeiter der Holz- und Kohlenhandlungen in St. Gallen forderten: Zehnstundentag, 40 Cts. Stundenlohn, 60 Cts. für Ueberstunden. Die Geschäfte bewilligten: 10¹/₂ stündige Arbeitszeit, 39—40 Cts. Stundenlohn, Bezahlung der Ueberstunden nach Uebereinkunft. Die Arbeiter sind von diesen Zugeständnissen befriedigt.

In Winterthur verlangten die Rebleute (Weinbergarbeiter), 45 Frauen und 20 Männer, Erhöhung des Arbeitslohnes per Rebstock von 5 auf 7 Cts., sowie das abgehende Rebholz und die Steden. Die Rebbesitzer bewilligten 6 Cts., womit die Arbeiterzufrieden sind; die andere Forderung aber wurde abgelehnt, während die Arbeiter darauf bestehen. Wahrscheinlich werden die Rebbesitzer nachgeben. Zu einem Streik kommt es nicht.

Die Schlosser in Lausanne stehen in einer Lohnbewegung.

Aus Schottland berichtete der dort lebende bekannte Bergmann August Siegel: Am 9. März trat eine Lohnreduktion von 10 pCt. in ganz Schottland für die Bergleute in Kraft. Einige Zeit vorher haben die Grubenbesitzer einzeln eine Lohnreduktion, welche bis zu 25 pCt. betrug, durchgesetzt. Infolge dessen ist eine starke Währung unter dem Volke. In verschiedenen Orten, so auch in Hamilton, haben schon große Demonstrationen stattgefunden. Die Leiter der Unions haben genug zu thun, um einen vorzeitigen Streik zu verhindern, auf den, wie es scheint, die Grubenbesitzer es abgesehen haben. Die Redner betonen in den Versammlungen, nur ruhig bis Monat August auszuharren. Am 1. August ist nämlich der durch Vereinbarung festgesetzte Lohnsatz der englischen Bergleute abgelaufen. Ganz wahrscheinlich werden die englischen, schottischen und die Bergleute von Schwales im August in Streik treten; die Zahl würde sich, wenn sich Turban und Northumberland anschließen, auf 600 000 belaufen. Es wird dann heißen, entweder oder; ganz verhungern oder so viel verdienen, was zum Leben nötig ist. Dieses Dableben, Halbhungern, kann nicht lange mehr so weiter gehen.

Versammlungen.

In der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung, die am Sonntag im Freis-Lokal tagte, erstattete der Vertrauensmann Rätcher den Rechenschaftsbericht über den öffentlichen Fonds. Danach betragen die Einnahmen: Bestand am 24. Februar 1895 3563,97 M., durch Marktenverlust 4586,95 M., Marktsammlung 1888 M., Einnahmen gelegentlich der verschiedenen Lohnbewegungen 3399,05 M., durch Zeller-sammlungen 1457,10 M., durch die Gewerkschaftskommission von den Köpfen zurückzahlen 500 M., sonstige Einnahmen 260,55 M., zusammen 15 758,82 M. Dem stehen folgende Ausgaben gegenüber: Für Streikunterstützungen der eigenen Gewerkschaft 3316,20 M., an die Gewerkschafts-Kommission 224 M., für Streikunterstützungen an andere Gewerkschaften 2656 M., für Rechtschutz 135,10 M., für Druckkosten und Zinserate 1840 M., Versammlungskosten 1203,88 M., sonstige Ausgaben 118 M., im Summa 10 687,68 M., demnach bleibt ein Bestand von 5071,14 M. Der Redner sprach eine Reihe von Fällen, in denen Kollegen zum theil schon seit Jahr und Tag mit der Abrechnung über empfangene Sammellisten und Marken im Rückstande sind, und empfahl der Versammlung sich hierüber zu äußern. In gleicher Weise, wie sich die Einnahmen gegen früher gesteigert haben, sei aber auch die Arbeitslast des Vertrauensmannes gewachsen, so daß es notwendig sei, neben dem Hauptvertrauensmann noch 5 weitere Vertrauens-männer für die einzelnen Stadttheile zu ernennen. Zum Laufe des verflochtenen Jahres haben 103 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Durch die in letzter Zeit lebhaft betriebene Agitation ist die Zahl der organisierten Kollegen von 10 000 auf 16—17 000 gewachsen. Das sei gewiss ein erfreuliches Zeichen, dürfe die Kollegen aber nicht veranlassen, nunmehr in der Propaganda für die Organisation lässig zu werden, sondern müsse vielmehr ein Ansporn zu immer lebhafterer Thätigkeit sein. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vertrauensmann Rätcher einstimmig Decharge erteilt. Bezüglich der Marken von Marken und Sammellisten wurde gewünscht, daß die betreffenden Kollegen noch nicht der Öffentlichkeit preisgegeben würden, da noch fortgesetzt rückständige Beiträge einfließen. Nur in einem Falle wurde beschlossene, 2 M., in einem anderen Falle 5 M. niederschlagen, die nicht einzutreiben sind. Ferner wurde beschlossen: den Vertrauensmännern ihre im Interesse der Gewerkschaft verkauften Arbeitszeit mit 50 Pf. die Stunde zu vergüten. Zum Haupt-Vertrauensmann wurde Rätcher wiedergewählt, zu Bezirks-Vertrauensmännern wurden ernannt: für den Norden Stehr, für den Süden Gunther, für den Westen und Schöneberg Gabel, für Moabit und Charlottenburg Decker. Auf Antrag Littin's wurde nach kurzer Debatte beschlossen, daß künftighin, nachdem ein Streik für beendet erklärt ist, keine Unterstützungen an unmorgensetzte oder nicht vollberechtigte Kollegen aus dem öffentlichen Fonds gezahlt werden. Ueber die Lohnbewegung der Klempner berichtete Rätcher, daß der Stand derselben außerordentlich günstig sei. Bis jetzt arbeiten bereits 1276 Arbeiter in 104 Werkstätten zu den geforderten Bedingungen. Größere Schwierigkeiten hätten der Bewegung nur in einzelnen Fabriken entgegen, beispielsweise in der Lampen-Fabrik von F. J. A. Schulze. Dort wären gerade die dem Hirsch-Dunder'schen Ortsverein angehörenden Kollegen zu Streikbrechern geworden. Unter diesen Umständen würden also in jener Fabrik die Forderungen der Klempner nicht bewilligt werden. Der Mißerfolg der Bewegung bei Bar u. Stein sei dagegen in erster Linie dem vorzeitigen Vorgehen der dort beschäftigten Kollegen zuzuschreiben, die sich durch die Maßregelung eines Kollegen provoktoren ließen. Nachdem mehrere Redner Einzelheiten über den Klempnerstreik erörtert hatten, besprach Rätcher den Streik in der Eisenmöbelfabrik von Karl Schulz. Veranlaßt durch das Vorgehen der Maler, Lackierer und Holzarbeiter, hätten auch die bei Schulz beschäftigten Metallarbeiter sich deren Bewegung angeschlossen. Die meisten dieser Kollegen seien nicht organisiert, nur einzelne wären erst jetzt der Organisation beigetreten. Obwohl schon vor dem Streik darauf hingewiesen, daß sie aus diesem Grunde nicht auf Unterstützung zu rechnen hätten, forderten sie jetzt eine solche. Um auch diesen Kollegen, trotzdem sie bisher der Organisation fern standen, nach Möglichkeit entgegen zu kommen, beantragt der Redner, dieselben aus dem öffentlichen Fonds bis zur Höhe von 1000 M. zu unterstützen. Nach kurzer Debatte nahm die Versammlung diesen Antrag an, worauf nach einer Aufforderung Rätcher's zur thätigsten Mitwirkung an der Organisation der Streik erfolgte.

Der deutsche Metallarbeiter-Verband (Zentrale Moabit) beschäftigte sich am 17. März mit dem Gewerkschaftsfrage und erklärte sich gegen das von der Generalcommission entworfenen Streikregulativ. Als Delegirter zum Kongreß wurde Kurzgas gewählt. Die Bestimmungen betreffs der Verschmelzung der hiesigen Filialen gelangten zur Annahme. Insuperdem beschloß man, das Verkehrslokal und die Bibliothek aus räumlichen Gründen von Rowe, Benfestr. 62, nach dem Lokal von Biermann, Emdenerstr. 51, zu verlegen.

In einer öffentlichen Versammlung der Formier, die von ca. 400 Personen besucht war, referirte am Sonntag Vormittag im Kösliner Hof Genosse Jah n über Arbeitslohn und Arbeitszeit unter besonderer Bezugnahme auf die gegenwärtige Lohnbewegung, indem er zugleich zum Anschluß an den „Zentralverein deutscher Formier z.“ aufforderte. Die Berliner Organisation hat in den jüngsten Wochen wieder einen neuen Aufschwung genommen durch Aufnahme von über 200 neuen Mitgliedern. Der starke Besuch dieser Versammlung läßt auch für die Zukunft neue Erfolge erwarten, um die miltlichen Verhältnisse seit 1890 wieder auszugleichen. In der Diskussion äußerten sich sämtliche Redner im Sinne des Referats. Wenn man auch selbst nicht in eine Lohnbewegung eintreten wolle, so sei es Pflicht, die Metallarbeiter auf jede Weise zu unterstützen, im übrigen aber für den Verband der Formier zu agitieren, um selbst für eine etwaige Lohnbewegung gerüstet zu sein. Als Delegirter für die Gewerkschafts-Kommission wurde Hartig gewählt.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hatte am 15. März im Restaurant von Hirt, Elisabethstr., eine Versammlung einberufen, die recht zahlreich besucht war. Ein Referat des Genossen Pörsch über die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung fand in der Versammlung allseitige Zustimmung. Drauf eruchte die Mitglieder in ihren Werkstätten zu recherchieren, in welchem Umfange die Hausindustrie ausgebreitet ist und bittet das gesammelte Material ihn zu übermitteln. Aufgenommen wurden 30 Mitglieder. Im S. d. d. d. beschäftigte sich die Mitgliederversammlung mit der ähnlichen Tagesordnung. Genosse Wagner sprach hier in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: Der achtstündige Arbeitstag und der 1. Mai.

Die in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter (Zentrale II) hatten am 17. März eine Versammlung einberufen, in der Genosse Kiesel einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Treplinger ehrte die Versammlung in der üblichen Weise und gelangten hierauf einige interne Vereinsangelegenheiten zur Besprechung. Der Arbeitsnachweis und das Verkehrslokal befinden sich Bergstr. 12 bei Jennrich.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband (Bezirk West und Südwest) hatte am 22. März eine Versammlung einberufen, in der Reichstags-Abgeordneter Feil Jubel über das Thema: Was lehren und die letzten Streiks! sprach. Nach einer recht lebhaften Diskussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag wurde die Ergänzungswahl der Werkstatt-Kontrollkommission vollzogen. Es wurden gewählt: Gustav Schmidt, Wartin und Bengemann für den Westen, Petrit, Menin, Jidenroth, Bauer, Strebler und Schneider für den Südwesten. Während der Sommermonate sollen die Versammlungen an den Wochentagen abgehalten werden.

Die in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verhandelten in der am 16. d. M. abgehaltenen öffentlichen Versammlung über die von der Häuser-Kommission vorgelegten Statuten für die neue Organisation. Dieselben wurden mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen. Bei der hierauf erfolgten Vorstandswahl wurden gewählt: Peters erster, Widny zweiter Vorsitzender; Michaelis erster, Blaisch zweiter Kassierer; Wittig erster, Weise zweiter Schriftführer; Matthee Beisitzer; Jah n, Tiege und Friedrich Revisoren. Zum Schluss wurden auf Antrag Nege den freilebenden Textilarbeitern in Kottbus noch 15 M. zu den bereits überwiesenen 25 M. bewilligt.

Im Allgemeinen Deutschen Tapezirer-Verein hielt am 18. März Genosse Bruno Pörsch einen interessanten Vortrag über die Beseitigung des Privateigenthums. Unter Vereinsangelegenheiten gab Pörsche bekannt, daß vom 1. April ab ein eigenes Fachorgan erscheint. Ein Tapezirer, der während des Streiks bei der Firma Jakob u. Braunisch, Alexanderstraße 27a, verhaftet wurde, ist dieser Tage vom Amtsgericht freigesprochen worden. Wie ergänzend hinzugefügt wurde, hat die genannte Firma die bewilligten 33¹/₂ pCt. Lohnzuschlag schon wieder abgezogen. Dessen ungeachtet haben diese Leute die Stirn, in ihren Inseraten zu erklären, daß es ihnen, trotz der enormen Lohnerhöhung, möglich ist, zu den alten Preisen zu verkaufen.

Die Wananschlager, gegenwärtig in zwei lokalen Vereinen organisiert, hatten für Sonntag eine öffentliche Versammlung einberufen, um für die Zukunft die Verschmelzung beider Vereine herbeizuführen, worüber Genosse Jah n ein einleitendes Referat hielt. Die hierauf folgende Diskussion war eine äußerst lebhaft, indem die Zersplitterung der Kräfte nicht nur allgemein bedauert, sondern auch das geradezu unaufrichtige Verhalten vieler Kollegen betreffs der Ueberarbeit und dem gegenseitigen Unterbieten der Löhne auf das schärfste getadelt wurde. Der vor drei Jahren aufgestellte Lohnstarif sei ganz in Vergessenheit geraten, namentlich von den in der Umgegend Berlins wohnenden und auch auf der hiesigen Gewerbe-Ausstellung arbeitenden Berufsgenossen, die vielfach für 45 Pf. die Stunde arbeiten, während die Zimmerer 65 Pf. erreicht haben. Am nun einheitlich in eine Lohnbewegung eintreten zu können, wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution beschlossen, für Auflösung beider Vereine beifällig

Gründung eines neuen zu agitieren. In einer am 8. Osterfesttag stattfindenden öffentlichen Versammlung soll alsdann ein definitiver Antrag für eine etwaige Lohnbewegung unterbreitet werden.

Die Lederarbeiter (Portseuillier) hatten am 16. März eine Versammlung abgehalten, in der die Bedeutung des 18. März referiert. Bei Besprechung der Vereinsangelegenheiten wies Schulz auf die Fortschritte der Vereinigung hin, bedauerte dagegen, daß die Berufscollegen aus den Werkstätten von Urbach u. Comp., Kirchner und Schwerheim so wenig der Einladung zur heutigen Versammlung folge geleistet haben. Redner zeigt an einer Reihe von Beispielen, auf welchem niederen Niveau die Löhne angelangt sind, dabei finde die Hausindustrie mit allen ihren Schäden immer mehr Eingang im Beruf. Sollten diese tief eingewurzelt werden, dann sei vor allen Dingen der Anschluß an die Organisation nötig. Im gleichen Sinne sprachen sich die Mitglieder Heindke und H. H. aus.

Die Barbier hatten am 19. d. M. eine Versammlung abgehalten, in der der Staroston über die Bedeutung des 18. März sprach. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß der Delegierte zum Verbandstag verhindert war, sein übertragenes Mandat auszuüben; an Stelle dessen hat der Stellvertreter am Kongress teilgenommen. Der Bericht wird in der nächsten Versammlung gegeben werden. Wie mitgeteilt wurde, ist die Agitation in der Provinz Brandenburg von gutem Erfolg gewesen und wurde allgemein um eine rege Unterstützung der Arbeiterschaft in den Organisationsbestrebungen der Barbier gebeten.

Die Fensterputzer hielten am Montag Abend eine öffentliche Versammlung ab, die von ca. 400 Personen besucht war. Auf der Tagesordnung stand die Stellung zur Lohnbewegung. Der Referent schilderte in eingehender Weise die Arbeitsverhältnisse in diesem Beruf, insbesondere beschäftigte er sich mit den beiden Instituten Stühr und Mousic. In diesen Instituten wird die Arbeitszeit nicht selten auf 12-14 Stunden ausgedehnt, und beträgt der Verdienst 12-15 M. pro Woche. Dabei wird jedem zur Pflicht gemacht, in anständiger und sauberer Kleidung zu kommen. Die Vertrauensleute und die Agitationskommission haben namentlich für eine Lohnbewegung folgende Forderungen aufgestellt: 8 M. pro Tag oder 18 M. Wochenlohn; zehnstündige Arbeitszeit, 1/2 Stunde Frühstück, 1 1/2 Stunden Mittagspause; für jeden Weg nach dem Komptoir pro Stunde 45 Pf.; anständige und menschenwürdige Behandlung; Sicherheitsmaßregeln gegen Unglücksfälle; Anerkennung eines Arbeitsnachweises der Fensterputzer; Einsetzung eines aus gleichen Thellen bestehenden Schiedsgerichts zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; Beseitigung der Strafzettel. Die hierauf folgende Diskussion war eine äußerst lebhaft, da Agent Tobias die Institute in Schutz zu nehmen suchte, während Direktor Spuhl von der Glasreinigung in ruhiger und sachlicher Weise die Forderungen der Fensterputzer nicht nur anerkannte, sondern zur Einigkeit und Ausdauer ermahnte, um mit der Zeit einen Lohn von 24 M. zu erzielen. Der Meinung, sofort in einen Streik einzutreten, traten Schüler und Zah n entgegen. Hierauf wurde einstimmig eine Resolution angenommen, den Institutinhabern die Forderungen vorzulegen und später in einer öffentlichen Versammlung Bericht zu erstatten.

Die Stuckateure waren am Montag Abend sehr zahlreich in Cohn's Saal versammelt. Zunächst wurde über die gegenwärtige Geschäftslage und was lehrte uns die Arbeitsniederlegung auf der Gewerbe-Ausstellung verhandelt. Köfeler bezeichnete die Geschäftslage als eine günstige; er hält den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet, etwas zur Besserung der Arbeitsverhältnisse zu thun, und schlägt namentlich der Lohnkommission vor, in erster Linie für Abschaffung der Akkord- und Einführung der Lohnarbeit, sowie für strikte Innehaltung der neunstündigen Arbeitszeit einzutreten. Die Beseitigung der Akkordarbeit sei ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der die Arbeiter schädigenden Schmuckkonkurrenz unter den Meistern. Auch die anständigen Unternehmer würden nach dieser Richtung hin die Bewegung der Stuckateure mit Genugthuung begrüßen. Liebenow, W. Schulz sowie Fröh und Hugo Gränberg traten gleichfalls für Abschaffung der Akkordarbeit ein. Letzterer betonte vor allem, daß man nicht zu große Hoffnungen auf ein Hand in Hand gehen mit den Unternehmern setzen solle, und rief der Lohnkommission, sich bei einem Vorgehen der Stuckateure nicht zu weit in Unterhandlungen mit

den Meistern einzulassen, da bei früheren Gelegenheiten nicht viel dabei herausgekommen sei. Bildhauer Domscheid erklärte namens der Modelleure, daß auch diese in eine Lohnbewegung einzutreten gedenken, jedoch nicht durch einen Streik, sondern im Wege gegenseitiger Verständigung ihre Forderungen durchsetzen wollen. Den Streik der Stuckateure würden die Modelleure selbstredend unterstützen. Krebs erklärte sich gleichfalls für Einführung der Lohnarbeit, meinte aber, die von nur 800 Personen besuchte Versammlung sei nicht kompetent, nach dieser Richtung bindende Beschlüsse zu fassen; dies solle vielmehr einer anderen besser besuchten Versammlung überlassen bleiben. Fröh Gränberg hielt dagegen die Versammlung für stark genug besucht, um zu den Forderungen Stellung zu nehmen. Wer nicht hier sei, müsse sich eben den Beschlüssen der Versammlung fügen. Nachdem noch einige Redner in gleichem Sinne gesprochen, wurde folgende Resolution angenommen:

In Erwägung, daß das heutige Akkordsystem in jeder Hinsicht auf die Arbeiter schädigend einwirkt, und der Arbeiter nur durch angestrengteste Thätigkeit in der Lage ist, den zu seinem Unterhalt unbedingt nötigen Lohn zu verdienen, erklärt sich die heutige Versammlung für Abschaffung der Akkordarbeit und beauftragt die Lohnkommission, mit den in Betracht kommenden Prinzipalen in Verbindung zu treten, um die Einführung der Lohnarbeit im Stuckateurgewerbe anzubahnen.

Nach dem Bericht der Revisoren betrug die Einnahme des Kassierers in der Zeit vom 16. Juni 1895 bis 22. März 1896 225,96 M., die Ausgabe 163,55 M., so daß ein Ueberschuß von 61,71 M. bleibt. Dem Kassier wurde einstimmig Vercharge erteilt. Als Vertrauensmann wurde nach kurzer Debatte Martin Müller wiedergewählt. Die Beschlüßfassung über die Reise wurde der vorgedachten Zeit wegen bis zur nächsten öffentlichen Versammlung vertagt. Unter „Verschiedenes“ verlas Köfeler eine äußerst rigorose Arbeitsordnung der Firma Ernst Westphal, die auch von anderen Rednern kritisiert wurde, welche den Kollegen als bestes Mittel gegen derartige Unternehmerrichtungen den Anschluß an die Organisation empfahlen.

Die Schuhmacher hatten am Montag zwei große öffentliche Versammlungen abgehalten. In Meißel's Salon sprach Dr. Sätgenau über das bürgerliche Gesetzbuch und die Arbeiter. Der Vortragende unterzog die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzbuchs einer eingehenden Kritik und resümierte sich dahin, daß das geplante bürgerliche Gesetzbuch für die Arbeiter eine Reihe so bedenklicher Bestimmungen enthalte, die es der sozialdemokratischen Forderung im Reichstage unmöglich machen, dem Entwurf ihre Zustimmung zu geben; was jedoch die Abgeordneten nicht von der Pflicht entbinde, zu bessern, wo es irgend möglich ist. Nach einer regen Diskussion, an der sich Weber, König, Wättner, Frau Schölich und Niederauer im Sinne des Referenten beteiligten, gelangten zwei Resolutionen zur Annahme, die sich im Sinne des Referats äußern. Zum Schluß wird noch von verschiedenen Rednern die Unfälle des Anfragens in den Fabriken seitens der Arbeiter verurteilt. Es wurde den Anwesenden zur Pflicht gemacht, für die Beseitigung dieses Mißstandes Sorge zu tragen.

Die zweite Versammlung, die im Königs Hof, Säulowitzstraße, tagte, hörte zunächst einen sehr interessanten Vortrag des Genossen Wagner über Reichs-Versicherungs- und Reichs-Gesundheitsamt an, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Zum weiteren Punkt der Tagesordnung schilderten mehrere Redner die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schuhmacher in der Friedrichstadt. Danach sollen die Löhne, die durch den Streik im Jahre 1890 errungen, seither um ungefähr 20 pSt. wieder zurückgegangen sein. Die 1. und 2. Lohnklasse des Tarifs, die für die besseren Arbeiten festgesetzt sind und von denjenigen angestrichelt werden, die außer der dreijährigen Lehrzeit schon längere Zeit in der Branche thätig waren, wird im allgemeinen nicht mehr gezahlt. Mit der Zunahme der Hausindustrie haben sich die Verhältnisse immer mehr verschlechtert; die Löhne wurden immer weiter herabgedrückt und die Arbeiter von den Meistern noch abhängiger gemacht. Dies wurde noch begünstigt durch den Zwiespalt in der Organisationsfrage, der eine zeitlang obwaltete. So müssen die Arbeiter sehr häufig bei der Ablieferung ohne Vergütung 2 bis 4 Stunden warten, bis sie neue Arbeit bekommen, oftmals tagelang aussetzen und täglich vergebens anfragen. Die Arbeitszeit bei den Werkstattarbeitern beträgt nicht selten 14 bis 16 Stunden und die Sonntagsruhe wird fast niemals innegehalten.

Alle Redner wiesen auf den Werth der Organisation hin und forderten die Anwesenden auf, derselben beizutreten, um in erster Linie eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, wie

sie bereits von den Arbeitern in den mechanischen Schuhfabriken durch ihre Einigkeit erzielt worden ist. Mitgeteilt wurde ferner, daß sämtliche Gesellen beim Schuhmachermeister J. Deller, Kochstraße 20, die Arbeit niedergelagt haben. Dieselben fordern die Abschaffung des Zwischenmeisterstystems, das seit neuerer Zeit bei Deller eingeführt wurde, und die Bezahlung der 2. Lohnklasse.

Die Glasarbeiter (Glaskleiber) hatten am 28. d. M. eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der die Einführung eines einheitlichen Lohntarifs berathen wurde. Wie in der Debatte festgesetzt wurde, sind die Arbeitslöhne äußerst niedrige, die Werkstätten selbst oft wahre Hundelöcher und den einfachsten Anforderungen der Hygiene hohnsprechend. Ganz besonders geklagt wurde über die Werkstätte von Alt, nicht minder über die von Matthes in der Köpnickstraße. Alldem gegenüber wurde tief bedauert, daß die Kollegenschaft, Buchstaben- wie Facettenschleifer, der Organisation so theilnahmslos gegenüber stehen. Eine starke Organisation wurde für das erste Erforderniß und als Vorbedingung betrachtet für die Möglichkeit der Durchführung eines einheitlichen Lohntarifs. Einen Beschluß konnte die mangelhaft besuchte Versammlung nicht fassen. Die Frage des einheitlichen Lohntarifs wird noch weitere Versammlungen beschäftigen. In die Gewerkschaftskommission wurde H. H. delegiert, zur Berathung stand noch die Frage der Gründung einer Filiale der Hilfskasse in Meissen. Eine solche wurde beschloffen und wird diesbezüglich noch eine Besprechung stattfinden. Zur ferneren Berathung stand die Frage der Gründung eines Unterstützungsfonds. Dieselbe war bereits beschloffen, wurde jedoch namentlich für unübersichtbar erachtet und legte der gewählte Vertrauensmann sein Amt nieder. Von dem vorhandenen Bestande wurden 50 M. den streikenden Textilarbeitern in Rottbus, das Verbleibende der Berliner Gewerkschaftskommission überwiesen.

Steglich. Am 17. März tagte hier eine General-Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins für Friedenau, Steglich und Umgegend, in der Gen. Bachmann in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über die heutige Jugendzuehrung sprach. Nach einer sehr regen Debatte wurde die Vorstandswahl erledigt, die folgendes Resultat ergab: Sudrow erster, Mohr zweiter Vorsitzender; Kensch erster, Neumann zweiter Kassierer; Bachmann erster, Barensee zweiter Schriftführer; Meißner erster, Bretschneider zweiter Bibliothekar.

Die Parteigenossen von Wilhelmshagen-Hohen-Schönhausen hatten sich am 18. März in Jänicke's Lokal, Neu-Hohen-Schönhausen versammelt, um einen Vortrag des Genossen Paul Eitlin über: „Der 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat“ zu hören. Der Referent schilderte die geschichtlichen Vorgänge vor und während des 18. März, beleuchtete die Zustände, die zu dieser Katastrophe geführt haben und skizzierte in eingehender Weise die weitere Entwicklung der politischen Zustände bis auf den heutigen Tag. Der Redner mußte noch vor Beendigung seines Vortrages das Referat abbrechen, weil er durch den Beamten an die für das Lokal geltende Polizeistunde, die auf 10 Uhr festgesetzt ist, erinnert wurde. Durch diesen vorzeitigen Schluß wurden die hiesigen Genossen verhindert, die verschiedenen Nachaktionen der Wilhelmshager Hausbesitzer zu der am nächsten Tage stattfindenden Kommunalwahl zu besprechen und ihr Verhalten zu derselben zu bestimmen.

Charlottenburg. Am 19. März fand in Lehder's Lokal eine öffentliche Versammlung des Gewerkschaftskartells statt. Der Vertrauensmann der Gewerkschaften, Zimmerer Kube, gab zunächst einen Ueberblick über die Thätigkeit des Kartells im vorigen Jahre. Dem schloß sich ein Bericht des Malers Flemming über Einnahme und Ausgabe bei der Gewerbegerichts-Wahl an. In der Diskussion über die Taktik des Kartells wurde gewünscht, die Versammlungen in kürzeren Zwischenräumen einzuberufen. An Stelle des ausgeschiedenen Vertrauensmannes Kube wurde Maler Flemming, wohnhaft Schlüterstr. 71, gewählt. Neu eingetreten ins Kartell sind die Metallarbeiter und Schuhmacher. Nicht anwesend war der Delegierte der Glasarbeiter.

Briefkasten der Redaktion.

Blöemink-Neheran. Vor dem internationalen Arbeiterkongress von 1889 (in Paris) haben schon mehrere Kongresse der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiter-Association stattgefunden und zwar fünf: 1866 in Genf, 1867 in Lausanne, 1868 in Brüssel, 1869 in Basel und 1872 in Haag.

Möbel-Tischlerei von G. A. Noack, Tischlermeister. Spezialität: Wohnungs-Einrichtungen
Sie kaufen Wohnungs-Einrichtungen M. 240,-; 340,-; 450,-; 500,-; 600,-; 750,- bis 2000,- u. keine Scheinwerkstätten!
Berlin, Verkaufsmagazin: Luisen-Ufer 22, Ecke Dresdenstraße, am Granienplatz. Fabrik: Fruchtstr. 31. Garantie für gedlogene und dauerhafte Ausführung.
Gegründet 1880. Kataloge franco!

Hackescher Markt 4, Am Stadtbahnhof „Börse“
J. Brünn
Ecke Neue Promenade
Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Möbeltischlerei
u. Lager compl. Wohnungseinrichtungen
von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
4594L.
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
Eigene Werkstatt im Hause.

Sophaplüsch-Reser
in glatt, gepreßt und gewebten Qualitäten, auch echt Frise und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter, spottbillig! Muster franco!
Abgepaßte sehr hochelegante Sattelstaschen
Emil Lefevre, Berlin S., Oranienstr. 158!


Kinderwagen
Krankwagen, Sport- und Leiterwagen
Kinderklappstühle
u. dergleichen
A. W. Schulz,
1. Geschäft:
Brunnenstr. 95,
gegenüber Humboldthain.
2. Geschäft:
Brunnenstr. 145, Ecke
Rheinsbergerstraße. Mutterb. gr. u. st.
Fernspr. Amt III. Nr. 1767.

Möbel-Ausverkauf,
passendste Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer. In meinem größten Möbelspeicher, Neue König-Str. 59, sollen circa 100 Wohnungs-Einrichtungen, vorzüglich gemessene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise schleunigst verkauft werden. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verschiedenartiger Möbel, welche fast neu sind und zum halben Preise abgegeben werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 90, 100, 200 M. abzugeben. Ebenfalls hochseine, herrschaftliche Einrichtungen von 200 bis 5000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anstellung, Kleiderständer 12 M., Kommoden, Küchenschränke 12, Stühle 2 M., Kuchbaum-Kleiderständer, Vertikows 20 M., Musikstühle 15, Vertikows mit Matrassen 15 M., Sophas 18, Schrankstühle, Kleiderständer, hochlegant 60, Truemeubel mit Säulen und Kristallglas 60, Goldene Bureau, Herrenschreibtische, Damenschreibtische, Schreibstühle 30, Plüschgarnituren 40 M., Klaviers, Pianinos, Pianocorps 75 M., Bücherständer, Preisrollen, Gabelstühle, Salon-Garnituren, Porzellan, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 3 M. Beständig ausgekürzt und decorierte Solons, Speisezimmer und englische Schlafzimmer heiz zu Ansicht. Empfehle allen Herrschaften, vor Einkauf von Möbeln mein reichhaltiges und billiges Möbellager zu besichtigen und von dem Kaufmanne billigen, aber festen Lagerpreisen zu überzeugen. Gemauerte Möbel können s. B. ohne Kostenfrei auf meinen Kaufbescheinigungsschein transportiert und nach außerhalb. 4594L.

Kinderwagen, großart. Auswahl, billig, viele Anerkennungen, Musterbuch gratis und franco. Theilzahlung gestattet. Max Brunner, Jerusalemstr. 42 und Brunnenstr. 6.
Aug. Krause, 80. Wienerstr. 13. Blumen-Geschäft u. Kranzbinderei. Vereinskranze n. Widmung in bester Ausführung zu billigsten Preisen.


Freiwilliger Beitrag
Maimarken und Maikarten (Eintrittskarten)
in bekannter geschmackvoller Ausführung wie bisher liefert
46473
Conrad Müller,
Schköditz-Leipzig.
Mutter und Preislisten gratis.
Jede Hausfrau kaufe sich zur Probe
Schürzenstoff aus
der Weberei der Firma
E. Zühldorff & Co.,
Grüner Weg 119.

Wir empfehlen dem werthen Publikum herbe, buntgewebte Stoffe zu Haus-schürzen, welche in unserer Färberei bearbeitet sind. Für die Echtheit der Farben (Indigoblau) können wir garantieren. Nichtkonvenirendes nehmen wir gerne jederzeit zurück. Proben und Muster gratis.
E. Zühldorff & Co.,
Grüner Weg 119,
Fabrikhof part. links,
Kein Laden.
Milchkübel,
Kannon, Saiten, Dezimal- u. Tafelwagen
Jordan,
Kleine Markus-Straße Nr. 28.

Achtung!
Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theils wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Herstellungs bei Bestellung umsonst.
Sudtel, Vaußlerplatz 2, Elbasserstr. 12.

Möbel,
Spiegel und Polsterwaaren
sowie ganze Ausstattungen empfiehlt
H. Strelow, Tischlermstr.
Niedorf,
Richardstr. 116, am Denkmal.
Muschel-Wirthschaft
verkaufe sofort spottbillig, vollständige Wohn- u. Schlafzimmer-Einrichtungen, darunter 8 Fenster neue Gardinen, Brautleuten geeignet. Frau Wättner, Köpnickstr. 141, Vorderhaus 1. Etage.

Theilzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert elegante
Anzüge nach Maß
Temporowski, Schneidermeister.
Berlin O., Jüdenstr. 37, 1 Tr.

Jeder spart viel Geld,
wenn er selbst aus den Vororten die Hosen nicht scheut, seinen Bedarf in
Hosen
aus Leder, Zwirn und Stoff
direkt aus der Fabrik
Gormannstr. 2, 1 Tr.
(Ecke Weinmeister- u. Rosenthalerstr.)
zu beziehen. 44776

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
 Heute, Mittwoch, den 25. März cr., abends 8 Uhr,
 bei Cohn, Beuthstr. 20/21:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.
 Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Klempner!

Donnerstag, den 26. März 1896, abends 8 1/2 Uhr,
 in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20/21:

Große öffentl. Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der gegenwärtige Stand der Lohnbewegung der
 Klempner und unsere weiteren Maßnahmen.

Zu dieser Versammlung sind besonders die Kollegen derjenigen Werkstätten eingeladen, welche noch keine Forderungen gestellt haben.

In der Versammlung werden die gesammelten Gelder kassiert, sowie neues Material ausgegeben.

Das Streikbureau befindet sich Annenstr. 16 und ist geöffnet von 12-3 Uhr mittags.

Der Vertrauensmann der Berliner Klempner.
 F. Zimmermann, 80., Paderstr. 55.

Schraubendreher!

Mittwoch, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr,
 im Konzerthaus Sanssouci, Kuttbuscherstr. 4a:

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über den Stand des gegenwärtigen Streiks. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller in der Branche beschäftigten Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Die Streikkommission. J. A.: R. Thate, Dresdenerstr. 110.

Hausdiener, Packer und Berufsgenossen.

Große öffentliche Versammlung.

am Donnerstag, den 26. März 1896, abends 8 1/2 Uhr,
 bei Volk, Alte Jakobstraße 75.

Tages-Ordnung:

1. Der bevorstehende Gewerkschafts-Kongress. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vertrauensmann: Schumann.

Achtung! General-Versammlung

Holz- u. Bretterträger, sowie Bretterschneider

Berlins und Umgegend
 am Donnerstag, den 26. März 1896, abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Postsälen,
 Kopenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über unsere wirtschaftliche Lage und die Aufgabe der Organisation. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Kollegen zu dieser Versammlung pünktlich und zahlreich zu erscheinen, um zu zeigen, daß Ihr gewillt seid voll und ganz für Eure Sache einzutreten.

Der Einberufer.

Stellmacher.

Mittwoch, den 25. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Lokale
 des Herrn Noack, Brunnstr. 16:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die Situation des Streiks. 2. Verschiedenes.

159/17

Die Lohnkommission.

Achtung! Putzer. Achtung!

Die Sitzung der Baudenputzer der Putzer findet
 Freitag, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Buske,
 Grenadierstr. 33, statt. Die Kollegen werden ersucht, von
 jedem Bau einen Deputierten zu entsenden und pünktlich
 zu erscheinen.

Siehe dieselbe Nummer unter „Gewerkschaftliches“.

132/16

Der Vertrauensmann.

Achtung! Chirurgische Branche.

Donnerstag, 26. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Buske,
 Grenadierstr. 33:

Oeffentliche Versammlung

aller in der chirurgischen Branche beschäft. Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum 1. Mal. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Das Verhalten des deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegen die chirurgische Branche. 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Donnerstag, den 26. März 1896, abends 8 1/2 Uhr:

Gr. Kommunal-Wählerversammlung

in den „Victoria-Festsälen“, Hermannstr. 49/50.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Nachwahl. Referent: Reichstags-Abgeordneter F. Zubell. 2. Ausstellung eines Kandidaten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann.

Achtung! Maurer. Achtung!

Grosse öffentl. Maurerversammlung

am Donnerstag, den 26. März 1896, abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädtischen
 Konzerthaus, Alte Jakobstraße Nr. 37.

Tages-Ordnung:

Bericht der Lohnkommission und Entgegennahme praktischer Vorschläge zur Einleitung der Lohnbewegung.

2. Diskussion.

Um zahlreichen Besuch ersucht

Die Lohnkommission.

Portièren

Restbestände
 2 bis 8 Chals, à 2,50, 3, 4,
 6 bis 15 Mark.

Probr-Chals bei näherer
 Angabe franco zu Diensten.

Pracht-Katalog mit Portièren-Ab-
 bildungen gr. u. fr.

Teppich-Fabrik Emil Lefèvre,
 Berlin S., Oranienstraße 158.



Herren-Hüte 65 Pf.
 Confirmanden u. bessere
 Hüte, enorm billig, verkauft das
 Fabrik-Komptoir

Barnimstr. 45,
 Müllerstr. 12c.
 Kastanien-Allee 101.

Möbel-Gelegenheitskauf

Zum Umzug Oranien-Strasse 73, Hof 1,
 günstige Gelegenheit für Brautleute, Hotels,
 Weberverkäufer. In welchem 4 Stagen großen
 Möbeldepot, alles hell und überflüssig, kein
 Leben, sollen sofort ca. 200 neue ganze Wohnungs-
 Einrichtungen von 100-1000 Mark und darüber
 verkauft werden. Speziell empfehle ich die großen
 Vorräte vertilgen gewissermaßen zum Teil sehr
 wenig benutzter Möbel für jeden annehmenden
 Preis. Zehntelung gefalteter Kleiderständer,
 Sopha 15 Mark, Kommode, Küchenspend, Wasch-
 toilette 12 Mark, Stühle 2 Mark, Bettstellen
 mit Federmatratze und Kissen 12 Mark,
 elegante Kuchentisch-Kleiderständer und Wasche-
 ständer 20 Mark, Waschtische 40 Mark,
 Säulen-Kleiderständer und Vertikals, hoch-
 elegant 16 Mark, Trümmel mit Stufe 25 Mark,
 Waschküchensätze 20 und 100 Mark, Pamel-
 garnituren, Pamelstühle 20 Mark, Waschkü-
 chensätze, Waschküchensätze, Waschküchensätze,
 rische, Kautschukische, Putz- und Schreibstühle,
 Tische, Spiegel etc., alles staunend billig, sowie
 fertig decorierte Salons, Speise- und Schlaf-
 zimmer. Beschäftigung erbeten ohne Ausnahme.
 Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei
 lagern und eigene Gespanne werden durch
 transportiert und aufgestellt.

Das Komitee. J. A.: Richard Heinrich.

Belle-Alliance-Theater.

Sonntag, den 29. März, nachmittags 3 Uhr:
 Zum zweiten Male:

Rothe Zettel.

Schwan in 4 Akten nach einem norwegischen Stoff von Julius Türk.
 Feschung wie bei der Premiere.

Eintrittskarten à 50 Pf. sind von heute ab in den bekannten Geschäften
 zu haben.

Der Sommergarten ist geöffnet.

Ausstellung für Kochkunst, Volksernährung,

Bäckerei, Conditorei und alle verwandten Gewerben vom
 21.-29. März Leipzigerstr. 4 (alter
 Reichstag), vom 21.-24. März Königgräberstr. 132 (fr. Eisenbahn-
 Betriebsamt). Eröffnung 21. März, vorm. 11 Uhr.
 Täglich: Concert deutscher, schweizerischer und ungarischer Kapellen.
 Eintrittspreis am Eröffnungstage 3.-, Sonntag und Montag 1.-.
 Vereinskarten (30 Pf. Nachzahlung) sind von den verehrlichen Vereins-
 vorständen im Bureau, Leipzigerstr. 4 unentgeltlich entgegenzunehmen.

Mai-Marken

Liefert in künstlerischer Ausführung
 mit Portraits v. Marx, Lassalle, Engels
 schnell und billig

Jean Holze,
 Hamburg, gr. Drehbahn 45.
 Verlanges Sie Mastor.

M. J. Hahlo,
 Patentanwalt,
 Berlin NW., Karlstrasse 8.

Patentnachsichtung und
 Verwertung. 43068*
 Rath, Auskunft und
 Konferenzen kostenfrei.
 Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Große Betten 12 M.
 (Ortsbau, Kleider, zwei Betten) mit ge-
 reinigten neuen Federn bei Gulch
 Pank. Berlin S., Weingartenstr. 40. Preis-
 liste kostenlos. Viele Anerkennungs-
 schreiben.

Möbel und Porzellanwaren, billig,
 Dresdenerstr. 49, I.

Loh-Tannin-Bäder

auch für Kranken-Kassen
 Ansbacherstr. 19, Wallstr. 70,
 Neu Kölln a. W. 6-8,
 und Pankstr. 32, Berlin,
 von G. Wünsel,
 Sicherste Heilung bei

Rheumatismus,
 Gicht, Jichtas, alle Haut-,
 Blut- und Frauenkrankheiten,
 veraltete Geschlechts-, Folgen d. Queck-
 silberkur, Magen-, Nerven-, Nieren- u.
 Blasenleiden. 45491*

Täglich für Damen und Herren bis
 abends 10 Uhr. Inhaber dieser
 Annonce das erste Bad 1 M.

Prüfet Alles und behaltet das Beste!
 Trotz aller billigen Konkurrenz bleibt das echte
Dr. Thompson's Seifenpulver
 doch immer das bevorzugteste Wasch- und Bleichmittel.
 Zur Herstellung des echten Dr. Thompson's Seifenpulvers wird
 nur allerbestes, garantiert unschädliches Material verarbeitet. Große
 Ersparnis an Mühe, Zeit u. Geld. Nur echt mit Schwanmarke „Schwan.“

Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Colonial-
 waarenhandlungen. M30/663*

1000 (Modell) Damen!

Gelegenheitskauf Saison-Neuheiten, Frühjahr-Jackets 3-12,
 (mit Seide gefüttert 12-18 M.)
 Hochelegante Röder, Regenmäntel mit abnehm. Cape 3-20,00, Kragen, Cape
 in Wolle, Seide, Sammet 2,50-20,00, elegante Kindermäntel 3-10,00. P*
 Gelegenheitskauf im Engros-
 Geschäft Landsbergerstr. 59 1 Tr. am
 Alex. Platz

Zur Frühjahrssaison

verkaufe ich meine Schuhwaren nach wie vor zu den
 bisherigen alten ausserordentlich billigen Preisen
 und zwar:

Herrenstiefel: von den einfachsten bis zu den elegantesten,
 nur bekannt gute Qualität
 M. 4,75, 5,50, 6,50, 7,75 u. s. w.

Damen-Zug-, Knöpf- und Schnürstiefel
 M. 4,50, 5,40, 6,30, 7,20 u. s. w.

Ball- u. Gesellschaftsschuhe, feinste Ausführung
 von M. 2,50 an.
 Ganz besonders mache ich auf mein sehr großes Lager von Ein-
 segnungstiefeln zu aussergewöhnlich billigen Preisen aufmerksam.
 Versandt nur gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des
 Betrages. 38/15

Illustrirte Preislisten gratis und franko.

S. Selbiger, Schuhfabrik,
 Berlin NO., Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmann-
 strasse.

Nordhäuser

Liter.-Flasche 80 Pf., 90 Pf., 1 Mark mit Pl.,
 Korn (verschied. gemischt) 45 Pf. ohne Pl.,
 Eldre, Cognac, Rum, Ungarweine etc.
 88b Carl Schindler, Chausseestr. 55